HEFT 4 | FRÜHLING 03 | FR 6 | EURO 4

FRIEDE DEN ABZOCKERN, KRIEG DER SOZIALPARTNERSCHAFT

RISSE

ANALYSE UND SUBVERSION

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

ANTI-WEF NATIONALER WIDERSTAND?
SOZIALSTAAT DEMOKRATISIERUNG DES AUSNAHMEZUSTANDS
GRUPPE 47 BLIND FÜR ANTISEMITISMUS

Flyer Elektrobikes: lautlos, rauchlos, mühelos

VELOFIX

Velofix AG
Birmensdorferstr. 126
CH-8003 Zürich
Telefon 01 463 13 03
www.velofix.ch

Buchhandlung am Helvetiaplatz
Stauffacherstrasse 60
8026 Zürich 4
Telefon 01 241 42 32
Telefax 01 291 07 25
helvetiabuch@smile.ch

Politik und Literatur | Von >Agamben bis >Zapata

Lesungen, Buchvernissagen und Gespräche in der Katakombe

Neu im Programm

konkret texte Bd. 33: Thomas von der Osten-Sacken / Arras Fatah (Hg.): Saddam Husseins letztes Gefecht? Der lange Weg in den III. Golfkrieg. 288 Seiten, € 14,80

Am Irak scheiden sich die Geister, nicht erst seit George W. Bush den Sturz der Regierung angekündigt hat. Das Buch zeichnet den Werdegang der Diktatur Saddam Husseins nach und erklärt, wie aus dem Juniorpartner des Westens dessen erbittertster Feind werden konnte. Es analysiert die internationalen Beziehungen, das Innere irakischer Macht, ihre Ideologie und Funktionsweise, und erklärt, wie und warum Saddam Hussein sich an der Macht halten konnte und wie und warum die Deutschen ihm dabei halfen.

Ich bestelle ..... Ex. **konkret texte 33**
zum Einzelpreis von € 14,80

Name, Vorname

Straße

PLZ Wohnort

Datum/Unterschrift Bitte unbedingt hier unterschreiben

Gewünschte Zahlungsweise bitte ankreuzen
O Bankeinzug O bar O Scheck

BLZ Kontonummer

Kreditinstitut

Senden an: **KVV »Konkret«**
Ruhrstraße 111, 22761 Hamburg
oder über **www.konkret-verlage.de**

Leistungslohn schwächt den Kampf um höhere Löhne und für die Gleichstellung der Frauen

Die starke Gewerkschaft im öffentlichen Dienst

vpod zürich

Editorial

Es gibt Themen, da scheint man als LinkeR durchaus auf einigen Rückhalt in der Gesellschaft zählen zu können. Der drohende Krieg im Irak etwa ist so ein Beispiel. Ist es nicht ein grosser Erfolg auch für die emanzipatorische Linke, wenn weltweit Millionen von Menschen auf die Strasse gehen, um gegen diesen Krieg zu demonstrieren? Doch schon stellen sich Zweifel ein: weshalb ist es gerade dieser Konflikt, der die Leute mobilisiert? Wo waren sie zum Beispiel, als in den neunziger Jahren Jugoslawien mit sehr aktiver europäischer Beteiligung zusammengebombt wurde? Ist angesichts des Terrorregimes im möglicherweise sogar eine amerikanische Invasion das kleinere Übel? Es ist jedenfalls schon bemerkenswert, dass gerade in diesem Falle, der doch offensichtlich nach vielerlei Differenzierungen verlangen würde, die Meinungen aller so klar zu sein scheinen. Dass an fast allen Demonstrationen gegen den Irakkrieg unwidersprochen antizionistische und antisemitische Äusserungen zu hören und zu lesen waren, lässt nochmals nichts Gutes von der plötzlich entstandenen Massenbewegung erhoffen...

Auch die Proteste gegen das World Economic Forum (WEF) haben einige tausend Menschen zu mobilisieren vermocht. Und sie konnten in der ganzen Bevölkerung auf einige Sympathie zählen. Eine grösser und grösser werdende Bewegung also, die endlich den Kapitalismus direkt ins Zentrum zu rücken versteht? Weit gefehlt. Statt progressivem Antikapitalismus allerlei abstruse Verschwörungstheorien, Subsistenzphantasien, Nationalflaggen und Verherrlichung der je gefälligst eigenen Scholle. Wie könnte da nicht so etwas wie Volksnähe entstehen?

Überaus grosse Einigkeit herrscht auch bei der Empörung über die riesigen Salaire von Spitzenmanager. Eine verdammte Sauerei ist es doch, wenn einzelne so viel verdienen, während viele andere um die nackte Existenz bangen müssen. Doch nicht etwa die Forderung nach Reichtum für alle, nach Glück und Wohlstand beherrscht die Diskussion. Im Gegenteil: auch die Herren Manager sollen sich an die urkapitalistischen Tugenden von Disziplin und Bescheidenheit erinnern und so ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit tun – wie alle anderen auch.

Denn natürlich: alles andere würde ja auch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Frage stellen. Und das darf natürlich nicht sein. Nicht, wo wir uns doch gerade so schön sozialpartnerschaftlich darin eingerichtet haben, und als einig Volk dafür Sorge tragen, dass es da zwei Klassen gibt, die nur gemeinsam die kapitalistische Akkumulation garantieren können...

Risse Redaktion

Inhalt

Manager – warum die Abzockerei der schweizer Gemeinschaftssehnsucht vorzuziehen ist
Pascal Germann S. 4

Kein Entweder-Oder – Kommentar zum Irakkrieg
Lukas Germann S. 7

Für die «Souveränität und Selbstbestimmung der Völker» – Der nationale Widerstand marschiert gegen das WEF
Thomas Schwendener S. 9

Sozialstaat Schweiz – Volksgemeinschaft im Aufschwung
Alex Riva S. 11

Terrorfinanzierung – zur EU Hilfe an die palästinensischen Autonomiebehörden
Ultike Capdepón S. 16

Dschihad und Judenhass – Die antisemitische Tradition des Islamismus
Matthias Küntzel S. 19

Demokratisierung des Ausnahmezustandes – zum Übergang des sozialen Staates in die direkte Demokratie
Gerhard Scheit S. 21

Adornos Messer – Kritik vs. Wissenschaft der politischen Ökonomie
Joachim Bruhn S. 25

Lyrik der Gewalt – Randa Ghazy: «Palästina. Träume zwischen den Fronten»
Erica Burgerauer S. 27

«Wie antisemitisch war die Gruppe 47?»
Simone Wassmer S. 30

Gewalt, Ironie und Ohnmacht – Bruce Nauman in Basel
Lukas Germann S. 32

«Holocaust-Komödien» – pädagogische Vermittlung oder Verharmlosung?
Benjamin Rosendahl S. 33

Feindbild Gustav Mahler – zur antisemitischen Abwehr der Moderne – eine Rezension
Lukas Müller S. 38

Jörg Haider – Kärnten und sein deutscher Fürst
Thomas Schmidinger S. 40

Radikaler Idealismus – zur Waldorfpädagogik
Christoph Horst S. 41

Verrisse – Erheiterndes aus der Medienwelt S. 42

Apologie der Abzocker

Es herrscht gesellschaftlicher Konsens in der Verurteilung der habgierigen Spitzenmanager. Warum dies nichts mit Kapitalismuskritik zu tun hat und warum die Abzockerei der Manager der schweizer Gemeinschaftssehnsucht vorzuziehen ist.

von Pascal Germann

Während die Fronten zwischen WEF-Gegnern und -befürwortern dieses Jahr gemäss Medien besonders verhärtet waren, konnte man auf inhaltlich-politischer Ebene das Gegenteil feststellen. Noch nie waren sich Globalisierungskritiker und sogenannte «global leaders» in so vielen Punkten einig. Nicht nur in Bezug auf einen Krieg gegen den Irak waren Demonstranten und Kongressteilnehmer (mit Ausnahme der Amerikaner) einer Meinung; auch wirtschaftspolitisch schienen die Kontrahenten zumindest ein gemeinsames Feindbild zu haben: den habgierigen Manager, der undurchsichtige Finanzgeschäfte abwickelt und sich auf Kosten des Volkswohlstands bereichert.

Oskar Lafontaine zeichnete in seiner Eröffnungsrede zum WEF-Gegenkongress «the public eye on davos» ein düsteres Bild von der Welt, die von «chaotischen Finanzmärkten bedroht» sei. Für allerlei Krisen macht er eine «ungezügelte Gier» im gegenwärtigen Kapitalismus verantwortlich. Ähnlich argumentierte der freisinnige Bundesrat Couchepin, der gleichzeitig zur Rede Lafontaines das 33. World Economic Forum eröffnete. Die Wirtschaft sieht er ebenfalls durch «Gier» und «fehlende Moral» bedroht. Es mangle an Vertrauen. «Die Ursachen dafür liegen unter anderem in den habgierigen Spitzenmanagern, die sich über Jahre masslos bereichert haben.» Beigepflichtet wird dem Bundesrat von zürcher Hausbesetzern, die stolz jeglichen Dialog mit dem WEF verweigern. Mit der Parole «gegen die Abzock-Manager» wollten sie offenbar nicht die bundesrätliche Mission unterstützen, sondern gegen das WEF mobilisieren.

«Händlermentalität»

Bewusst oder unbewusst wird ein gesellschaftlicher Konsens ausgesprochen. Drei von vier Schweizern sind der Meinung, dass Managerlöhne massiv begrenzt werden sollten. 85 Prozent würden es begrüssen, wenn Spitzenmanager zumindest einen Teil massiver Verluste ihrer Firmen aus dem eigenen Sack bezahlen. Ebenso viele wollen, dass die Justiz Abzocker härter anpackt. Eine Mehrheit plädiert sogar für Gefängnisstrafen (Demoscope-Umfrage Dezember 2002). Das Bedürfnis, die Abzocker auf der Anklagebank zu sehen, befriedigen die Medien ausgiebig. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht ein tatsächlicher oder inszenierter Skandal über die Geschäfte von Spitzenmanagern präsentiert wird. Immer wieder werden Entlarvungen über ihre selbst ausbezahlten Mammutlöhne veröffentlicht, denen empörte Kommentare beiseite gestellt werden, als ob es sich um eine vollkommen neue Erkenntnis handeln würde, dass Spitzenmanager verdammt viel Geld verdienen.

Der Konsens über das Fehlverhalten der Manager erweist sich als neu und alt zugleich. Eine zumindest für die Schweiz neue Erscheinung ist, dass Manager unfreiwillig ins grelle Rampenlicht gezerrt werden, wo mit ihnen an Stelle der schweiz-üblichen Schonbehandlung für Prominente ziemlich ruppig umgegangen wird. Dieser Konsens folgt aber einem alten Muster, indem als Reaktion auf kapitalistische Krisenerscheinungen nicht die Verhältnisse selbst, sondern einzelne Personen und Personengruppen für Missstände und Unsicherheiten verantwortlich gemacht werden. Die Manager werden nicht in ihrer Funktion, sondern in ihren angeblichen Eigenschaften kritisiert. Diese Eigenschaften – raffgierig, skrupellos, egoistisch – entsprechen denjenigen, welche man früher dem Händler, dem Financier oder dem Bankier zugeschrieben hat, jenen also, die man ausserhalb der Gemeinschaft der volkswirtschaftlichen Produktion wahrnahm. Die Wut auf die Abzocker entspringt demselben Denken wie diese alte Aversion gegen die Zirkulationssphäre. Sie beruhen auf denselben Projektionen. Beiden gemeinsam ist auch, dass keineswegs die Ausbeutung, das Abpressen des Mehrwerts, kritisiert wird. Im Gegenteil: Das Lohnarbeitsverhältnis wird als natürliche Partnerschaft dargestellt. Dem abzockenden und raffenden Manager oder Finanzkapitalisten, die in eins gesetzt werden, wird der gute Unternehmer entgegengesetzt, der sich mit seinen Angestellten gemeinschaftlich verbunden fühlt und für den Volkswohlstand produziert.

Nun kann eingewendet werden, dass unter jenen Spitzenmanagern, die als Abzocker verschrien werden, auch einige dem industriellen Sektor angehören. Dieses Problem ist auch den Schreiberlingen des Nachrichtenmagazins Facts aufgefallen, die, mit dieser Tatsache überfordert, einen geeigneten Fachmann suchten, um ihn in der Person des Psychiaters Josef Sachs zu finden. Diesem gelang das Kunststück, die Abzocker, wenn nicht ökonomisch so doch psychisch, der Zirkulationssphäre zuzuordnen: «Sie haben eine Händlermentalität», diagnostizierte der Arzt und stellte so Leser und Schreiber wieder zufrieden. Die Abzocker-Manager werden dem undurchschaubaren Finanz- und Handelssektors zugeteilt und wenn dies sich zu offensichtlich als falsch erweist, unterstellt man ihnen eine entsprechende Mentalität.

Fetischisiertes Denken

«Die Verantwortlichkeit der Zirkulationssphäre für die Ausbeutung ist gesellschaftlich notwendiger Schein», schreiben Adorno und Horkheimer in «Elemente des Antisemitismus» (Dialektik der Aufklärung, S. 183). Ein Verweis auf die Interessen der Machtträger im Kapitalismus vermag als hinreichende Erklärung dafür nicht zu genügen. Natürlich sehen es diese lieber, wenn das Unbehagen im Kapitalismus sich im Schwadronieren über Shareholdervalue und Kasinokapitalismus, über Finanzjongleure und Abzocker-Manager äussert statt in der Infragestellung der Mehrwertproduktion. Damit lässt sich vielleicht teilweise Bundesrat Couchepins Eifer in der Verurteilung der Abzockerei begründen. Es erklärt aber nicht, warum beispielsweise Bürger der Bürgerbewegung Attac ein solches Engagement und so viel Enthusiasmus entwickeln können, um ihre Mitbürger zu überzeugen, dass «das Wohl der Völker» in der Bekämpfung des Finanzkapitals, gieriger Händler, Spekulanten und Manager liegt.

Mit anderen Worten: es erklärt nicht, warum aus der Mitte der Gesellschaft produziert, was oben nur aufgegriffen wird.

Auf eine mögliche Antwort weisen Karl Marx' Überlegungen zum Fetischcharakter der Ware hin. Der Wert einer Ware setzt sich aus dem Arbeitspensum zusammen, welches für ihre Herstellung notwendig ist. Er entsteht also in der Produktion. Das Arbeitsprodukt wird aber nur dann zur Ware, wenn es für den Markt produziert wird. Der Warenwert wird deshalb erst auf dem Markt im Warenaustausch sichtbar. Die Menschen tauschen die Produkte aus, indem sie die Werte der Produkte auf das abstrakte Mass der gesamtgesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit zurückführen. «Sie wissen das nicht, aber sie thun es» (Kapital, Bd.1, Erstausgabe, S. 46); denn woher die Waren ihren Wert haben, bleibt den Menschen verborgen, da dieser sich erst im Verhältnis zu den anderen Waren offenbart. Die Wertform verschleiert die gesellschaftlichen Beziehungen der Produzenten. Es scheint, als wären die Waren mit einem Eigenleben versehen und ihr Wert würde erst im Warenaustausch entstehen. Aus diesem fetischisierten Denken ergibt sich die Vorstellung, dass die Kluft zwischen Arm und Reich im Kapitalismus auf einen ungerechten Handel oder in personifizierter Form: auf gierige Händler zurückzuführen ist. Dabei ist gerade der Handel gerecht; denn Käufer und Verkäufer tauschen aus freien Stücken Äquivalente aus. Genau dies kann aber fetischisiertes Denken nicht erkennen.

Reichtum ohne Macht

Das Unbehagen im Kapitalismus äussert sich oft in rückwärts gerichteten Utopien. Mit der historischen Realität haben die herbeigeschwärmten Zeiten meistens nichts zu tun; vielmer werden soche Utopien durch «die Erfindung von Tradition» (E.J. Hobsbawm) konstruiert. Sie stellen der modernen Gesellschaft ein Konzept von lokaler oder nationaler Gemeinschaft gegenüber. Diese richtet sich gegen das Abstrakte, Universalistische im Kapitalismus. Die universelle und abstrakteste Wertform ist das Geld. Da der gesellschaftliche Charakter der Ware nicht durchschaut wird, wird Geld zur «Manifestation des ganz und gar Abstrakten» (M. Postone), während die anderen Waren als rein stofflich wahrgenommen, nicht in ihrem Doppelcharakter, sondern nur als Gebrauchswert erkannt werden. Die Ablehnung des Abstrakten und Universellen im Kapitalismus – die sich heute in der Gegnerschaft zur Globalisierung wieder findet – richtet sich deshalb allein gegen Geld- und Finanzkapital. Demgegenüber steht eine Verherrlichung der Produktion, vor allem dort, wo das alte Handwerkertum weiter zu existieren scheint und im Rahmen der nationalen Gemeinschaft produziert wird. Ungeachtet der oft miserablen Arbeitsverhältnisse und schlechten Löhne in ihren Betrieben werden kleine und mittlere Unternehmer geradezu zur Verkörperung eines Gegenprinzips zu den habgierigen Spitzenmanagern und Finanzjongleuren erhoben. Da der Arbeiter das Lohnarbeitsverhältnis bereits vertraglich eingegangen ist, gezwungen das Kapitalverhältnis prinzipiell zu akzeptieren, erscheint auch ihm die Ausbeutung ausserhalb der Produktion erst im Verhältnis des eigenen Lohnes zu anderen Werten, die mit dem allgemeinen Äquivalent, dem Geld, gemessen werden, d.h. zu Preisen oder Löhnen, beispielsweise zu den um ein Vielfaches höheren Managerlöhnen. Die eigentlichen Ausbeutungsbeziehungen werden dadurch verschleiert, da «die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse der Personen als gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen zu einander und zu den Personen erscheinen» (Kapital, Band.1, Erstausg. S. 47).

Eingefordert: Bescheidenheit und Verzicht statt Profit und Hedonismus

Die Verurteilung der Abzocker-Manager verurteilt nicht die Ausbeutung. Die grösste Wut zogen jene Manager auf sich, die mit einer grossen Abfindungssumme das Unternehmen verliessen oder verlassen mussten, die also aus dem Kapitalverhältnis austraten. Ihrer Funktion enthoben verkörpern sie nur noch abstrakten Reichtum ohne Macht. Es ist ein bemerkenswerter Gedanke von Hannah Arendt, dass sich die Wut der Menschen oft nicht gegen die Ausbeuter, sondern gegen machtlosen Reichtum richtet. Wer ausbeutet, geht eine menschliche Beziehung ein, auf Grund derer eine gesellschaftliche Ordnung aufgebaut ist, die man nicht gewillt ist, zu erschüttern. Der Ausbeuter erscheint deshalb nicht als Abzocker. «Nur Reichtum ohne Macht und Hochmut ohne politischen Willen werden als parasitär, überflüssig und herausfordernd empfunden; sie fordern das Ressentiment heraus, weil sie Bedingungen herstellen, unter welchen es eigentlich Beziehungen zwischen Menschen nicht mehr geben kann.» (Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 33) Der Titel «Abzocker» wird dem Manager nicht dann verhängt, wenn er die Ausbeutungsbeziehung erfolgreich verwaltet, sondern wenn er als gescheitert, allerdings als reich gescheitert gilt. Aus diesem Grund wird auf die hohen Abfindungssummen und Löhne der Manager nicht etwa mit Lohnforderungen der Arbeiter reagiert; vielmehr wird dem Reichtum ohne Macht, der Abzockerei, mit zwei Gegenkonzepten begegnet: Moral und Gemeinschaft.

Schweizerische Werte

Die Gewerkschaft GBI bemängelt die «Unanständigkeit» der Manager und Bundesrat Couchepin fordert eine «Rückkehr zu moralischen Werten». «Betriebsloyalität sowie Schlüsselkompetenzen wie Exaktheit, Termintreue, Zuverlässigkeit, Teamfunktion» würden in der neuen Managerkultur nicht valorisiert, beklagt sich der Sozialdemokrat und Porto-Allegre-Teilnehmer Rudolf Strahm. Der Soziologe Kurt Imhof befürchtet, dass es «durch die Raffgier an den Firmenspitzen zum «Sittenverfall»» kommt, womit gemeint ist, dass sich plötzlich auch die Arbeiter schamlos bedienen könnten; denn durch die Unloyalität der Manager «sinkt die Mitarbeiterbindung massiv». Sowohl die Unternehmens- als auch die nationale Gemeinschaft sieht man in Gefahr. Die rechte Sammelbewegung patriot.ch formuliert es folgendermassen: «Unfähige Abzocker-Manager und -Finanziers zerstören ungestraft eine einstmals blühende Volkswirtschaft. (...) Dabei wurde Volksvermögen in riesigem Ausmass umverteilt oder vernichtet. Technisch industrielles Wissen und Werte wurden an das Ausland verschleudert.» Ähnlich klingt es auf den vielen Internet-Foren zum Thema, wo unter Titeln wie «Manager – die Abzocker der Nation?» munter geschimpft wird. Ein sich Willhelm Tell nennender User appelliert an die Wirtschaftswissenschaft: «Bescheidenheit und Nachhaltigkeit sind Tugenden die man vielleicht an den Kaderschmieden wie HSG, Harvard, INSEAD etc. auch mal wieder ins Vokabular aufnehmen sollte.» Die Forderung des Bürgers ist unbegründet; denn längst wurde des Volkes Stimme erhört. Die Tugenden werden an den Wirtschaftskaderschmieden höher geachtet als an theologischen Instituten. «Wirtschaftsethik» hat in der Ausbildung der künftigen Unternehmer und Manager ihren festen Platz gefunden. Der an der HSG dafür zuständige Professor Jan Ulrich, der abwechslungsweise als Fachmann in Wirtschafts- und in Kirchenblättern schreiben darf, werkelt an einem neuen, «ehrlich und bescheiden wirkenden» Unternehmer- und Managertypus, der «zwar geschäftlich erfolgreich sein» will, «sich aber zugleich immer als Bürger» versteht, der «verantwortungsbewusst handelt», d.h. nicht das persönliche Gewinnstreben, sondern ethische Prinzipien als «oberste moralische Pflicht» anerkennt; denn «wirtschaften heisst Werte schaffen». Was bei Ulrich noch mit dem Nimbus des fortschrittlichen und kritischen Ökonomen gefordert wird, spricht der Vizepräsident des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse Charles H. Pictet offen reaktionär aus: «Wir müssen unsere Grundeinstellungen ändern. Permissivität, hemmungslose Geldgier, kompromissloser Individualismus und die allgemeine Verantwortungslosigkeit, die letztlich auf die sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts zurückgehen, sind keine Wegweiser in die Zukunft. Hilfreich hingegen sind alte und durchaus schweizerische Werte wie Disziplin, Strenge, Masshalten, nicht nur für die wirtschaftlichen Entscheidungsträger, sondern vor allem auch in Erziehung und Bildung.» Dem egoistischen Gewinnstreben werden gutschweizerische Werte, dem Individualismus wird Gemeinschaftssinn entgegengehalten.

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, Hedonismus und Individualismus für typisch kapitalistische Werte zu halten. Der Zweck der kapitalistischen Produktion ist nicht die persönliche Bereicherung des in Saus und Braus lebenden Kapitalisten, sondern die Kapitalakkumulation, die ständige Selbstverwertung des Werts. Zu diesem sich selbst bezweckenden Kreislauf passt viel eher das Bild des «ethischen» und «verantwortungsbewussten» Unternehmers, der relativ bescheiden lebt und brav sein Kapital reinvestiert, als das Bild des egoistischen und hedonistischen Managers, der Kapital für seinen eigenen Luxus abzweigt. Auf den Punkt bringt es der Zürcher Wirtschaftswissenschafter Bruno S. Frey, der von den Managern fordert: «Sie müssen Freude an der Arbeit selbst haben. Innerlich motivierte Leute arbeiten nicht nur wegen des Gehalts.» Arbeit soll nicht der Bereicherung dienen – was das einzig vernünftige Motiv darstellt – sondern sie wird als Selbstzweck propagiert. Der Kult der Arbeit entspricht dem Irrationalismus der kapitalistischen Produktion, die sich selbst und nicht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zum Ziel hat. Fetischisiertes Denken lässt dieses Irrationale als rational erscheinen, da Vernunft nur an ihrer Instrumentalität gemessen wird, während das individuelle Streben nach Reichtum als «irrationale Raffgier» (Blick, Facts) gebrandmarkt wird.

Wenn auch die sozialistische Zeitung «Vorwärts» als Hintergrund von Entlassungen «die persönliche Bereicherungsgier der Manager» nennt, so zeigt dies nicht nur an, dass die Sozialisten Nachhilfestunde in politischer Ökonomie nötig hätten, sondern auch, dass vollkommen falsche Prioritäten gesetzt werden. Gelöst aus den Fesseln der moralischen Ökonomie, die jegliche Produktivkraftentwicklung verhindert hatte, stellte das Streben nach persönlichem Reichtum gerade einen Fortschritt im Kapitalismus dar. Genau gegen dieses zumindest in seinem Versprechen rationale Moment im Kapitalismus richtet sich die Wut auf die Abzocker, um gleichzeitig das irrationale Wesen des Kapitalismus, die Produktion um der Produktion willen, gleichsam zu ontologisieren, indem in der Zeichnung des Negativbildes des Abzockers immer auch das ahistorische Gegenbild, der national gebundene, für die Volkswirtschaft besorgte, verantwortungsbewusste und loyale Unternehmer, mitschwingt. Während die Abzockerei der Manager wenigstens der individuellen Bereicherung dient, zumindest also einen rationalen Zweck verfolgt, bedeutet die Gemeinschaftssehnsucht von Antiglobalisierern, Wirtschaftsethikern und anderen schweizer Hinterwäldlern nur Regression, da sie individuelles Glück in Reichtum und Luxus gänzlich negiert, indem sie an deren Stelle jene Werte setzt, die schon immer einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Entwicklung im Wege gestanden sind: Bescheidenheit und Verzicht. ■

Zitierte Literatur:

Adorno, Theodor W. und Horkheimer, Max. Dialektik der Aufklärung. Frankfurt a. M. 1988.

Arendt, Hannah. Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München 1986.

Hobsbawm, Eric J. The Invention of Tradition. Cambridge 1983.

Marx, Karl. Das Kapital, Bd. 1, Erstausgabe von 1867. Berlin 1983.

Postone, Moishe. Nationalsozialismus und Antisemitismus – ein theoretischer Versuch. http://www.nadir.org/nadir/aktuell/2002/01/19/8195.html

Krieg im Irak – kein Entweder-Oder

Im Irak herrscht heute bereits Krieg. Thomas von Osten-Sacken hat es in der letzten Risse ausgeführt. Es ist ein Krieg gegen die eigene Bevölkerung, gegen Minderheiten wie KurdInnen oder JüdInnen, gegen Oppositionelle, gegen nicht mehr genehme Leute aus den eigenen Reihen, kurz gegen alles, was nicht in das aus Panarabismus, Antisemitismus, Märtyrermythen und Personenkult sich zusammensetzende Weltbild der totalitären Baath-Partei passt und gegen alle, die das absolute Machtmonopol Saddam Husseins und seines Clans in Frage stellen könnten. Willkürliche Verhaftungen, Folter, Hinrichtungen und staatliche Morde sind an der Tagesordnung. Der Sturz der Baath-Partei muss für alle emanzipatorischen Kräfte, die sich zum Konflikt äussern, oberste Priorität haben. Dieser Sturz und eine anschliessende Demokratisierung wären die Grundbedingungen für eine auch nur ansatzweise Rückkehr zu einem menschenwürdigen Leben im Irak. Des Weitern sollte es eigentlich auch allen einleuchten, dass Massenvernichtungswaffen in den Händen eines solchen Regimes fatale Folgen haben können.

Spricht also alles für eine kriegerische Lösung des Konflikts als das kleinste Übel, gegen das auch eine Linke nicht sinnvollerweise viel einwenden kann? Die Antwort muss klar und eindeutig nein lauten. Denn ob eine kriegerische Intervention nur in Ansätzen das bringen würde, was die Herren Bush und Konsorten versprechen, ist sehr unwahrscheinlich. Zuerst einmal ist festzuhalten, dass eine militärische Intervention im Irak kein «chirurgischer Eingriff» sein kann. Eine Uno-Studie zu den möglichen Folgen eines Krieges für die Zivilbevölkerung spricht von zigtausend Toten und einigen hunderttausend Verletzten, mit denen man infolge direkter und indirekter Kriegsfolgen rechnen müsse. Ein solcher Preis ist zu hoch. Niemand kann ihn ernsthaft verantworten. Aber selbst wenn man doch zum Schluss kommen sollte, dass er das Ende des Baath-Regimes im Irak wert sei, muss man sich fragen, ob er überhaupt diesen versprochenen Erfolg bringen wird. Die von den USA hofierte «Exilopposition» ist ein wirrer und in sich zerstrittener Haufen, der keinerlei Rückhalt in der irakischen Bevölkerung zu haben scheint. Wenn die Zukunft des Irak wirklich in deren Hände gelegt werden soll, so ist es gut möglich, dass eine brutale Diktatur durch eine andere ersetzt werden wird. Noch fataler wäre aber die Option, dass sich die Baath-Partei trotz des Krieges an der Macht halten kann und Hussein durch ein den amerikanischen Interessen entsprechender, ansonsten aber ebenso diktatorischer Herrscher ersetzt wird. Dann wäre das Resultat eine Baath-Dikatur mit westlichem Segen, die umso brutaler gegen Minderheiten und Oppositionelle im eigenen Land losschlagen kann. So fragt es sich, ob das Ziel einer Demokratisierung des Irak, eines Sturzes des Baath-Regimes nicht besser durch diplomatischen Druck und die Aufrechterhaltung und strikte Durchsetzung der Sanktionen gegen den Irak bewirkt werden könnte. Selbiges gilt übrigens für die Entwaffnung des irakischen Regimes. Hier muss aber eingewendet werden, dass die Sanktionen bislang keinen Erfolg gebracht haben, sondern im Gegenteil Husseins Position im Irak dadurch nur gestärkt wurde und dass es nur die ohnehin schon geplagte Bevölkerung ist, die unter ihnen zu leiden hat. Das sind aber keine Gründe, stattdessen gleich auf Krieg setzen zu müssen.

Ein weiteres Argument, das von linken KriegsbefürworterInnen zuweilen ins Feld geführt wird, ist, dass ein Krieg gegen den Irak, der das Ziel des Sturzes von Hussein habe, nötig sei, um Israel zu schützen. Hier ist aber genau das Gegenteil der Fall. Würde doch ein amerikanischer Angriff auf den Irak das psychopatisch antisemitische Regime in Bagdad erst so richtig dazu veranlassen, wenn irgendwie möglich Israel und seine Bevölkerung zu attackieren. Auch eine im Kriegsfall drohende weitere Destabilisierung der Region, die sich bekanntermassen in allen arabischen Ländern schnell in antisemitischen Ressentiments entladen kann, ist sicherlich nicht im Interesse des Schutzes des israelischen Staates.

Aus dem Dilemma, in dem sich die emanzipatorische Linke angesichts des Irak-Konflikts befindet, führt kein Weg hinaus. Die neunzig Organisationen, die den Aufruf gegen den Angriff auf den Irak unterschrieben haben, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass antiamerikanische Ressentiments ein wesentliches Moment der Antikriegsmobilisierungen ausmachen und dass sie nicht zu kapieren scheinen, dass ein Regime wie das im Irak nicht verglichen werden kann mit einer westlichen Demokratie wie den USA, bei aller Kritik, die man an ihr hat. Die in besagtem Aufruf formulierte Forderung nach weltweiter atomarer Entwaffnung, wobei aber die USA zuallererst entwaffnet werden müssten, ist deshalb nicht nur blauäugig, sondern würde, wenn man sie ernst nähme, einen Atomkrieg allmählich wirklich wahrscheinlich werden lassen. «Kein Blut für Öl!», schreien die KriegsgegnerInnen und übersehen dabei, dass, wo Blut wenigstens mit Öl aufgewogen wird, das Blutvergiessen gewisse Grenzen kennt, die das pathologische Regime im Irak in seinem Vernichtungswahn gegenüber allem ihm «fremd» Geltenden nie akzeptieren wird. Wenn es also die Alternative gäbe zwischen Demokratisierung des Irak durch militärische Intervention und Besetzung oder Aufrechterhaltung des blutigen Status Quo im Irak, so wäre eine linke Befürwortung des Krieges gegen den Irak immerhin eine denkbare Option. Da es diese Alternative so aber nicht gibt, da die amerikanische Intervention etwas verspricht, das sie nicht wird halten können und auch da Krieg als Problemlösungsversuch nie Normalität werden darf, sind die Kriegsbemühungen der USA und ihrer Verbündeten klar zurückzuweisen. Der von der amerikanischen Regierung seit dem 11. September ausgerufene Krieg gegen den Terror, als dessen Bestandteil nun auch der Feldzug gegen den Irak verkauft wird, ist aus emanzipatorischer linker Sicht in jedem Falle fatal: in den USA und im Westen führt er zu einem riesigen Backlash, was individuelle Freiheitsrechte und demokratische oder soziale Errungenschaften betrifft und zur Rückkehr von martial-militärischem Denken als Problemlösungsstrategie. Dies darf auch einer revolutionären Linken nicht gleichgültig sein. Die Gegner der amerikanischen Politik rückt er in die Nähe der ultrareaktionären islamistischen Terroristen und tatsächlich bemühen sich Erstere kaum, sich von solchen Vorwürfen entschieden abzugrenzen, z.B. durch eine klare Absage an den Islamismus. Die diktatorischen Staatsgebilde im Nahen und Mittleren Osten schliesslich sind ein Problem, das sich durch militärische Interventionen nicht lösen lässt. Für eine emanzipatorische Linke ist es dabei wichtig, sich dem scheinbaren Entweder-Oder zu entziehen. Der Feind des Feindes ist noch lange kein Freund, ins Kriegsgeheul einzustimmen genauso verfehlt, wie jede Beschönigung dessen, was Husseins Regime im Irak bedeutet.

Lukas Germann

brüche.

Waffen für Israel !

Bestellungen und Infos:
www.brueche.com

CONTRASTE
Die Monatszeitung für Selbstorganisation

»NEUE ARBEIT« BEI EMMAUS gemeinsam leben arbeiten helfen · Was ist EMMAUS? · Emmaus-Gründer Abbé Pierre ist 90 · EMMAUS Köln: Wirtschaftliche Entwicklung · EMMAUS-International: Die Container-Hilfe · Vom Prinzip Gemeinschaft IRAK Den begonnenen Krieg beenden – seine Eskalation verhindern · Friedensdelegation: Nein zu Embargo und Krieg! REPRESSION Polizeischlag gegen Projekt in Hessen EWIGER SONNTAG An allen Tagen sollst du ruhn! – Thesen zur Kultur der arbeitslosen Gesellschaft ABI Alternative Bildungs-Initiative ist gestartet! KULTUR CDU-Landesfürst verhindert Ausstellung gegen Neofaschismus u.v.m.

BUNTE SEITEN 2003+ das Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 13.500 Anschriften aus der BRD, CH, A und internationale Kontaktanschriften mit Reader der AlternativMedien im Innenteil. 1.200 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. 300 Seiten (DIN A4) für 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten.

Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muß nicht gekündigt werden.
Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org

FRAZ
FRAUENZEITUNG

Viermal im Jahr
feministische
Lichtblicke
von engagierten
Autorinnen,
zu politischen &
kulturellen Themen

Aktuelle Hefte:
Essen 02/2
Rot 02/3
Stadt 02/4
Ganz oben
ganz unten 03/1

Abonnemente
und Geschenkabonnemente zu
Fr. 40.- und Einzelhefte zu Fr.
10.- gibt's unter

01 272 73 71 (fon)
01 272 81 61 (fax)
fraz@fembit.ch (e-mail)
oder
FRAZ, Postfach, 8031 Zürich.

elfenbeintürmer
etü
historikerInnenzeitschrift

Patriotismus

Ab 31. März 03
im Historischen Seminar (KO2),
Stand 1. Stock & HS-Bibliothek
und bei Ruth Dangel

Buchhandlung am Helvetiaplatz
Stauffacherstrasse 60
8026 Zürich 4
Telefon 01 241 42 32
Telefax 01 291 07 25
helvetiabuch@smile.ch

Politik und Literatur

Buchvernissagen
im März 2003

Dienstag, 18. März 2002, 19.30 Uhr
Volkshaus (Weisser Saal), Eintritt frei

Dejan Mikic/Erika Sommer:

«Als Serbe warst du plötzlich nichts mehr wert» – Serben und Serbinnen in der Schweiz.

Durch den Krieg auf dem Balkan hat das Image von Serbinnen und Serben stark gelitten.
Erika Sommer und Dejan Mikic beschreiben die Lebenswege von acht serbischen Männern und Frauen in der Schweiz.

Dienstag, 25. März 2002, 19.30 Uhr
Volkshaus (Blauer Saal), Eintritt frei

Thomas Huonker:

«Diagnose: moralisch defekt»

Kastration, Sterilisation und Rassenhygiene im Dienst der Schweizer Sozialpolitik und Psychiatrie 1890–1970

In Zusammenarbeit mit dem Orell Füssli Verlag, Zürich.

Anti-WEF – Nationaler Widerstand?

Die Bundesbehörden definieren die reibungslose Durchführung des WEF in Davos als Angelegenheit von nationalem Interesse. Für GlobalisierungsgegnerInnen ist das WEF ein Treffen von transnationalen Unternehmen und des Finanzkapitals, welche die «Souveränität und Selbstbestimmung der Völker» bedrohen. Unter diesen Fahnen kann alles Mögliche marschieren, nur nichts Progressives.

von Thomas Schwendener

Nachdem das WEF (World Economic Forum) vergangenes Jahr in New York stattgefunden hatte, kehrte es dieses Jahr auf Drängen der politischen Landschaft der Schweiz in den Kurort Davos zurück. Was die sogenannte Antiglobalisierungsbewegung als «Smalltalk unter Globalleaders» oder als Weltzentrale des Kapitals wahrnimmt, ist neben seiner Funktion als Plattform zur Ausarbeitung von Krisenstrategien und Wirtschaftsdeals auch für schweizer Staat und Kapital von immensem Nutzen.

Neben den offiziellen Gesprächen und Veranstaltungen sind vor allem die informellen Treffen, welche nicht dem Veranstaltungsprogramm zu entnehmen sind, von Bedeutung. Dabei wird das Lobbying von schweizer Firmen oftmals von VertreterInnen des Staates unterstützt. Am WEF 2000 beispielsweise luden erstmals schweizer Wirtschaft und Politik gemeinsam zu einem Bankett, um die Schweiz als attraktiven Wirtschaftsstandort und Finanzplatz zu verkaufen. Bundesrat Pascal Couchepin und UBS-Chef Marcel Ospel begrüssten jeden Gast persönlich im Hotel Pöschtli. Ersterer hielt dieses Jahr als Bundespräsident die Eröffnungsansprache, in welcher er sich klar gegen den Irakkrieg aussprach. Man müsse alle Hebel in Bewegung setzen, um einen Krieg zu verhindern. Sollte es tatsächlich zu einem Krieg kommen, hätte dies besonders Auswirkungen auf die schweizerische Geld- und Währungspolitik, sorgte sich währenddessen sein Amtskollege Deiss um die schweizer Wirtschaft. Das Treffen der schweizerischen Aussenministerin Calmy-Rey mit Colin Powell, an welchem sie «die guten Dienste der Schweiz zur Verfügung stellen» wollte, um einen Krieg abzuwehren, kann auch unter diesem Aspekt betrachtet werden. Vermutlich muss es aber als kläglich gescheiterter Versuch gewertet werden, sich auf internationaler Bühne zu profilieren. Jährlich bietet sich die Möglichkeit für Bundes-, Kantons- und sogar Gemeinderäte, sich mit AmtskollegInnen aus andern Ländern zu treffen. Das WEF muss laut Staatssekretär David Syz zur erweiterten schweizer Aussenpolitik gezählt werden. «Mit Konferenzen wie dem WEF wirkt die Schweiz aktiv an der für die Staatengemeinschaft heute zentralen Agenda «Globale Strukturpolitik» mit» (Homepage der schweizer Bundesbehörden).

Das Volk von Olten

Genau umgekehrt sehen das aber die «Globalisierungsgegner». «Das WEF gefährdet demokratische Strukturen» lässt sich in der Plattform des Oltener Bündnisses, des Zusammenschlusses der DemonstrationsveranstalterInnen gegen das WEF, nachlesen. Dass mit jenen demokratischen Strukturen, neben allerlei Zivilgesellschaft und NGOs, die auf den Nationalstaat beschränkten politischen Systeme gemeint sind, liegt auf der Hand. Dies lasse sich daran beobachten, dass «das WEF für die politische Einflussnahme transnationaler Konzerne» stehe, der Staat als Demokratiegarant müsse – losgelöst von ökonomischen Interessen – seine BürgerInnen gegen das transnationale Böse verteidigen. Ausserdem zwinge das WEF die Schweiz, «den antidemokratischen Sicherheitsstaat hochzuziehen». Da kommen sie in die Alpenrepublik, die Transnationalen, und schon geht die gute alte Demokratie flöten. Dass der Staat seine eigenen Interessen, die hier mit denen des nationalen Kapitals identisch sind, verteidigt, bleibt aussen vor.

Das WEF wird als verschwörerisches Treffen wahrgenommen, an welchem sich wenige Grosse treffen um über «das Wohl der Welt» zu entscheiden. «Die kleinen schweizer Grossen kommen auch nach Davos, um von den grossen Grossen zu lernen, wie man soziale Sicherheiten knacken, die lokale Landwirtschaft zerstören, Gesundheitssysteme privatisieren und Arbeitslose ins soziale Abseits drängen kann» (Zeitung des Oltener Bündnis). Die schweizer TeilnehmerInnen lernen also von der «Weltelite», wie das «neoliberale Projekt» umzusetzen ist. Dabei wird nicht erkannt, dass sich das «Projekt Neoliberalismus» aus einer Krise der Kapitalverwertung entwickelt hat, dass also die «Amerikanisierung» der Politik einen ökonomischen Ursprung hat. Im Gegenteil, man verklärt die momentane Krise zu einer direkten Folge jener Politik, die eben «die da oben in Davos» beschlossen haben, einer Politik, die von aussen an die Schweiz herangetragen werde. Dagegen träumt man sich die gute alte Zeit herbei. Einen wachsenden Rückhalt dafür sieht man in der Bevölkerung. «Auch in der Schweiz wächst der Unmut über die neoliberale Logik, die schamlose Bereicherung weniger, die Arroganz der Banken und die Verschacherung öffentlicher Güter an private Investoren.»

Die Spezialisten in Sachen Finanzkapital und arrogante Banken, von der im Oltener Bündnis organisierten Gruppe Attac schimpfen: «Die Globalisierung der Finanzmärkte verschärft die wirtschaftliche Instabilität und die gesellschaftlichen Ungleichheiten. Sie missachtet die Entscheide der Völker und übergeht die demokratischen Institutionen und ihre Souveränität, offizielle Hüter des Allgemeinwohls.» Die Hüter des Allgemeinwohls gilt es also zu stärken. Wer dabei alles als Bündnispartner in Frage kommt, zeigte sich während des letztjährigen WEF-Treffens in Salzburg. Dort stellten ATTAC-Österreich, Arbeiterkammer und Wirtschaftsbund gemeinsam das Programm des Gegengipfels vor. «Der Wirtschaftsbund Salzburg als Anwalt der klein- und mittelständischen Wirtschaft tritt dafür ein, dass die Interessen der KMUs bei der Globali-

sierung ihrer Bedeutung und Stärke entsprechend vertreten werden» (Mitteilung ATTAC). Der ehemals für die «Taskforce KMU» (Kleine- und Mittlere Unternehmen) des Seco (Staatssekretariat für Wirtschaft) tätige schweizer Attac-Funktionär Andreas Maag sieht in seiner damaligen Tätigkeit keinen Widerspruch zu seinem politischen Engagement. Schliesslich müssten Kleinunternehmen auch gegen multinationale Firmen kämpfen: das national gebundene, schaffende Kapital also, welches sich gegen das transnationale zu wehren hat.

«Die Erklärung von Bern», Veranstalterin des Gegengipfels «Public eye on Davos» und ebenfalls im Oltener Bündnis, fordert «die «Kontrolle des Managements» durch den Staat. Denn «die neue Managergeneration ist international ausgerichtet, hat lange Auslandserfahrung oder stammt von Tochterfirmen aus dem Ausland. Ihr Interesse an der Schweiz ist gering». An ihrem Gegengipfel, an welchem letztes Jahr noch Bundesrat Villiger referiert hatte, eröffnete dieses Jahr Oskar Lafontaine die Veranstaltung. Neben der Forderung, Europa solle sich als vernünftiger Gegenpart endlich gegen Amerika vereinen, geht es ihm wie vielen anderen um das eigentlich Böse in der Welt. «Das Finanzkapital hat seine eigenen Gesetze aufgestellt und die Welt diesen Gesetzen unterworfen.»

Das Volk aus den Bergen

Auf Indymedia, der Medienplattform der Proteste, wird das Auftauchen von «verkleideten Bündner Bergbauern» bejubelt, welche durch Bern gezogen seien und ein Skirennen im MacDonalds veranstaltet hätten. Im Namen von «Schellenursli» – einer traditionell schweizerischen Kinderbuchfigur – gab diese Gruppe ein Medienkommuniquee heraus. Darin heisst es: «Wie Sie ja in meinen Bilderbüchern lesen können, liebe ich das Bündnerland über Alles. Die wunderschönen Berge und Täler, die Alpweiden und die herzliche Bevölkerung sind meine Heimat. Leider habe ich aber in den letzten Jahren immer wieder beobachtet, wie sich jeweils im Januar sehr mächtige Menschen in unserer schönen Region getroffen haben. Diese Städter, so habe ich herausgefunden, führen nichts Gutes im Schilde! Einfache Leute, wie mich, wollen sie ausbeuten und die ganze Erde möchten sie am liebsten unter sich aufteilen.» Die Städter müssen weg, die Fremdherrschaft soll aufgehoben und der Ausbeutung der Bauern durch die internationale Hochfinanz ein Riegel geschoben werden. Bei soviel Heimatliebe und Volksverbundenheit darf der nationale Widerstand auch nicht von der Regierung gebremst werden; denn «auf diese Chabis-Regierung in Bern werden wir, glaub ich, nicht zählen können».

Populistischer Kitt

Die mobilisierende Kraft der globalisierungskritischen Ideologien besteht gerade in den dargelegten Parallelen zum rechten «Populismus». Gefordert wird die Auflehnung gegen die Fremdherrschaft, gegen das internationale Böse, sei dies in Form der transnationalen Unternehmen bzw. des Finanzkapitals oder der amerikanischen Nation. Die Beherrschung durch diese fremden «Mächte» kommt meist in Begleitung des latenten Wahnsinns der Verschwörungstheorie daher. Die vermeintliche Differenzierung ihres dichotomen Weltbildes, auch innerhalb der eigenen Nation oder sonstigen vorgestellten Gemeinschaft Unterdrücker zu sehen, widerspricht dem nicht. Im Gegenteil, ein solcher Protest gegen diese «Machteliten» und das politische System befriedigt das Ressentiment des einfachen Mannes gegen die Mächtigen im Staat und gegen übergrosse Konzerne und Banken. Der Kapitalismus als gesellschaftliches Verhältnis wird nicht angerührt, das kleine Unternehmen um die Ecke ist die arbeitsplatzerhaltende Perspektive zu den internationalen Lebensraumzerstörern, der Selbstversorger die Alternative zum dekadenten McDonalds-Konsumenten.

«Die Stimme des fortschrittlichen Nationalismus», das faschistische Nachrichtenportal «freie Stimme» formuliert es so: «Die Nationalökonomien aller europäischen Völker müssen wieder unabhängig werden, um ihren hauptsächlichen Trumpf, die Intelligenz und Vielfältigkeit ihrer Produktionen bis hin zur Fähigkeit der Autarkie, spielen zu können. Die amerikanische Ökonomie dagegen sucht zu beherrschen»; dadurch «macht sie die Politik zu Marionetten, welche durch die Wirtschaftsführer gelenkt werden». Gemeinsam mit den AntiglobalisiererInnen lässt es sich träumen: «Die antikapitalistische Revolution der Völker wird ihren zweiten Anlauf nehmen und diesmal endgültig siegen!» Genau diesen Endsieg gilt es mit allen Mitteln zu verhindern. ■

Anti-WEF-Demonstration in Davos 2003: Die Bildersprache des Antisemitismus

Sozialstaat Schweiz – Volksgemeinschaft im Aufschwung

Die Rede vom Sozialstaat als Errungenschaft des Klassenkampfes ist irreführend. Die ersten sozialstaatlichen Einrichtungen gehen in der Schweiz auf Zugeständnisse zur Stützung der nationalen Einigung im Zweiten Weltkrieg zurück.

von Alex Riva

Die Schweiz ist weit herum bekannt für die ausserordentlich lange Wochenarbeitszeit und für ein fast vollständiges Fehlen von Streiks. Der Arbeitseifer hat im Kleinstaat längst die Dimension einer Massenmanie angenommen. Fast ist man angesichts der landesweiten Verbreitung des Phänomens geneigt, es einer so unabänderlichen wie absonderlichen Mentalität zuzuschreiben. Der mentale Defekt hat jedoch nicht nur Tradition, sondern auch eine Geschichte. Dazu gehört die allmähliche Festlegung der Sozialpartnerschaft in der Zwischenkriegszeit. Dazu gehören die Umstände des Kriegs und der Grenzschliessung, unter denen die sozialstaatlichen Einrichtungen entstanden sind. Und schliesslich gehören dazu wesentlich die Vorstellungen von vermeintlicher und wirklicher Bedrohung, anhand derer sich die Gemüter zur Volksgemeinschaft zusammengerottet haben.

Sozialpartnerschaft als Rütlischwur

Die Sozialpartnerschaft in der Schweiz begann nicht schlagartig mit dem Friedensabkommen in der Metall- und Maschinenindustrie von 1937. In den fast zwei Jahrzehnten seit dem Generalstreik 1918 bahnte sie sich schrittweise an.

Nach dem grassierenden Elend des Ersten Weltkriegs verbesserten sich die Lebensumstände nur langsam. Die sozialen und politischen Forderungen des mit militärischen Mitteln zurückgeschlagenen Generalstreiks wurden nicht erfüllt. Da Industrie und Banken nach dem Ersten Weltkrieg intakt und teils gestärkt waren, war der Nachkriegsaufschwung dennoch spürbar. Im Jahr 1929, unmittelbar vor dem Einsetzen der internationalen Krise auch in der Schweiz, bestand beinahe Vollbeschäftigung.

In der ersten Hälfte der Zwischenkriegszeit versuchten die Sozialdemokratischen Partei (SPS) und die 1921 gegründete Kommunistische Partei (KPS) die ArbeiterInnen für sich zu gewinnen. Der kleineren KPS gelang es durch die konsequent revolutionäre Ausrichtung, eine wichtige Rolle in den Arbeitskämpfen zu spielen und ihren Anhang zu vergrössern.

Dies änderte sich mit der Übernahme der Weisungen der Komintern von 1928. Alle Länderparteien wurden auf die Sozialfaschismusthesen verpflichtet. Nach diesen Thesen wäre die Sozialdemokratie, besonders die linke Sozialdemokratie, den faschistischen Kräften gleichzusetzen und zu bekämpfen. Koalitionen zwischen KPS und SPS kamen nicht mehr in Frage.

Tatsächlich teilten Exponenten der Sozialdemokratie jener Zeit mit den faschistischen «Erneuerern» die Absicht, Gesellschaft und nationale Wirtschaft in Korporationen zu organisieren, d.h. nach Ständen oder Branchen. Die Verschiedenheit in Methoden und Zielsetzungen der beiden Strömungen überging die Komintern.

Die Hinwendung des sozialdemokratischen Spektrums zu Staat und Kapital folgte jedoch nicht aus der Kampfansage der KPS. Bereits 1927 bekämpfte die SPS das Referendum der KPS gegen ein Gesetz, das Staatsangestellten den Streik verbot. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) schloss an seinem nächsten Kongress das Basler Gewerkschaftskartell aus, das sich an der Referendumskampagne gegen die Ruhigstellung der Staatsangestellten beteiligte. Am gleichen Kongress entfernte der SGB die Passage aus den Statuten, nach der die angeschlossenen Verbände «auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfs stehen». Anstelle von «Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Beseitigung der Klassengesellschaft» setzte der SGB das «Ziel der Verwirklichung der Gemeinwirtschaft» (Gerster, S.52).

Offenbar vertrauten 1927 die Verantwortlichen im SGB darauf, dass bei der guten Beschäftigunglage die Löhne auch ohne Klassenkampf steigen würden. Bald geht es aber mit der Wirtschaft bachab und auch die Gemeinwirtschaft will sich nicht so recht einstellen – ausser in einigen Köpfen.

1935 wurde ein von Robert Grimm entworfenes Parteiprogramm gutgeheissen, mit dem sich die SPS zur Landesverteidigung, zum bürgerlichen Staat und zu ausschliesslich legalen Mitteln bekannte. Damit sollte der Wandel von der sozialistischen Arbeiterpartei zur «antikapitalistischen» Volkspartei vollzogen werden. Grimm, die bestimmende Figur im frühzeitig abgeblasenen Generalstreik – schon damals ein «Schuft in der Politik» (Lenin) –, versuchte nach 1935 die Bedrohung durch den Nationalsozialismus zur Klassenversöhnung im nationalen Rahmen zu nutzen. Zur Umsetzung allgemeiner Ziele wollte die SPS nunmehr den parlamentarischen Weg gehen.

Die Schweiz blieb einer der letzten Industriestaaten ohne Sozialversicherungen. Bezeichnenderweise wurden die sozialstaatlichen «Errungenschaften» nicht erkämpft und auch nicht durch Abstimmung eingeführt, sondern erst durch Vollmachtenbeschlüsse des Bundesrates während des Kriegs zugestanden.

Mit der Ankurbelung der Rüstungsindustrie nahm nach 1936 die Wirtschaftstätigkeit in der Schweiz wieder zu. In davon besonders tangierten Sektoren, in der Uhren-, Metall- und Maschinenindustrie, wurde 1937 das erste Friedensabkommen zwischen Unternehmern und Gewerkschaft getroffen. Dieses wurde als «modernes Rütli» gefeiert. Dem Verbrämen der Sozialpartnerschaft durch den nationalistischen Trutzmythos lag die falsche Annahme zugrunde, dass offene Klassenkämpfe die Abwehr des Nationalsozialismus schwächen könnten. Dagegen förderte die nationale Einigung der folgenden Jahren die Kollaboration mit dem Nationalsozialismus.

Der Krieg als Testphase des Sozialstaats

«Erst der Zweite Weltkrieg brachte auch in der Sozialpolitik einen

Durchbruch», schreibt der Historiker Jost (Jost, S.749). Auf das merkwürdige «auch» komme ich gleich zurück.

Den Anfang eines Wandels in der Sozialpolitik machte die Lohn- und Verdienstausfallsentschädigung für schweizer Soldaten. Der Beitragsmodus zum entsprechenden Fonds wurde für die noch im Krieg vorbereitete und 1947 eingeführte Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) übernommen. Des Weiteren wurde 1942 durch einen Vollmachtenbeschluss eine generelle Anspruchsberechtigung auf Arbeitslosenunterstützung festgelegt. Insgesamt ein dürftiger Durchbruch.

«Auch» einen Durchbruch, und zwar einen ungleich grösseren als für die Sozialpolitik, bedeutete der Zweite Weltkrieg für die Wirtschaftspolitik. Die Krise wurde durch den Rüstungsboom in den späten Dreissigern auch in der Schweiz abgewendet, der Export durch bilaterale Verträge gesichert. Der seit dem Ersten Weltkrieg beliebte Finanzplatz Schweiz hatte sich durch das staatliche Bankengesetz von 1934 mit dem Bankgeheimnis noch beliebter gemacht. Grosskonzerne wie Nestlé, Brown Boveri, Sulzer, usw. expandierten ab 1936 wieder.

Im Vorfeld des Kriegs und bis 1940 schienen die Bundesbehörden sich auf die Abwehr eines deutschen Angriffs vorzubereiten. Konkret richteten sich die Beschlüsse schon in dieser Phase allein gegen die Verfolgten des Nationalsozialismus. 1938 verlangte die schweizer Bundesbehörde die Markierung der Pässe von deutschen Juden mit einem «J», um noch im gleichen Jahr die Visumspflicht für «Nicht-Arier» beim Grenzübertritt auszurufen. Doch auch Private fanden Gefallen an den «Nürnberger Rassegesetzen». Schweizer Firmen übernahmen Geschäfte im Zuge der Arisierung oder warfen aus Tochtergesellschaften in Deutschland jüdische Angestellte hinaus. Schweizer Konten und Versicherungsanlagen von deutschen JüdInnen wurden den nationalsozialistischen Behörden überwiesen. Die ökonomischen und politischen Beziehungen der Schweiz mit Deutschland waren weitgehend intakt.

Der Kriegsbeginn führte in der Schweiz mit dem Einzug der Wehrpflichtigen zur Armee zu einem Mangel an Arbeitskräften. Das Problem wurde gelöst, indem die Truppen von den Grenzen abgezogen, von 450 000 auf 150 000 Mann reduziert und die verbleibenden Truppenbestände in die Berge geschickt wurden. Bei den Soldaten stiess dieser Rückzug ins Réduit auf keine grösseren Widerstände. Laut einer Umfrage war die Kampfmoral 1940 ohnehin sehr gering (UEK, S. 84).

Das gewerkschaftliche Begehren der Vollbeschäftigung wurde in den darauf folgenden Jahren erfüllt. Der Export nach den Achsenmächten, besonders nach Grossdeutschland, nahm um ein Vielfaches zu. Eine besondere Spielart der Kaufkraftförderung betrieb der Staat damit, dass er dem «Dritten Reich» Clearingkredite in dreistelliger Millionenhöhe zum Erwerb von Rüstungsgütern aus schweizerischer Produktion gewährte. Weitere Usanzen des Wirtschaftens im sozialstaatlichen Modell blieben nicht aus. Bis zum Kriegsende fand ein Innovationsschub statt, Arbeitsproduktivität und Ausbeutungsrate stiegen.

Während also schweizer Soldaten mit den Gewehrläufen in alpinen Geröllhalden herumstocherten, bildete die unermüdliche Arbeitsfront im Flachland eine Vorhut, die durch das Entgegenkommen gegenüber dem deutschen Kriegsbedarf eine Einnahme des Territoriums überflüssig machte. Überflüssig war der Angriff, weil die schweizer Industrie unentbehrliche Spezialprodukte für den zivilen und militärischen Gebrauch lieferte. Geradezu den Absichten des Nationalsozialismus entgegengesetzt wäre die Einnahme der Schweiz gewesen, weil der «neutrale» Kleinstaat als Finanz- und Goldumschlagplatz dem Reich die Aufrechterhaltung seines internationalen Handels sicherte.

Bereits die Bedrohung durch die Achsenmächte und der Rüstungsaufschwung vor dem Krieg hatten der Reformlinken Gelegenheit zur engeren Anbindung des Proletariats an den schweizer Staat gegeben. Mit der Dauer des Kriegs erwiesen sich antifaschistische Bekenntnisse zur Rechtfertigung des «Burgfriedens» als immer weniger haltbar. Denn nachdem spätestens mit den Entscheiden von 1940 die Eigenstaatlichkeit von der wirtschaftlichen Kollaboration mit dem Nationalsozialismus abhängig gemacht war, förderten die Staatstreue und die sozialpartnerschaftliche Eingliederung faktisch die deutschen Kriegs- und Vernichtungsaktivitäten. Dies behinderte das zweifelsfreie Aufgehen in der Volksgemeinschaft kaum. So gab die Vergabe eines Clearingkredits von 850 Mio Franken an Deutschland 1941, dessen Höhe nicht lange verheimlicht werden konnte (UEK, S.200f.), nicht Anlass zu grösserem Protest.

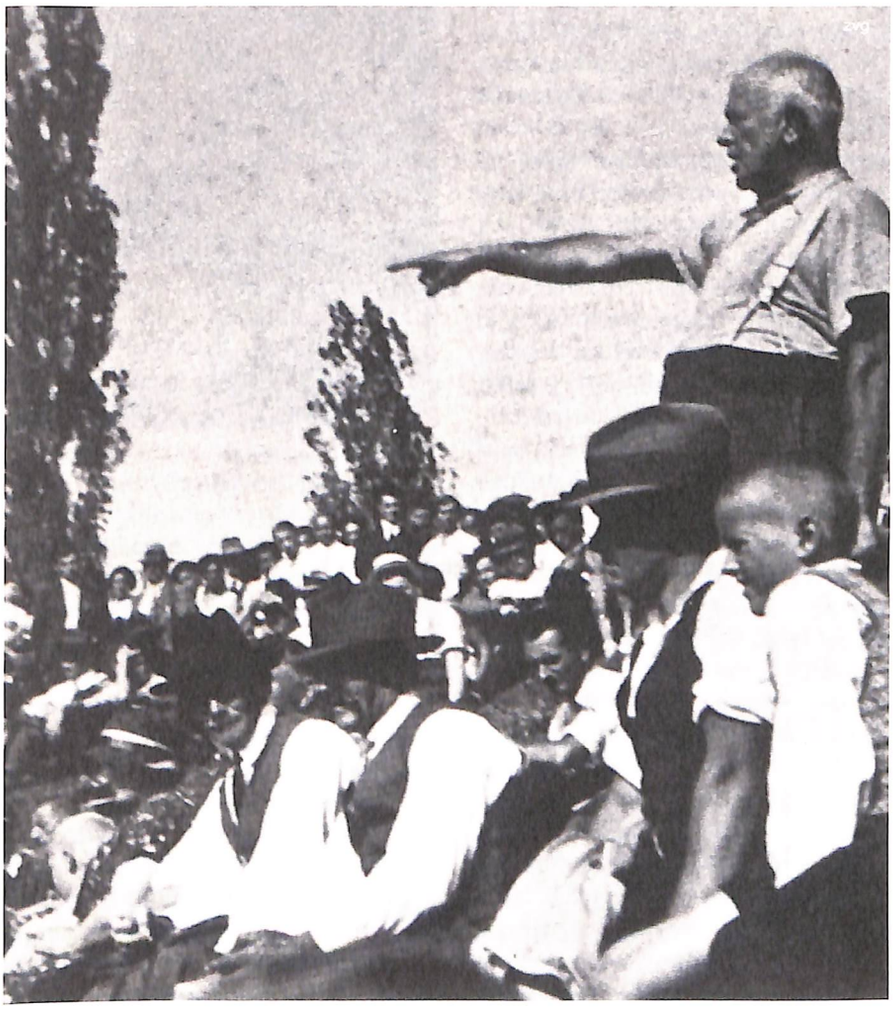
Der propagierte Zweck der nationalen Gemeinwirtschaft, nämlich den Zusammenhalt des Volkes zu garantieren, wurde von den SchweizerInnen auch dann noch hingenommen, als dieser Zweck den Endzwecken der nationalsozialistischen Politik kompatibel gemacht war. Die halb eingestandene Kollaboration beeinträchtigte nicht den imaginären Glauben an Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit des Volksganzen.

In der Volksgemeinschaft lassen sich die Individuen, die in der kapitalistischen Produktionsweise nicht über ihr Arbeitsprodukt bestimmen können, nicht nur von ihm bestimmen, sondern sie bestimmen sich selber über ein gemeinschaftliches Arbeitsprodukt. Die Einfühlung ins nationale Sozialprodukt ging einher mit dem Willen zur Absetzung der darin enthaltenen Waren. Restlos aufgehen in der Gemeinschaft konnten die Volksgenossen aber erst, wenn der Verwendungszweck derselben Waren ihnen als sinnvoll erschien (Scheit, S.32-35). Dadurch bestand in einem Land, in dem die staatliche Handlungsfähigkeit von der Handelstätigkeit mit der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft abhängig gemacht war, die Tendenz zum Einverständnis mit Krieg und Vernichtung.

Tatsächlich erlangte die staatliche Handlungsfähigkeit, die bekanntlich der Herstellung von sozialer Ruhe mit repressiven und ideologischen Mitteln dient, eine in der Schweiz noch nie dagewesene Ausdehnung. Das aufgestockte repressive Instrumentarium war durch eine immense ideologische Aufrüstung ergänzt. Diese war geknüpft an obrigkeitliche Umstellungen, die den Staat als Ernährer und Beschützer ausgaben. Wie im «Dritten» Reich fungieren in der Schweiz die sozialstaatlichen Leistungen als «flankierende Massnahmen [der] volksgemeinschaftlichen Einfühlung» (Scheit, S.35). Die Staatsbürger sollten sich unter erhöhtem

Leistungsdruck ganz in den Dienst des nationalen Sozialprodukts stellen.

Besonders grosse integrative Kraft entwickelte die staatliche Rationierung von Lebensmitteln. Sie stammten zum Teil aus der sogenannten Anbauschlacht, der Ausweitung der agrarischen Produktion. Die ideologische Offensive im Zuge der Anbauschlacht suggerierte eine autarke Gemeinwirtschaft und wurde zu einem Fixpunkt des Glaubens an die Unabhängigkeit. Weit davon entfernt, ein effizientes Projekt zur Loslösung von den Achsenmächten zu sein, richteten sich die von Anbauschlacht und Rationierungen gestützten Vorstellungen bald schon gegen die Verfolgten. VerfechterInnen der Grenzschliessung warfen stets die Frage der Versorgung auf, die Frage, wem das täglich Brot gegeben sein soll, um ihren Wahn von Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit zur Volksgemeinschaft in die Tat umzusetzen. Die staatlich regulierte Nahrungsverteilung reproduzierte in einer hegemonial christlichen Tradition, in der das Einverleiben das bevorzugte Ritual zur Integration in die Glaubensgemeinschaft darstellt, fortlaufend die Identifikation mit Volk und Staat. Kam es zu Rationierungen, wie im Oktober 1942 zu der von Brot, so wurde es als Zeichen der Knappheit ausgelegt, die von der Anwesenheit der – hauptsächlich nicht-christlichen – Flüchtlinge verursacht worden sei. (UEK, S.129)



Robert Grimm – wegweisend für den sozialpartnerschaftlichen Volksglauben

Schweizer Mitwirken an der Shoa

Das aktive Einverständnis mit den nationalsozialistischen Zielen konnte sich also mit Vorstellungen von Unabhängigkeit oder sogar von antifaschistischem Widerstand durchaus vertragen. Dementsprechend trat auch der Antisemitismus meist verdeckt auf. Selbst wer die Grenzschliessung massgeblich initiiert hatte oder befürwortete, sprach seltener von Juden, die fernzuhalten seien, als eher von «wesensfremden Elementen» (Rothmund) oder von einem «Fremdkörper im Volke» (Eugen Bircher). Bei aller vordergründigen Distanzierung vom Antisemitismus in Deutschland erlangte der Antisemitismus in der Schweiz eine solche Schlagkraft, dass die Grenzabriegelungen vom August 1942 bis im Juli 1944 gegenüber «Flüchtlingen nur aus Rassegründen» (Rundschreiben an die Grenzorgane) möglich wurden. Mit der Verweigerung der Zuflucht unterstützte die Schweiz die Vernichtung der europäischen JüdInnen, Roma und Sinti.

Durchgehend wollten die BefürworterInnen der nach rassistischen Grundsätzen abgesperrten Grenze in den Flüchtlingen eine existentielle Bedrohung für Volk und Staat sehen. Die Rechte wähnte lautstark, dass es sich bei den Flüchtlingen um kommunistische Umstürzler handelte. Auch weiter links zeigte man sich besorgt um die innere Sicherheit. Am prominentesten war aber der Vorwand, dass die Einreise von Flüchtlingen wegen einer prekären Versorgungslage nicht in Frage käme. Dabei handelte es sich um eine vorgeschobene Rationalisierung, denn die Versorgung in der Schweiz, besonders was die Nahrungsmittel betraf, war während der Dauer des Kriegs mehr als ausreichend (UEK, S.86 u. S.129). Mit der gleichen Insistenz, mit der eine existentielle Bedrohung durch die Verfolgten des «Dritten Reichs» beschworen wurde, betrieb die Schweiz die Auslieferung derselben an die deutschen Mörder. Nicht zufällig kam die antisemitische Politik der Wegweisungen unter Berufung auf das Volkswohl mit der eliminatorischen Logik des Nationalsozialismus überein.

Die Flüchtlinge, die sich ins Landesinnere durchgeschlagen hatten, waren systematisch von der Bevölkerung abgeschottet. Behörden und Hilfswerke verlangten ihre Weiterreise, und war eine solche nicht möglich, wurden die EmigrantInnen in Internierungslager gesperrt. Staatliche Gelder kamen ihnen kaum zu. Die Kosten für Weiterreise oder Unterbringung jüdischer Flüchlinge pressten die staatlichen Behörden jüdischen Organisationen ab (Piccard S.368-381). Das nationale Sozialprodukt wurde zur Realisierung des minimalen Asylrechts möglichst nicht angetastet. Umgekehrt unterstanden die Flüchtlinge, denen Erwerbsarbeit verboten war, ab 1940 einem Arbeitszwang zur Vermehrung des Sozialprodukts. Am Anfang des

schweizerischen Sozialstaats standen die Anstrengungen, EmigrantInnen als Fremdkörper abzusondern. Sie waren der Volksgemeinschaft in ökonomischer, politischer und rechtlicher Hinsicht untergeordnet.

Nicht alle hiessen in der Schweiz die bundesrätliche Flüchtlingspolitik vollumfänglich gut. Die Order vom August 1942 löste in der Presse, bei Hilfsorganisationen und bei Einzelpersonen heftige Kritik aus. Im Nationalrat stellten sich die Bauernpartei, die freisinnige und die katholisch-konservative Fraktion hinter den Bundesrat. Gegen die strikten Rückweisungen an der Grenze sprach sich neben Einzelrednern die sozialdemokratische Fraktion aus. Der Sozialdemokrat und Redakteur Meierhans berief sich darauf, dass das fremdenpolizeiliche Vorgehen humanitären Ansichten widersprechen würde, und dass nur «dank der Opposition im Volke» eine «Milderung in der Praxis» durch den Bundesrat erfolgt sei (Häsler, S.180). Der Redner begrüsste die «Milderung», die dann nur von kurzer Dauer war, stellte keine weitergehenden Forderungen, ausser eben im Sinn der Einheit von Staat und Volk, dass sich der Bundesrat dem Volksempfinden anpassen sollte.

Ob 1942 die Opposition unter den SchweizerInnen, die Meierhans zur Umstimmung des Bundesrats geltend machte, besonders breit war, muss bezweifelt werden. Jedenfalls tönte es rund ein Jahr später, kurz vor den Nationalratswahlen, in den Ausführungen Robert Grimms zu seiner Interpellation an den Bundesrat schon ganz anders. Grimm erwartete vom Bundesrat Auskunft über das Vorgehen gegenüber den Tausenden, die nach dem Einmarsch der Deutschen in Nord- und Mittelitalien und dem Einsetzen von Judendeportationen Zuflucht in der Schweiz suchten. Konträr zum Bild, das Meierhans vom Volk gab, stand Grimms Bemerkung über die Haltung der Arbeiterschaft: «Es stellt sich nun die Frage der Unterkunft, Verpflegung und Beschäftigung. Das Problem ist umso schwieriger, als sich bereits eine Abnahme der Beschäftigungsmöglichkeiten abzeichnet. Man muss die Arbeiterschaft verstehen, wenn sie Bedenken ob der möglichen Konkurrenzierung der einheimischen Arbeitskraft seitens der Flüchtlinge hat. Es dürfen selbstverständlich keine Arbeitsplätze an Flüchtlinge vergeben werden, welche von einheimischen Arbeitern besetzt werden könnten». Damit nicht genug. «Die Interpellation berührt ganz allgemein die Frage des Asylrechts. Soweit es sich um Militärpersonen handelt, ist diese durch die Haager Konvention entschieden. Wie weit kann man aber in der Aufnahme von Zivilflüchtlingen gehen? Wo liegt, angesichts der Ernährungslage, der Unterkunfts- und Beschäftigungslage, die obere Grenze?» (Berner Tagwacht, 30.9.1943)

Bundesrat von Steiger war dankbar für die Interpellation. Er konnte Grimm beruhigen. Die männlichen Zivilisten seien erstens arbeitsunwillig, sie fänden zweitens bereits prima Verwendung in der Landwirtschaft, wo man noch haufenweise Arbeitskräfte benötige, und drittens werde man weitere grössere Grenzübertritte von Flüchtlingen zu verhindern wissen. «Genosse Grimm», offenbar gestählt im Umgang mit Widersprüchen, «erklärt sich von der Antwort des Bundesrates befriedigt» (ebd.). Von den Rückweisungen, die zum Zeitpunkt der Interpellation im Tessin bereits in grossem Umfang begonnen hatten, sind für das nächste Halbjahr 12'000 nachgewiesen (UEK, S.117).

Der Vorstoss Grimms richtete sich konkret gegen JüdInnen, die den Hauptanteil der zivilen Flüchtlinge ausmachten. Er fügte dem Katalog von Bedrohungen, die auf Flüchtlinge projiziert wurden, das angesichts des Lohnarbeitsverbots besonders absurde Szenario einer Abdrängung von SchweizerInnen vom Arbeitsplatz hinzu.

Wie weit die antisemitische Flüchtlingspolitik von der schweizer Bevölkerung begrüsst wurde, ist heute schwierig festzustellen. Dass mit wenigen Ausnahmen die Grenzwächter ihren Schergendienst erfüllten, dass nur Einzelne Widerstand gegen die Flüchtlingspolitik leisteten, lässt auf eine weit verbreitete, über Indifferenz hinausgehende, feindliche Haltung gegenüber JüdInnen schliessen. Die sonst weniger verblendete Expertenkommission fällt in dieser zentralen Frage hinter die ältere Staatsgeschichtsschreibung von Edgar Bonjour zurück. Bonjour spricht von einer allgemeinen Mitschuld und führt die Passivität der Bevölkerung unter anderem auf latenten Antisemitismus zurück. Dagegen ist von einer Schuld oder auch nur schon von einer Verantwortung der Bevölkerung im Bericht der Expertenkommission nicht mehr die Rede (UEK, S.131 u. S.149ff.). Statt von der Unterscheidung zwischen der Schuld von TäterInnen

Nestlés Beitrag zum Vernichtungskrieg im Osten: Der Blitz-Kaffee

und der Schuld von ZuschauerInnen geht sie von der Annahme aus, dass unter dem Vollmachtenregime des Bundesrates die Bevölkerung kaum etwas ausrichten konnte. Damit verteidigt die Expertenkommission letztlich sowohl eine Ergebenheit gegenüber den staatlichen Instanzen, als auch die ausschliessliche Delegierung der Verantwortung für soziale und politische Vorgänge an dieselben. Unmündigkeit und reibungsloses Einordnen in die Volksgemeinschaft mögen in der korporativ-autoritären Regierungsform der Kriegszeit ihre beste Voraussetzung gefunden haben. Umso gefährlicher ist es, dem loyalen und mit Vorliebe unbeteiligten Bürgersinn, dem Bürgerstumpfsinn, wie er in der Schweiz seither tradiert wird, das Wort zu reden. Es darüber hinaus zu verkennen, dass Antisemitismus das einigende Band zwischen ZuschauerInnen und TäterInnen bildete, ist nicht allein gefährlich, sondern Geschichtsrevisionismus.

Das Wunder aus dem Nichts

Nach dem Ende des Kriegs fand in der Schweiz nicht einmal formell ein Bruch statt. Die politische Führung und die Hauptorganisatoren der Wirtschafts- und Flüchtlingspolitik blieben

im Amt. Schweizer Grosskonzerne, die ihre Ableger im deutschen Grossreich verteilt hatten, profitierten von der Nachkriegskonjunktur, wie auch von ihrer vormaligen Koexpansion. Die schweizer Banken schlugen aus der Shoa, den hinterlassenen Konten der Opfer, Zusatzgewinn. Mit ihrer intakten ökonomischen Infrastruktur schwamm die Schweiz obenauf im Nachkriegsaufschwung.

Nach einer kurzen Phase zunehmender Arbeitskämpfe 1946 machte auch die ArbeiterInnenbewegung im alten Trott der Sozialpartnerschaft weiter. Eine zweiter Schub sozialstaatlicher Absicherung setzte 1947 ein. Die Ideologie des nationalen Konsenses blieb tonangebend. So verweist die zitierte, demagogische Argumentation Grimms von 1943 bereits auf die Nachkriegszeit, in der es als «selbstverständlich» galt, in ausländischen ArbeiterInnen eine Konkurrenz zu sehen und für schweizer ArbeiterInnen eine sozialstaatliche Besserstellung zu erwarten. Die Reformlinke setzte darauf, dass bei Vollbeschäftigung im nationalen Wirtschaftsraum in sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen die Löhne der Konjunktur entsprechend angehoben würden. Die ImmigrantInnen und «Billigarbeitskräfte» aus dem Süden wurden aus gewerkschaftlicher Sicht notwendig zu einem Störfaktor im nationalen Wohlfahrtsprojekt. Wie im Krieg zur Stützung der antisemitischen Flüchtlingspolitik dienten die scheinbaren Rationalisierungen unter volkswirtschaftlichen Prämissen (Versorgungsprobleme, Beschäftigungsmangel, etc.) zur Legitimation des Ausländerhasses.

Der zeitweilige Aufschwung nach dem Krieg in den Metropolen lässt den Vernichtungskrieg als den probaten Ausweg aus der Krise erscheinen. Zeugnis für den unbewussten Zusammenhang legt das an Animismus gemahnende Vokabular ab, dem gemäss das «Wirtschaftswunder» aus dem «Holocaust» (Ganzbrandopfer) folgt (Scheit, S.74ff.). Dieses einzige breit anerkannte Wunder des 20. Jahrhunderts hat auch die Schweiz mit Segen überzogen. Wenn Funktionstüchtigkeit der Wirtschaft und Unabhängigkeit bis heute auf eine «kluge» Politik im Krieg und die nationale Integration des Proletariats zurückgeführt werden, so ist der Nachkriegsaufschwung gleichzeitig aus der Kollaboration mit dem «Dritten Reich» und der eliminatorischen Exklusion hergeleitet. Die Rationalität, welche die volksgemeinschaftliche Integration und die sozialstaatliche Partizipation am Reichtum für die Steigerung des nationalen Sozialprodukts darstellte, fällt mit der Irrationalität zusammen, mit der die «Feinde» des wichtigsten Handelspartners vom Reichtum ausgeschlossen oder in die Vernichtung geschickt wurden. Der Nachkriegsaufschwung ist buchstäblich das historisch sehr konkret herbeigeführte Wunder aus dem Nichts, auf das bei jeder Zunahme der Krisentendenz sich die Hoffnungen wieder verstärkt richten.

Der momentane Abbau des Sozialstaats unter Berufung auf Sachzwänge der freien Marktwirtschaft führt keineswegs zur Auflösung der volksgemeinschaftlichen Einfühlung. Da die staatlichen Zuwendungen wie die Chancen zum Verkauf der Arbeitskraft schwinden, werden die Subjekte, die sich über das nationale Sozialprodukt bestimmen, vermehrt ihrer ökonomischen Überflüssigkeit inne (Scheit, S.112ff.). Die Regierungsparteien setzen auf die frei werdende, projezierte Zerstörungswut. SVP und CVP propagieren geradezu die faktische Abschaffung des Asylrechts. Das als «vernünftige» Alternative dazu und als Reaktion auf «berechtigte Ängste» vom zürcher Stadtrat proklamierte, von Ledergerber (SP) und Stocker (Grüne) zusammengestiefelte Manifest orientiert sich in frappanter Weise an der schweizer Flüchtlingsinnenpolitik des Zweiten Weltkriegs. Vorgesehen ist ein Arbeitszwang für Flüchtlinge. Der Lohn wird nicht ausbezahlt, sondern von den Behörden verwaltet. Sind nach sechs Monaten Internierung und Frondienst aufgehoben, so wird «ausdrücklich erwartet, dass bereits hier wohnhafte Verwandte sowie ethnische oder nationale Gruppierungen einen besonderen Beitrag bei der Eingliederung und Unterbringung ihrer Landsleute leisten».

Waren die Verfolgten in der Schweiz des Zweiten Weltkrieg als eine gefährliche Kriegspartei behandelt worden, so sind Flüchtlinge den heutigen Politikastern Ausscherende aus den Wirtschaftskämpfen zwischen den Nationen. Zur Strafe haben die zu solchen gemachten, abgespaltenen Kollektive für sich selbst zu sorgen. Allein im Glauben, dass das emsige schweizer Völklein für alle einen schönen Batzen zusammenbringen kann, wenn nur nicht Fremde das nationale Sozialprodukt anknabbern, erschöpft sich aber der Ausländerhass nicht. Seine Militanz verrät, dass Prosperität und grössere Teilhabe am Sozialprodukt weniger von der Abschiebung, als vielmehr von der Auslöschung Anderer erwartet wird.

Spätestens der Zweite Weltkrieg hat vor Augen geführt, dass der nationale Aufschwung von Grösserem als der Schweiz abhängt. Nun hat aber Deutschland sich und umliegende Gebiete noch nicht wieder in alter Manier gesammelt. Dem Festhalten am Feindbild tut es keinen Abbruch. Der Antisemitismus «als Projektion für die Durchsetzung der Identität des Ganzen» (Scheit, S.91) ist bestimmend, wenn es ums Ganze, um Weltpolitik, um Weltwirtschaft geht. Wo als Auslöser der weltweiten Krise des Kapitals mit ihren Auswirkungen in der Schweiz fälschlich der 11. September oder der drohende Irakkrieg behauptet werden, da bleiben auch die Vermutungen nicht aus, dass Israel, der Mossad, amerikanische Juden als treibende Kräfte hinter Attentat und Kriegsvorbereitungen stünden. Der Kult der gesunden Volkswirtschaft kann nicht anders als sich von jüdischem Einfluss bedroht sehen. Das ist schon 1996 deutlich geworden, als der Grossteil der SchweizerInnen dem Wahngebilde verfallen ist, mit der Bankenklage versuchten «jüdische Finanzkreise» die Schweiz zu zerstören. ■

Literatur:

Gerhard Scheit. Die Meister der Krise. Über den Zusammenhang von Vernichtung und Volkswohlstand. Freiburg, 2001.

Alfred A. Häsler. Das Boot ist voll. Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945. Zürich, 1992.

Jacques Picard. Die Schweiz und die Juden. 1933-1945. Zürich, 1997.

UEK. Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz - Zweiter Weltkrieg. Zürich, 2002.

Willi Gerster. Sozialdemokraten und Kommunisten in der Konfrontation. Zur Geschichte der Schweizer und Basler Arbeiterbewegung in der Zwischenkriegszeit. 1927-1932. Basel, 1980.

Hans Ulrich Jost. Geschichte der Schweiz und der Schweizer. Bedrohung und Enge. Basel, 1983.

Die EU und der Terror

In der Auseinandersetzung um die Finanzhilfe für die palästinensische Selbstverwaltung gerät die EU nun verstärkt unter Druck, denn schon seit langem gibt es Hinweise, dass die europäischen Hilfsgelder nicht nur in korrupten Kanälen verschwinden, sondern auch in den Terrorismus gegen Israel umgeleitet werden.

von Ulrike Capdepón

Seit den Osloer Verträgen 1993, in denen sich die Europäische Union zur Bereitstellung von Hilfsgeldern an die Palästinensische Autonomiebehörde verpflichtet, sind 1,42 Milliarden Euro von Brüssel nach Palästina geflossen, Zuwendungen einzelner EU-Staaten nicht eingerechnet. Nach Beginn der zweiten Intifada, ab der Israel alle Transferleistungen an die Autonomiebehörde stoppte, zahlte die EU ab Juni 2001 eine monatliche Haushaltshilfe von zehn Millionen Euro, von denen aus Deutschland rund 25 Prozent stammen. Doch was geschieht mit diesen 10 Millionen Euro Direkthilfe, die eigentlich für Bildung, Gesundheit, Polizei und Beamtengehälter gedacht sind? Es tauchen immer wieder Berichte über zweckentfremdete Finanzhilfen auf, so etwa der Vorwurf, dass die EU Schulbücher finanziere, in denen offen zum Kampf gegen Israel aufgerufen wird. Auch verbreite der von der EU geförderte palästinensische Fernsehsender PA-TV antijüdische Propaganda.

Im Frühjahr letzten Jahres beschlagnahmten israelische Truppen im Zuge der «Operation Schutzschild» beim Sturm auf Arafats Hauptquartier in Ramallah palästinensische Dokumente, die belegen sollen, dass die EU mit ihren Hilfszahlungen an die Autonomiebehörde den palästinensischen Terror gegen Israel ermöglicht hat.

Laut einer Zusammenstellung des Materials durch den israelischen Militärgeheimdienst habe die Autonomiebehörde einen Schattenhaushalt angelegt, um den Terrorkrieg zu finanzieren. Die Autonomiebehörde verwende nur 55 – 65 Prozent der internationalen Hilfsgelder für die vorgesehenen Ausgaben. Ausserdem führe die Autonomiebehörde bei den von EU-Geldern finanzierten Beamtengehältern eine doppelte Buchhaltung, so dass sie wesentlich weniger internationale Hilfsgelder für die Beamtengehälter benötige als sie vorgebe. Zahlreiche Attentäter bezögen als öffentlich Bedienstete für ihre Terroraktivitäten von der Autonomiebehörde ein festes, von der EU mitfinanziertes Gehalt. Die Arafat-Behörde bausche die Gehaltslisten staatlich Bediensteter mit hunderten von Fatah-Aktivisten auf und ziehe von den Sicherheitskräften einen Teil des Gehalts als «persönlichen Fatah-Mitgliedsbeitrag» wieder ab. Legt man das Material zugrunde, werden auch diese Beiträge zur finanziellen Unterstützung terroristischer Aktivitäten genutzt.

Ein weiteres Dokument behandelt Materialien, die zu zeigen scheinen, dass die in den Staatsapparat integrierten Fatah- und Al-Aksa-Terroristen von Arafat selbst gesteuert werden. Er sei über die Anschläge von Al-Aksa und Tanzim bestens informiert und bestätige diese mit seiner Unterschrift auf zahlreichen Dokumenten.

EU-Kommission sträubt sich gegen Aufklärung

Doch die EU leugnet die sie immer stärker belastenden Vorwürfe – allen voran der für Aussenbeziehungen zuständige EU-Kommissar Christopher Patten. In einem Briefwechsel weist er die israelischen Vorwürfe zurück. Er entgegnet den Anschuldigungen mit dem Argument, die Autonomiebehörde sei ohnehin stark unterfinanziert, sie könne ihren Bediensteten kaum Gehälter auszahlen. Patten wurde nach Bekanntwerden der Dokumente vor den Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlamentes geladen, um zu den von der israelischen Regierung vorgebrachten Anschuldigungen Stellung zu nehmen. Er behauptete, die EU-Kommission habe die Dokumente sorgfältig geprüft, habe jedoch «keinen Beweis dafür gefunden, ich wiederhole: keinen Beweis, dass europäische Hilfsgelder anders verwendet wurden (...) als vereinbart».

Weder zur Aufklärung noch zur Beruhigung trägt die Äusserung Pattens bei, die direkte Budgethilfe für die PA sei nun einmal nicht zweckgebunden und könne in ihrer Verwen-

zvg

Arafat: «Die palästinensische Friedensbewegung»

dung deshalb auch nicht kontrolliert werden. Sollte diese Feststellung der Unkontrollierbarkeit nicht vielmehr zu der Frage führen, ob die EU nicht das falsche Mittel gewählt hat, in ihrem vorgeblichen Bestreben die Lebensbedingungen in den palästinensischen Gebieten zu verbessern? Die Praxis nicht an Auflagen gebundener Zahlungen ist für diesen Zweck nicht geeignet. Die Fortführung der Finanzleistungen hatte Patten auch damit begründet, ihre Verwendung würde strengstens vom IWF kontrolliert. Allerdings gehört der palästinensische Vertreter des Internationalen Währungsfonds, Karim Naschabibi, zum Arafat-Clan und ist als neuer palästinensischer Finanzminister vorgesehen gewesen. Er hatte ausgesagt, er prüfe lediglich den Eingang und den Ausgang der Hilfsgelder, nicht aber deren Verwendung.

Auch nachdem die Dokumente des israelischen Geheimdienstes öffentlich gemacht worden waren, hat das europäische Parlament beinahe einstimmig (zwei Enthaltungen, eine Gegenstimme) für eine Fortführung der europäischen Finanzhilfen an die palästinensischen Selbstverwaltungsgebiete gestimmt. Das EU-Parlament forderte die Kommission auf, ein grösseres Mass an Transparenz bei der Vergabe der Gelder zu gewährleisten und alle relevanten Dokumente zur Haushaltsüberprüfung vorzulegen. Der Aussenpolitische Sprecher im EU-Parlament, Jo Leinen (SPD), bezeichnete die EU-Hilfe als «unverzichtbar, um das Funktionieren von Krankenhäusern und Schulen» zu gewährleisten. Die Reaktion der EU auf das von den Israelis vorgelegte Material fällt also mehr als dürftig aus. Anstatt den Verdacht auf Terrorhilfe ernst zu nehmen, sieht Patten keine Notwendigkeit für Untersuchungen, es folgen keine Konsequenzen. Die Vorgehensweise der EU-Kommission weckt zusätzlich Misstrauen, denn Vorwürfe werden erst pauschal abgestritten, wenn aber ein Leugnen aufgrund bedrückender Beweislast nicht mehr möglich ist, sucht man neue Ausreden.

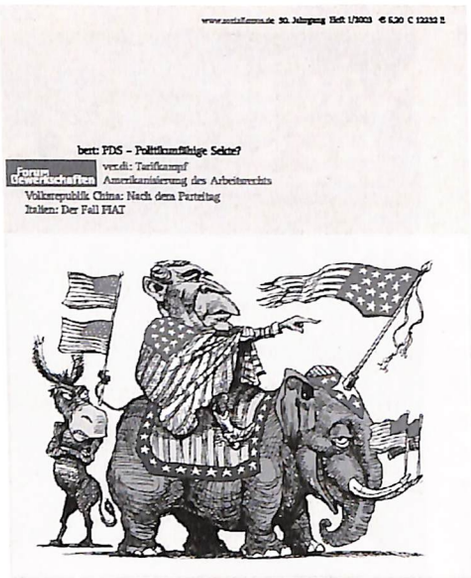
So fliessen aus EU-Kassen noch heute Millionen Euro in die Palästinensergebiete, obwohl deren Verwendung weitgehend im Dunkeln bleibt. Es drängt sich also die Frage auf, ob die Intifada von der EU finanziell unterstützt wird. In der Europäischen Union wird die Lage indes immer grotesker: Die Staats- und Regierungschefs zahlen für Arafats Autonomiebehörde, während sie die ihr nahe stehenden Al-Aksa-Märtyrer-Brigaden auf die Liste terroristischer Organisationen gesetzt haben.

Untersuchungsausschuss soll Terrorzahlungen prüfen

Ilka Schröder, parteilose Europa-Abgeordnete, fordert seit Monaten die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Vermutungen über EU-Terrorzahlungen, aber auch über Korruption und Haushaltmanipulationen innerhalb der Autonomiebehörde untersuchen soll. Wie sie feststellt, «sind die Vorwürfe von der Kommission bisher nicht widerlegt worden». Deshalb soll der Untersuchungsausschuss den Vorwürfen nun gezielt nachgehen, vor allem, ob es sich «um blosse Einzelfälle von durch EU-Gelder finanzierte Terroristen handelt, oder ob diese ein ganzes Netzwerk mit System» aufgebaut hätten. Es gilt, die gemachten Vorwürfe nochmal auf die Tagesordnung zu bringen. «Mit den Direktzahlungen», so Ilka Schröder, «wird der Terror eindeutig akzeptiert. Es kommt darauf an, was mit den Geldern zu welchem Zeitpunkt passiert ist und das steht immer noch im Dunkeln.» Dabei soll der parlamentarische Untersuchungsausschuss nicht nur dem Terror-Vorwurf nachgehen, sondern auch die weiteren Missstände in der Finanzverwaltung der Autonomiebehörde – wie Korruption, Geldwäsche, Umtauschmanipulationen prüfen. Die Bezahlung von terroristischen Aktivitäten mit Geldern der EU würde – so argumentiert der Antrag auf den Untersuchungsausschuss – auf einen Bruch von menschen- und gemeinschaftsrechtlichen Grundsätzen hinauslaufen. Die für den Untersuchungsausschuss notwendigen 157 Abgeordnetenstimmen sind bereits zusammengekommen. Damit ist die grösste Hürde genommen, um der Hinnahme von Terroranschlägen gegen Israel mit Fördergeldern der EU zumindest etwas entgegenzusetzen – mit welchem Erfolg, das bleibt abzuwarten. ■

RISSE
ANALYSE UND SUBVERSION
NACH-BESTELLEN
NR. 1
ANTISEMITISMUS AUF DEM VORMARSCH
BERGIER-BERICHT
WARUM DER ERWARTETE AUFSCHREI AUSBLEIBT
ZIVILGESELLSCHAFT
DAS NEUE SCHLAGWORT DER STAATSTREUEN
RADIKALE KUNST
ZWISCHEN WIDERSPRUCH UND FALSCHEM TROST
NR. 2
SCHWEIZ – SÜDAFRIKA
PERVERSE SOLIDARITÄT
DEUTSCHE GROSSMACHT
AMBITIONEN AUF DIE HEGEMONIE IN EUROPA
BÖSES ISRAEL
KREATIVITÄT IN DER FEINDBILDKONSTRUKTION
CARL ORFF
CARMINA BURANA UND ANDERE UNTATEN
NR. 3
AMERIKA ZUR GRENZE ZWISCHEN KRITIK UND RESSENTIMENT
IRAK
KEINE FRAGE VON KRIEG UND FRIEDEN
SLANSKY-PROZESS
ZUR GENESE DES «LINKEN» ANTIZIONISMUS
FOUCAULT – MARX
ÜBER EINE TÄUSCHENDE VERWANDTSCHAFT
JETZT BESTELLEN
PRO EXEMPLAR: SFR 6.– / EUR 4.–
INKL: VERSANDKOSTEN
RISSE MAGAZIN
POSTFACH 3119
CH-8021 ZÜRICH
WWW.RISSE.INFO

www.sozialismus.de



Reformstau und rot-grüne Flickschusterei; Norman Paech: Der Irak-Krieg – Abschied vom System der Kollektiven Sicherheit; Uli Cremer: NATO goes global; Joachim Bischoff: Die PDS neu erfinden; Harald Neubert: PDS – Politikunfähige Sekte? Klaus Bullan: Zur neuen Studie mit den OECD-Indikatoren 2002

Richard Detje: Billiger Jakob? Tarifrunde im öffentlichen Dienst; Michael Wendl: »Amerikanisierung« des Arbeitsrechts?

Helmut Peters: Der 16. Parteitag der KP Chinas; Interview mit Jacques Nikonoff (neuer Vorsitzender von Attac Frankreich); Bernhard Sander: Entzauberung des Rechtspopulismus? Riccardo Bellofiore: Mit einem Staatseingriff wäre FIAT nicht geholfen; Armando F. Steinko: »Prestige«: Das schwarze Blut neoliberaler Kultur; Stichwort: Lohn (Christoph Lieber)

Supplement: Joachim Bischoff/Hans-Georg Draheim, Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zur politischen Ökonomie einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft

Einzelheft: sFr 11,50; Abo: sFr 125,-; Probeheft: Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg, Fax 004940/280 505 68
e-mail: redaktion@sozialismus.de

alma mater

Vorlesungen und Veranstaltungen zu Women's und Gender Studies an der Universität Zürich

Aktuelle Berichte von Frauen aus dem Wissenschaftsbetrieb

Wichtige Adressen von Frauenorganisationen und Veranstalterinnen

Bezug: StudentInnenläden oder bei alma@zuv.unizh.ch

Preis:
Fr. 5.- (Studierende)
Fr. 7.- (andere)

Infos zu Gleichstellung, Gender Studies, Nachwuchsförderung und Kinderbetreuungsangebot: www.unizh.ch/frauenstelle

FANTÔMAS

magazin für linke debatte und praxis

Biopolitik

Leben – Macht – Widerstand

Themen: Zum Gebrauchswert von Poststrukturalismus und „Empire"
· Biopolitische Produktionsweisen
· Migration im biopolitischen Imperium
· Feministische Kritik von Biopolitik
· Biomacht als Todesmacht
· Geschichte des (Post-)Operaismus

Preis: 4,50 € + Porto (per Rechnung) oder 5 € Schein beilegen
(Fantômas ist im ak-Abo enthalten)
Bestellungen an: fantomas@akweb.de
ak, Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175

soz:mag

DAS SOZIOLOGIE MAGAZIN

Solidaritätsabonnement

Für einen Mindestbeitrag von 30 Fr. / Jahr wird 2 mal jährlich die jeweils aktuelle soz:mag Ausgabe per Post zu ihnen nach Hause geschickt.

☐ Ja, ich bin an einem Solidaritätsabonnement für Fr. _____ interessiert. Bitte senden Sie die nächste Ausgabe des soz:mag an folgende Adresse:

_____
_____
_____
_____

Talon herausschneiden und senden an:
soz:mag, Soziologisches Institut,
Rämistr. 69, 8001 ZH

oder per e-mail:
sozmag@soziologie.ch

Dschihad und Judenhass

Der Kampf der Islamisten hat eine jahrzehntelange antisemitische Tradition. Welche politische Anschauung trieb Mohammed Atta, den Anführer der Todespiloten vom 11. September 2001, zu seiner Tat? «Ein «nationalsozialistisches Weltbild» attestierten ihm Teilnehmer der Koranrunden», berichtete der Spiegel am 2. September 2002.

von Matthias Küntzel

««Die Juden», das waren für ihn die reichen Strippenzieher der Medien, der Finanzwelt, der Politik, und natürlich steckten auch hinter dem Einsatz der Amerikaner am Golf die Juden, hinter den Kriegen auf dem Balkan, in Tschetschenien, überall. «Das Zentrum des Weltjudentums», so sah es Atta, war New York. Atta wünschte sich einen Gottesstaat vom Nil bis zum Euphrat, frei von Juden, und sein Befreiungskrieg musste in New York beginnen.» (Spiegel 36/2002, S. 117)

Attas obsessiver Judenhass, den seine Anleiter und Finanziers von al Kaida teilen, wie deren Stellungnahmen zeigen, war offenkundig das Hauptmotiv für die Massaker in Washington und New York. Dies ist wenig überraschend. Denn das Muster des suizidalen Massenmords war schon vor dem 11. September bekannt: Am 1. Juni 2001 riss ein Hamas-Angehöriger 21 Jugendliche vor einer Diskothek bei Tel Aviv mit in den Tod. Am 9. August 2001 sprengte sich ein weiterer Islamist in der überfüllten Pizzeria Sabbaro in Jerusalem in die Luft und tötete 16 Gäste. Schon im September 2001 lag die Mutmassung, dass zwischen diesen drei Anschlägen ein Zusammenhang besteht, auf der Hand.

Dennoch wird das antisemitische Motiv in den Diskussionen über die Septembermassaker wenig thematisiert. Dies ist um so unverständlicher, als die Geschichte des Islamismus den Zusammenhang von Dschihad und Judenhass unzweideutig belegt. Anders als es viele Darstellungen kolportieren, ist diese politisch-religiöse Bewegung nicht in den sechziger, sondern in den dreissiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden. Ihr Aufstieg wurde nicht vom Scheitern des Nasserismus, dafür jedoch vom Erfolg des Faschismus inspiriert. Bis 1951 waren sämtliche Mobilisierungskampagnen der Islamisten nicht antikolonial, wohl aber antijüdisch orientiert.

Antijüdischer Dschihad

Es war die 1928 in Ägypten gegründete Organisation der Muslimbrüder, die den Islamismus als Massenbewegung begründete. Bis heute sind die Muslimbrüder für den Islamismus das, was die Bolschewiki für die kommunistische Bewegung des 20. Jahrhunderts waren: der ideologische Bezugspunkt und der organisatorische Kern, der alle nachfolgenden Tendenzen, einschließlich der al Kaida, massgeblich inspirierte und bis heute inspiriert. Zwar waren es die Auswirkungen der britischen Kolonialpolitik, die den Islamismus als Widerstandsbewegung gegen die «kulturelle Moderne» hervorbrachten und den Ruf nach einer neuen Scharia-Ordnung provozierten, dennoch wurde der Dschihad der Muslimbrüder nicht an erster Stelle gegen die Briten geführt. Er wurde auch nicht gegen die französische Kolonialmacht geführt und ebenfalls nicht gegen die ägyptische Elite, die mit den Briten kooperierte. Die Dschihad-Bewegung der Muslimbrüder nahm fast ausschliesslich den Zionismus und die Juden ins Visier. Nicht als antikoloniale, sondern als antijüdische Bewegung wurden die Muslimbrüder zur Massenorganisation. 1936 zählten sie 800 Mitglieder, 1938 waren es 200'000. Dazwischen lag ihre erste grosse gegen Juden und Zionisten gerichtete Mobilisierungskampagne.

Auslöser war der 1936 vom Mufti von Jerusalem initiierte Aufstand in Palästina. «Nieder mit den Juden» und «Juden raus aus Ägypten und Palästina» lauteten die Parolen der Massendemonstrationen, die die Bruderschaft daraufhin in den ägyptischen Grossstädten organisierte. Auf Flugblättern rief sie zum Boykott jüdischer Waren und Geschäfte auf. In ihrer Zeitschrift al-Nadhir wurde eine regelmässige Kolumne mit der Kopfzeile: «Die Gefährlichkeit der Juden von Ägypten» etabliert. Darin wurden die Namen und Adressen von jüdischen Geschäftsinhabern und Besitzern angeblich jüdischer Zeitungen aus aller Welt veröffentlicht und alles Böse – vom Kommunismus bis zum Bordell – wurde auf die «jüdische Gefahr» zurückgeführt. Viele Aktionsmuster und Inhalte waren dem Nationalsozialismus entlehnt. Die Muslimbrüder riefen zusätzlich jedoch dazu auf, «sich in allen Teilen Ägyptens für den Dschihad zur Verteidigung der Aqsa-Moschee zur Verfügung zu stellen». Dieser Dschihad-Ruf war in der damaligen muslimischen Welt ungewöhnlich und neu.

Erst die Muslimbrüder hatten die Idee des kriegerischen Dschihad und die Todessehnsucht als Leitideal des Märtyrers für die Neuzeit entdeckt. 1938 machte Hassan al-Banna, der charismatische Gründer der Muslimbrüder, die Öffentlichkeit in einem Aufsatz unter der Überschrift «Die Todesindustrie» erstmals mit seinen Dschihad-Vorstellungen vertraut – einer Vorstellung, bei der das Wort «Todesindustrie» nicht den Horror, sondern das Ideal beschreibt. Al-Banna: «Derjenigen Nation, welche die Industrie des Todes perfektioniert und die weiss, wie man edel stirbt, gibt Gott ein stolzes Leben auf dieser Welt und ewige Gunst in dem Leben, das noch kommt.»

Diese Losung stieß bei den «Truppen Gottes», wie die Muslimbrüder sich nannten, auf begeisterte Resonanz. Wann immer ihre Bataillone in semifaschistischer Formation durch die Straßen Kairos marschierten, erklang ihr Lied: «Wir haben keine Angst vor dem Tod, sondern wir ersehnen ihn (...) Wie wundervoll der Tod ist. (...) Lasst uns für die Erlösung der Muslime sterben.» Diese in den dreissiger Jahren erstmals ausformulierte Dschihad-Idee war mit dem antisemitischen Impuls von Anfang an verquickt.

Der Antisemitismus der Muslimbrüder speiste und speist sich nicht nur aus europäischen, sondern zugleich aus spezifisch islamischen Einflüssen. Erstens gilt Palästina den Islamisten als muslimisches Einflussgebiet (Dar al-Islam), in welchem Juden kein einziges Dorf, geschweige denn einen Staat beherrschen dürften. Zweitens lassen sich entlang der

Kampflinie Jude-versus-Muslim Erinnerungen an die Frühgeschichte des Islam revitalisieren: So versuchen die Islamisten aktuell die Vertreibung und Tötung der Juden in Palästina mit dem Vorbild Muhammads zu legitimieren, der der Legende zufolge im siebten Jahrhundert zwei jüdische Stämme aus Medina vertrieb und sämtliche Mitglieder des dritten Stammes töten oder in die Sklaverei verkaufen liess. Last but not least verhilft diese Feindzuschreibung dem Diktum des Koran, die Juden seien die schlimmsten Gegner aller Gläubigen, scheinbar zu seinem Recht.

Die Muslimbrüder und der Nationalsozialismus

Doch erst nach dem 8. Mai 1945 erreichte die ideologische Annäherung der Muslimbrüder an den Nationalsozialismus ihren Höhepunkt. Im November 1945 kündigte sich die Verschiebung des antisemitischen Zentrums von Deutschland in die arabische Welt bereits an. In diesem Monat verübten die Muslimbrüder in Kairo und Alexandria die grössten antijüdischen Pogrome in der Geschichte Ägyptens: Demonstranten fielen aus Anlass des Jahrestages der Balfour-Erklärung in das jüdische Viertel Kairos ein, plünderten dort Häuser und Geschäfte, griffen Nicht-Muslime an, verwüsteten die Synagogen und steckten sie schliesslich in Brand. Sechs Menschen wurden getötet, Hunderte verletzt. Einige Wochen später gingen die Zeitungen der Islamisten «zum Frontalangriff auf die ägyptischen Juden als Zionisten, Kommunisten, Kapitalisten, Blutsauger, Waffen- und Mädchenhändler oder ganz generell als «zersetzendes Element» aller Staaten und Gesellschaften über», wie Gudrun Krämer in ihrer Studie «Die Juden in Ägypten 1914-1952» schreibt.

1946 sorgten die Muslimbrüder schliesslich dafür, dass der als Kriegsverbrecher gesuchte Freund von Heinrich Himmler, Amin el-Husseini, in Ägypten Exil und eine neue politische Wirkungsstätte erhielt. In seiner Funktion als Mufti von Jerusalem und Führer der palästinensischen Nationalbewegung hatte el-Husseini, der seit Anfang der dreissiger Jahre zu den engsten Verbündeten der Muslimbrüder gehörte, die Schoa mehr als jeder andere arabische Politiker unterstützt und vorangetrieben. Mit der Amnestierung dieser prominenten islamischen Autorität wurde für einen grossen Teil der arabischen Welt auch der Nationalsozialismus und dessen Antisemitismus rehabilitiert. Scharenweise strömten nunmehr die in Europa gesuchten Nazis in die arabische Welt. Massenhaft wurden in den folgenden Jahrzehnten die Protokolle der Weisen von Zion von zwei ehemaligen Mitgliedern der Muslimbruderschaft – Gambal Abdel Nasser und Anwar al-Sadat – verbreitet und unterstützt. Die uneingeschränkte Solidarität der Muslimbrüder mit dem Mufti und ihre antisemitischen Ausschreitungen wenige Monate nach Auschwitz verdeutlichen, dass die Vernichtung der europäischen Juden von ihnen entweder ignoriert oder gerechtfertigt worden ist.

Die Folgen dieser Einstellung sind immens und bestimmen bis heute den arabisch-jüdischen Konflikt. Denn solange der Islamismus die Schoa leugnet, wird er damit fortfahren, die internationale Rückendeckung, die die Gründung Israels 1947 durch die Vereinten Nationen erfuhr, ausschliesslich

zvg

Mit Hamas für den Frieden

unter Rückgriff auf antisemitische Denkmuster, also verschwörungstheoretisch zu erklären: als ein von Juden gelenkter Angriff der USA und der Sowjetunion gegen das Arabertum. Dementsprechend wurde der Teilungsbeschluss für Palästina, den die Vollversammlung der Vereinten Nationen 1947 verabschiedete, von den Muslimbrüdern als ein «internationales Komplott» interpretiert, «ausgeführt von den Amerikanern, den Russen und den Briten unter dem Einfluß des Zionismus». Mit dieser Theorie der Weltverschwörung versuchten sie die Juden kurz nach Stillegung der Gaskammern als weltbeherrschende Macht abzustempeln. Mithin fand die in Deutschland seit dem 8. Mai 1945 unterdrückte Wahnidee in der arabischen Welt, in der die Muslimbrüder inzwischen über eine millionenstarke Anhängerschaft verfügten, ihr seither wirkungsmächtigstes Exil.

Dies zeigt besonders deutlich die 1988 verabschiedete Charta der Muslimbrüder von Palästina, kurz: Hamas. Sie stellt das wichtigste programmatische Dokument des Islamismus in der Gegenwart dar und reicht in ihrer Bedeutung über den Palästina-Konflikt weit hinaus. Die Hamas begreift sich darin als «universalistische Bewegung», deren Dschihad von den Muslimen in allen Teilen der Welt zu unterstützen sei. Dementsprechend wird als Gegner nicht allein Israel ausgemacht, sondern der «Weltzionismus», ergo: das «Weltjudentum». Die Hamas, heißt es in der Charta, sei «die Speerspitze und die Avantgarde» im Kampf gegen den «Weltzionismus».

Und so, als hätten die Autoren dieser Charta beim Abfassen ihres Textes die Seiten der Protokolle der Weisen von Zion offen aufgeschlagen neben sich liegen gehabt, werden dem «Weltzionismus» alle Bösartigkeiten der Weltgeschichte unterstellt: «Die Juden standen hinter der Französischen Revolution und hinter der kommunistischen Revolution.» Sie standen «hinter dem Ersten Weltkrieg, um so das islamische Kaliphat auszuschalten ... und standen auch hinter dem Zweiten Weltkrieg, in dem sie immense Vorteile aus dem Handel mit Kriegsmaterial zogen». Sie veranlassten «die Gründung der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrats, (...) um die Welt durch ihre Mittelsmänner zu beherrschen. Es gab keinen Krieg an irgendeinem Ort, der nicht ihre Fingerabdrücke trüge». In Artikel 32 dieser Charta, wird endlich auch das Original benannt: «Das Programm der Zionisten wurde in den Protokollen der Weisen von Zion ausgebreitet und ihr gegenwärtiges Verhalten ist der beste Beweis für das, was dort gesagt wurde.»

Geringes Interesse

Man möchte über derartigen Irrsinn lächeln, wie einst über das Gebrab-

bel eines Adolf Hitler gelächelt wurde. Doch eben dieser wahnwitzige Begriff von Juden als dem absoluten Bösen und Weltübel ist es, der der islamistischen Begeisterung über die suizidalen Massenmorde an israelischen oder US-amerikanischen Zivilisten das Motiv verleiht. Mit ihrer massenmörderischen Umsetzung dieser Charta setzen die palästinensischen Muslimbrüder unter dem Beifall der Islamisten aus aller Welt die Politik des Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, weiter fort.

Kann es angesichts dieser Zusammenhänge noch verwundern, dass diejenigen, die Mohammed Atta aus gemeinsamen Koranrunden kannten, ihm ein «nationalsozialistisches Weltbild» attestierten? Ist es angesichts der Tatsache, dass einer der Gründer der Hamas, der Palästinenser Abdullah Azzam, zugleich wichtigster Lehrer und Mentor Osama bin Ladens gewesen war, erstaunlich, dass dieser «den Juden» den Vorwurf macht, «Amerika und den Westen als Geiseln genommen» zu haben? Warum will man aber ausgerechnet in Deutschland von dieser antisemitischen Dimension des 11. September wenig sehen und gar nichts wissen?

Schon die achtlos präsentierte Spiegel-Enthüllung über Attas Weltanschauung blieb hierzulande ohne Resonanz. Von den wichtigsten programmatischen Texten des islamistischen Antisemitismus – der «Charta» der Hamas von 1988 und dem 1950 veröffentlichten Aufsatz «Unser Kampf mit den Juden» von Sayyid Qutb – liegen bis heute nicht einmal deutsche Übersetzungen vor. Die deutsche Islamwissenschaft scheint hieran kaum etwas ändern zu wollen: Weder in ihrer Interpretationen der «Charta» noch in ihren sonstigen Darstellungen des Islamismus taucht der Begriff des Antisemitismus auf.

Dies und die Tatsache, dass bei der unendlichen journalistischen Motivforschung für die suizidalen Massenmorde gegen israelische und US-amerikanische Zivilisten das Programm der Hamas nicht einmal zur Kenntnis genommen wurde – das Selbstverständlichste also nicht geschah! – verleiht der 1969 formulierten Warnung Léon Poliakovs neue Aktualität: «Wer den Antisemitismus in seiner primitiven und elementaren Form nicht anprangert, und zwar gerade deshalb nicht, weil er primitiv und elementar ist, der muss sich die Frage gefallen lassen, ob er nicht dadurch den Antisemiten in aller Welt ein Zeichen heimlichen Einverständnisses gibt». ■

Matthias Küntzel; Djihad und Judenhass; ca-ira Verlag, Freiburg 2002,

Abdruck mit freundlicher Genehmigung der «Jüdische Allgemeine Zeitung».

Demokratisierung des Ausnahmezustands

Anmerkungen zum Übergang vom sozialen Staat zur direkten Demokratie.[1]

von Gerhard Scheit

Als «Demokratie ohne demos» hat Johannes Agnoli die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland kritisiert. Sie sei von Anfang an gegen «egalitäre und plebiszitäre, aber auch jakobinische und proletarische Auffassungen» geeicht worden; die Mitglieder des Parlamentarischen Rates hatten ihren Auftrag darin gesehen, eine konstitutionelle Demokratie ohne Beteiligung der Massen zu errichten und aufrechtzuerhalten. «Dass damit die wesentliche Entscheidung getroffen wurde, bestätigte die spätere konservative Reflexion der Politischen Wissenschaft, die, selbst wenn sie plebiszitäre Komponenten in der Verfassungspolitik der Bundesrepublik vermisst, für eine Trennung der Massen als Massen, als zwar differenzierter, aber abhängiger und politisch nicht organisierter Mehrheit der Bevölkerung von dem eigentlichen Apparat der politischen Macht eintritt»[2]. Agnoli verschweigt auch nicht, dass diese Konstituierung, die auf Stärkung der Exekutive und Zurückweisung jeder unmittelbaren Eingriffsmöglichkeit des Volkes hinauslief, als Ergebnis der sogenannten Lehren der Vergangenheit ausgegeben wurde. Er zitiert u.a. den Sozialdemokraten Zinn mit den Worten: «... wir (können) es uns nicht leisten, auf die Massen zu vertrauen»[3].

Das sollte sich ändern. Die hohe Kunst der sozialstaatlichen Politik bestand zunächst darin, die Massen, denen zu trauen man sich (noch) nicht leisten konnte, dennoch an den Staat zu binden – und eben diese Kunst haben Johannes Agnoli und Peter Brückner als die «Transformation der Demokratie» beschrieben: «Der politische Staat kann die dem Entscheidungsprozesse ferngehaltenen Massen gesellschaftlich am wirksamsten integrieren, damit in die Unterordnung einbauen und sie mit ihrer durchgängigen Abhängigkeit versöhnen, wenn er nicht als Organ der Herrschaft erscheint, sondern als Volkssache. (...) Die Massen sollen auf den Zustand des Staatsbürgers zurückgeschraubt werden.»[4] Die «Verstaatlichung des Bewusstseins» legt den Klassenkonflikt still: «Der Staat erscheint als tatsächlich übergeordnete, tatsächlich dem Hader der Gruppen enthobene Macht, die allen Ernstes und mit grossem sittlichen Ernst das Gemeinwohl durch Ausgleich schaffte. (...) Mit Recht wird man sagen können, dass durch diese Bewusstseinslage der Klassenkampf aufhört, eine politisch ins Gewicht fallende Eigenschaft der bürgerlichen Gesellschaft zu sein, denn verfassungspolitisch sowie in der Praxis des demokratischen Willensbildungsprozesses gilt nicht die Wirklichkeit, sondern das Verhalten (etwa der Wähler)»[5]. Wenn die Wirklichkeit, die Agnoli noch als eine der fundamentalen Klassenspaltung begreift, solchermassen im Schein des Gemeinwohl sichernden Staates aufgeht, gibt es eigentlich keinen Punkt mehr, von dem aus der Schein noch als Schein erkannt werden kann: die Kritik der politischen Ökonomie wird unmöglich. Wohlstand und Notstand gehen ineinander über, und eben darin vollendet sich Souveränität: «Da die Rebellion immer potentiell gegenwärtig ist, liegt es genau in der Ausübung der Friedensfunktion, dass der Staat von der Friedensstiftung zur Stiftung von Ruhe und Ordnung übergeht. Der Anspruch des Staates, zum Schutz des «Ganzen» Disziplinierungs- und Disziplinarmassnahmen gegen einzelne Volksteile (gegen die abhängigen Massen) zu ergreifen, ergibt sich aus

der gleichen Kompetenz, das Geschäft des sozialen Ausgleichs zu besorgen. (...) Der Notstandsstaat zeigt sich so als Fortsetzung und Krönung des Wohlstandsstaates, keineswegs als dessen Verneinung. Der Notstand wird ausgerufen, um den Wohlstand (den strukturellen Stand des gesellschaftlich verteilten Wohls) zu retten, falls «unvernünftige» und das heisst der Sache nach proletarische und proletarisierte Massen den sozialen Ausgleich durch hohe Forderungen gefährden; oder – die Stilregeln missachtend und aus der Erfahrung, im Vertretungssystem nicht ausreichend vertreten zu sein – angesichts der Störungen in der Distribution und der für sich konkret spürbaren Irrationalität des Gesamtprozesses die Frage nach den Produktionsverhältnissen ausserparlamentarisch stellen. Da die soziale Befriedung genau zum Ziel hat, die Frage nach den Produktionsverhältnissen aus dem Bewusstsein zu verdrängen, bestätigt sich (und bestätigt sich effektiv) die staatliche Friedensstiftung erst in der Ordnungsstiftung. Das bedeutet aber schliesslich, dass der Notstandsstaat den Verfassungsstaat keineswegs zerstört, sondern nur seine Transformation krönt.»[6]

Anders als Agnoli spricht Hans-Jürgen Krahl von einer «sozialstaatlichen Zersetzung des bürgerlichen Rechtsstaates» und hält darin stärker den Gegensatz fest – kommt aber doch zu ähnlichen Resultaten: Das Monopolkapital könne «den realisierten Begriff des Parlaments als Volksvertretung, eine wirksame Interessenvertretung der koalierten Arbeiterklasse nicht dulden, ohne die Gewähr, die ihm adäquateste politische Form der Klassenherrschaft, die parlamentarische Demokratie, jederzeit an den zur Verselbständigung tendierenden Staat delegieren zu können, sei's dass faschistischer Terror sie zerschlägt, sei's dass sie, wie heute, in integrale Bestandteile der Exekutive integriert und subsumiert werden. (...) Das Monopolkapital bedarf des permanenten Staatsinterventionismus und der sozialstaatlichen Legitimation, welche dem Faschismus, die Verselbständigung der Exekutive gegenüber den Klassen, potentiell innewohnen, ebenso wie die Krise permanent ist»[7]. Mit dem Ende der Epoche des freien Tausches durch oligopole und monopole Marktkonzentrationen verlieren die demokratischen Instanzen wie Parteien und Parlamente, Verkehrsformen des Bürgertums, ihre Substanz: «Die Rechtsperson ist der marxistischen Theorie zufolge die Charaktermaske des Warenbesitzers; an die Stelle des Rechtsstaats trat der autoritäre Sozialstaat. Das heisst, der Staat machte sich selber zum Subjekt der Sozialreform, um die lohnabhängigen Massen daran zu hindern, sich zu organisieren und zusammenzuschliessen»[8]. Auch Krahl sieht davon das Verhältnis von Erscheinung und Wesen, das doch für die Kritik der politischen Ökonomie von konstituierender Bedeutung ist, betroffen: «Die Erscheinungen haben sich gegenüber ihrem kapitalistischen Wesen verselbständigt und stützen es»[9].

Die Analysen des autoritären Sozialstaats und der transformierten Demokratie stimmen darin überein, dass Recht und Souveränität, Normalität und Ausnahmezustand in ein neues Verhältnis zueinander getreten sind, oder besser gesagt: in kein Verhältnis mehr – sie sind identisch geworden.

Umfrage 1950 in der Bundesrepublik

Die postfaschistische Bundesrepublik, schreibt Clemens Nachtmann im Zusammenhang seiner erhellenden Agnoli-Interpretation, hat «den entfesselten faschistischen Ausnahmezustand in die demokratische Normalität integriert, um den Faschismus in Form des offenen Bruchs mit rechtsstaatlichen Verkehrsformen überflüssig zu machen. Was früher unmittelbar auseinanderfiel – Normalität und Ausnahmezustand, Rechtsstaat und Willkürherrschaft, Legalität und Legitimität – fällt im Postfaschismus unmittelbar zusammen, mit dem Effekt, dass die Demokratie, in Anknüpfung an die in ihre rechtlich-institutionellen Formen immer schon eingebauten Momente des Ausnahmezustands, ohne politisch-rechtlichen Legitimationsbruch in den Ausnahmezustand übergehen kann»[10].

Der innere Sozialstaat

Die neue Staatsform erscheint mit einer bestimmten psychischen Struktur verbunden, die als «schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit» charakterisiert worden ist.[11] Sie zeichnete sich schon in einigen «klassischen» Schriften der kritischen Theorie zum Veralten der Psychoanalyse ab – etwa in Herbert Marcuses Triebstruktur und Gesellschaft: «Da die Familie eine weniger entscheidende Rolle in der Hinführung des Einzelnen zur sozialen Anpassung spielt, ist der Vater-Sohn-Konflikt nicht mehr länger der Konflikt schlechthin, der allen anderen Konflikten als Vorbild dient. Diese Veränderung entspringt aus den fundamentalen ökonomischen Prozessen, die seit dem Beginn des Jahrhunderts die Umbildung des «freien» in den «organisierten» Kapitalismus charakterisierten. (...) Sicherlich standen sich in der Ödipussituation nicht Individuen, sondern «Generationen» (Einheiten des Genus) gegenüber; aber in der Weitergabe und Erbschaft des Ödipuskonflikts wurden sie Individuen, und der Konflikt setzte sich in eine individuelle Lebensgeschichte fort. Durch den Kampf mit Vater und Mutter als persönliche Zielscheiben für Liebe und Aggression trat

die jüngere Generation mit Impulsen, Ideen und Bedürfnissen in die Gesellschaft ein, die weitgehend ihre eigenen waren. Infolgedessen waren ihre Über-Ich-Bildung, die verdrängenden Umformungen ihrer Impulse, ihr Triebverzicht und ihre Sublimierung höchst persönliche Erlebnisse. (...) Nun aber unter der Herrschaft ökonomischer, politischer und kultureller Monopole scheint die Bildung des erwachsenen Über-Ichs das Stadium der Individualisierung zu überspringen; das generische – der Gattung angehörige – Atom wird unmittelbar zum sozialen Atom. Die unterdrückende Trieborganisation scheint kollektiv, und das Ich durch ein ganzes System extrafamiliärer Einrichtungen und deren Vertreter vorzeitig sozialisiert zu sein»[12]. Die Impulse stossen damit ins Leere, da sie nicht mehr vermittelt werden: sollte sich Hass bilden, so trifft er «auf lächelnde Kollegen, geschäftige Konkurrenten, höfliche Beamte, hilfsbereite Fürsorger, die alle ihre Pflicht tun und alle unschuldige Opfer sind»[13]. Die einmal lebendigen Wechselwirkungen «zwischen Ich, Über-Ich und Es erstarren zu automatischen Reaktionen.»[14] Die gesellschaftliche Macht, sagt Adorno in seinen, geradezu parallel verfaßten Bemerkungen zur Psychoanalyse, «bedarf kaum mehr der vermittelnden Agenturen von Ich und Individualität. (...) Zeitgemäss sind jene Typen, die weder ein Ich haben noch eigentlich unbewusst handeln, sondern reflexartig den objektiven Zug widerspiegeln. Gemeinsam üben sie ein sinnloses Ritual, folgen dem zwangshaften Rhythmus der Wiederholung, verarmen affektiv: mit der Zerstörung des Ichs steigen Narzissmus oder dessen kollektivistischen Derivate»[15].

Solche Beobachtungen, die selbst allerdings von den Bedingungen ihrer eigenen Möglichkeit noch keinen Begriff geben, hat Ilse Bindseil bündig zu einer Art postmodernen Version des Narzissmus zusammengefasst: ein «ich schwacher, warenhungriger» Typus sei entstanden, der wenig triebhaft im Grunde – so dass es wenig zu verzichten gibt –, von einer ständigen Frustration als sozialem Antrieb lebt und allenfalls durch einen aufgezwungenen Konsumverzicht, vergleichbar früherem Triebverzicht, ernsthaft in die Klemme käme bzw. zur Revolte getrieben werden könnte. Das Modell der autoritären Persönlichkeit aber habe «historisch abgewirtschaftet»: «Schliesslich, wie soll man sich auf Triebunterdrückung beziehen, wenn es offensichtlich keine ernstzunehmende Triebunterdrückung mehr gibt? Und wie soll mit Ichschwäche, in der kritischen Theorie die Voraussetzung für den hypertrophierten Staat, argumentiert werden, wenn diese Ichschwäche nicht mehr verheimlicht, verleugnet, kompensiert und «überkompensiert» werden muß, sondern zur förmlichen Voraussetzung, zum regelrechten Kitt der Gesellschaft avanciert ist?»[16]

Where everything is bad

Kritik ist nur möglich im Bewusstsein des Nichtidentischen. Für die Kritik des Staats heißt das: Normalität und Ausnahmezustand als Einheit und zugleich als Gegensatz zu fassen; sie gegeneinander zu stellen – aber jene nicht als das zu Bewahrende und diesen nicht als das Unwahrscheinliche. Das Schlimmste, das aus dem Gewöhnlichen mit Notwendigkeit folgt, ist anders zu begreifen als das Gewöhnliche, obwohl und weil begriffen wird, dass jenes aus diesem mit Notwendigkeit folgt. Das Ganze ist das Unwahre bedeutet das Gegenteil von: alles ist eins. Das ist der Punkt, an dem die Negative Dialektik über die Dialektik der Aufklärung hinausgegangen ist – und darin kommt zu Bewusstsein, dass es Auschwitz gegeben hat.[17] Nicht von ungefähr stellte Adorno dem zweiten Teil der Minima moralia das Motto (von F. H. Bradley) voran: «Where everything is bad / it must be good / to know the worst.» Der kategorische Imperativ, den Adorno dann in der Negativen Dialektik formulierte: Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, ist in dieser zweifachen Weise zu verstehen. Zum einen fordert er die Wendung gegen das Ganze – da es die Bedingung der Möglichkeit von Auschwitz ist; zum anderen, unter dieser Bedingung («im Stande der Unfreiheit», sagt Adorno), solange sie währt, the worst, die Realisierung der Möglichkeit, zu verhindern. Das eine ist aber nie vom anderen zu isolieren: nur wer begreift, dass das Ganze das Unwahre ist, wird nicht verdrängen, dass es das Furchtbarste darin allein geben kann, weil alles im Schlechten verharrt – der es ausspricht eingeschlossen.

In den Theorien über die Transformation der Demokratie und den autoritären Sozialstaat ist diese Bedingung der Möglichkeit von Kritik nicht immer leicht zu entdecken. Was bei Agnoli als ein spontan anarchistisches Moment erscheint, das ganz in die unmittelbare Art und Weise der Darstellung eingeht, wird bei Krahl an einer Stelle als politische Erkenntniskritik entwickelt – wenn der Unterschied und der Zusammenhang von Konstitution und Projektion zur Sprache kommt: «Konstitution ist ein Begriff, innerhalb dessen sich die modi von wahr und falsch auseinanderhalten lassen. Projektion ist Rückfall in den Mythos auf der Basis der Differenzierung von wahr und falsch. (...) Der Faschismus ist erkenntnistheoretisch die Auflösung transzendentaler Konstitutionslogik in paranoische Projektionslogik. Konstitution und Projektion verhalten sich unversöhnlich zueinander wie intelligibles und empirisches Subjekt: wenn Erkenntnis und Wahrnehmung zur Projektion werden, herrscht Kriegszustand. Konstitution ist, ideologiekritisch betrachtet, wertabstraktive Institutionalisierung von Eigentum. Projektion ist Ausdruck von Raub und Mord auf der Basis friedlichen Tauschverkehrs. Naturzustand und gesellschaftlicher Rechtszustand spiegeln einander erkenntniskritisch als das Verhältnis von pathischer und nichtpathischer, falscher und wahrer Projektion und ein für alle mal apriorischer, aber keineswegs immer nur transzendentaler Konstitution»[18]. Die hier erkenntnistheoretisch formulierte Differenz wäre für die Kritik der politischen Gewalt erst noch zu entfalten, um Einheit und Verschiedenheit des Vernichtungsstaats mit seinem Nachfolgestaat wirklich zu begreifen.

Die Auffassung einer vollständigen, vom Widerspruch gereinigten Identität von Normal- und Ausnahmezustand, Waren- und Staatssubjekt, die erkenntnistheoretisch versagt, soweit sie nicht mehr zwischen transzendentaler Konstitutionslogik und paranoischer Projektionslogik unterscheidet, hat allerdings eine wertvolle Spur gelegt: sie führt vom Antagonismus der Klassen zum einzelnen Individuum. Und dessen Verhältnis zum Staat rückt umso mehr in den Vordergrund, je weiter der Staat sich von der Fürsorge zurückzieht, auf die das Individuum glaubte, sich verlassen zu können. Da er ihm die alten sozialstaatlichen Lei-

stungen zunehmend vorenthält, ihm nicht mehr die Sorge um den Verkauf seiner Ware Arbeitskraft abnimmt, da es selber damit als Unternehmer ihrer Arbeitskraft auf deregulierten Arbeitsmärkten aktiv werden und als (Klein)Anleger seine Altersversorgung auf den Finanzmärkten sichern muss, sieht sich jedes einzelne vereinzelte Individuum vor die Aufgabe gestellt, auch die Krisenbewältigung zu übernehmen, die der Staat einst en bloc besorgte; in sich selbst und für sich selbst zu tun, was der Staat einst für alle gemeinsam tat: Jeder sein eigenes «Staatssubjekt Kapital».

So kann es auch nicht gleichgültig sein, welches «kollektivistische Derivat» (Adorno) des Narzissmus jeweils an Bedeutung gewinnt, wenn das Ich zerstört wird. Den Theorien, die vom fortgesetzten Veralten der klassischen Psychoanalyse auf das postmoderne Ende des autoritären Charakters schliessen, wäre genau an diesem Punkt zu widersprechen: Die Möglichkeit des Schlimmsten wird nach wie vor im Verhältnis zum Staat kenntlich – auch wenn es der atomisierte Einzelne ist, der in diesem Verhältnis steht, und der Staat selbst sich der Struktur von Rackets assimiliert. Beides schliesst den hypertrophierten Staat keineswegs aus, aber die Hypertrophie ist von anderer politischer wie psychologischer Statur. Sie erschliesst sich weniger im Antagonismus von herrschender und beherrschter Klasse als im Nebeneinander von national befreiter Zone und Shopping City, autoritärem Charakter und narzisstisch warenhungrigem Typus. Soweit das dazwischen changierende Individuum den Gegensatz, der in der Warenform liegt und dessen Einheit der Staat seit je durchsetzt, in sich selbst bereits zu überwinden vermag und so auf neue Weise den Staat realisiert, wird die direkte Demokratie als die schlimmste Möglichkeit der Demokratie Wirklichkeit – eine, die Vernichtung in bloss anderer Form als der des historischen Nationalsozialismus bejaht.

Nur scheinbar ist der liberale Urzustand wiederhergestellt. Die bereits einmal verwirklichte Möglichkeit, alle Vermittlung in der Vernichtung aufzuheben, läßt sich nicht mehr zurücknehmen. Sie wohnt der restaurierten Demokratie inne – und hat sich im Sozialstaat nur verpuppt. Denn die rekonstruierten Vermittlungen blieben durch die Transformation der Demokratie eigenartig unrealisiert; indem der Staat zur «Volkssache» (Agnoli) und zum «Subjekt der Sozialreform» (Krahl) avancierte, verlor die wiedereingeführte formale Demokratie gerade ihr Formales: die gleichsam kategorische Distanz der übergeordneten Institutionen zur unmittelbaren Meinungsbildung der Bevölkerung. Die Kapitalisierung der politischen Information schafft sie nun endgültig ab. Was in deregulierten Prozessen und chaotischen Auseinandersetzungen in Deutschland und Europa – die des öfteren mit dem Begriff des Populismus oder Rechtspopulismus bezeichnet werden – immer deutlicher zum Ausdruck kommt: Der Warenhüter weiß längst von der Möglichkeit eine anderen Identität. Vor ihr graut es ihm und doch fühlt er sich zu ihr unwiderstehlich hingezogen, da sie ihn von den Gegensätzen erlöst, die er an seiner Ware hat, die er nicht zu handhaben weiss und die ihm unheimlich sind. Die Public Relation von Europas ideologischem Vorreiter Jörg Haider hat es noch rasch auf den Punkt gebracht, ehe das alpenländische Gespenst selbst wieder in der Versenkung (im Kärntner Bärental) verschwunden ist: «Keine Verstaatlichung des Menschen, sondern eine Vermenschlichung des Staates». Was das in letzter Konsequenz heisst, wird an den Sympathien für die islamistischen Selbstmordattentäter deutlich (eine der letzten staatsmännischen Aktivitäten Haiders war der Besuch bei Saddam Hussein, den jetzt der Zeit-Herausgeber Naumann am liebsten und ganz im Sinne Schröders zu einer Friedenskonferenz nach Berlin einladen würde): denn diese «Verzweifelten» verwirklichen jeder für sich und relativ unabhängig von den real existierenden Staaten, was einmal das deutsche Volk für alle und mit dem eigenen Staat verwachsen umzusetzen wusste: Vernichtung als Krisenbewältigung. ■

1) Bei diesem Beitrag handelt es sich um einen ersten Entwurf. Zur Erklärung einiger der verwendeten Begriffe vgl. auch mein Buch: Die Meister der Krise. Über den Zusammenhang von Vernichtung und Volkswohlstand. (Freiburg 2001).

2) Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie [1967]. In: Ders.: Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik. Freiburg 1990, S.57

3) Neue Zeitung, 11.1.1948. Zit. n. Agnoli, Transformation der Demokratie, S.99

4) Agnoli, Transformation der Demokratie, S.58f.

5) Ebd. S.59f.

6) Ebd. S.64

7) Hans-Jürgen Krahl: Konstitution und Klassenkampf. Frankfurt am Main 1971, S.93f.

8) Ebd. S.258

9) Ebd. S.94

10) Clemens Nachtmann: Kapitalistische Krise und Gesellschaftsplanung. In: Geduld und Ironie. Johannes Agnoli zum 70. Geburtstag. Hg. v. Joachim Bruhn u.a. Freiburg 1995, S.84f.

11) Frank Böckelmann: Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit [1966]. Freiburg 1987

12) Herbert Marcuse: Triebstruktur und Gesellschaft. Ein philosophischer Beitrag zu Sigmund Freud. [Eros und Kultur, 1957] Übersetzt von Marianne von Eckhardt-Jaffe. In: Schriften Bd.5. Frankfurt am Main 1979, S.86 f.

13) Ebd. S.88

14) Ebd. S.92

15) Theodor W. Adorno: Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie. In: Gesammelte Schriften. Hg. v. Rolf Tiedemann. Frankfurt am Main 1997, Bd. 8, S.83

16) Ilse Bindseil: Kritische Politologie und politische Triebtheorie. In: In: Geduld und Ironie. Johannes Agnoli zum 70. Geburtstag. Hg. v. Joachim Bruhn u.a. Freiburg 1995, S.134

17) Eine rätselhafte Bemerkung über Adorno zeigt, dass Hans-Jürgen Krahl einer der ganz wenigen aus den Reihen der 68er Bewegung war, die etwas von der unaufhebbaren Erfahrung verstanden: «In die Begriffe von Leiden und Unglück, die Adorno entfaltet hat, geht eine Erfahrung davon ein, dass der Faschismus die kritische Subjektivität des Theoretikers selbst beschädigt. Er hat das beschädigte Leben auch auf sich selbst bezogen.» Krahl meint darin eine «Erkenntnisgrenze» zu sehen, aber es ist das eine Grenze, die Erkenntnis überhaupt noch möglich macht. Krahl scheint etwas davon zu begreifen, wenn er sagt, dass «Auschwitz nicht aus der kapitalistischen Akkumulation erklärbar ist. Ich glaube, dass sich das gewissermassen selbst noch der logischen Unvernunft des kapitalistischen Geschichtsverlaufs widersetzt hat: Auschwitz ist der Begriff von Kontingenz, den Adorno in den Geschichtsverlauf eingeführt hat, Kontingenz selbst gegenüber der politischen Ökonomie.» (Konstitution und Klassenkampf, S.289f.) Es genügt ein Weniges, den verstellten Gedanken zum Ausdruck zu bringen: Die Erkenntnis, was Auschwitz gewesen ist, widersetzt sich der logischen Unvernunft des kapitalistischen Geschichtsverlaufs. In diesem Sinn – dass dessen Unvernunft logisch zu begreifen wäre – ist Auschwitz nicht erklärbar und kontingent; und ist doch der Unvernunft des kapitalistischen Geschichtsverlaufs entsprungen und nicht losgelöst von ihrer politischen Ökonomie, wie die «Erkenntnis» von Auschwitz immer nur die Abschaffung der Bedingungen sein kann, dass es sich wiederholt.

18) Krahl, Konstitution und Klassenkampf, S.356

Adornos Messer

Über die materialistische Kritik der politischen Ökonomie und die theoretische Praxis der linken Intellektuellen

von Joachim Bruhn

Die Kritische Theorie, diktierte Max Horkheimer 1937, ist «ein einziges entfaltetes Existentialurteil». Das Marxsche Denken wurde so bestimmt als die materialistische Kritik der Gesellschaft und – im genauen Gegensatz zu Theorie, Wissenschaft oder Philosophie – gesetzt als das geistige Organ des «kategorischen Imperativs», keine Ausbeutung und keine Herrschaft zu dulden. Denn die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wie die Herrschaft des Menschen über den Menschen bezeichnen den Skandal des Selbstwiderspruchs der Gattung, ihrer Verkehrung in antagonistische Nicht-Identität, ein Tatbestand, für den es nur historische Legitimation, keinesfalls vernünftige Argumentation geben kann. Vernunft als Kritik setzt sich im Gegensatz zu Verstand als Theorie, die, als Rationalisierung, die Ideologie zum System der positiven Wissenschaften erhebt.

Wahrscheinlich aber war, als Friedrich Engels das Marxsche «Kapital» in seinem Vorwort zur dritten Auflage von 1886 als die «Bibel der Arbeiterklasse» auslobte, der Zug der Geschichte schon längst in Richtung eben jener positivistischen Marx-Lektüre abgefahren, die mit der kurzen Sekunde der Bewegung von '68 bis heute die Linke beherrscht und zur immerwährenden Subalternität gegenüber linker Sozialdemokratie, Ökokeynesianismus und Parteikommunismus verdammt. Im Kern ist es immer noch der Marxismus des «Kurzen Lehrgangs», der dem Langen Marsch die Richtung vorgibt: das metaphysische Gesetz, das die Fakten sortiert, das «Interesse der Arbeiterklasse», das den Moralismus der Parteinahme determiniert, die Wahnidee des «sozialistischen Staates», vulgo: des Sozialstaates, d.h. des aufgeklärten Despoten, der als «Staat des ganzen Volkes» agiert. Polemisch gesagt: kein Wunder, woher die Sympathien der Linken für Lenin und Stalin kamen, woher die für Saddam Hussein kommen. Sachlich ausgedrückt: kein Wunder, dass ein Denken in der Form der Theorie, das sich den Dualismus von Form und Stoff, von Erscheinung und Wesen, von Tauschwert und Gebauchswert nicht als das Konstitutive der kapitalisierten Gesellschaft zu erklären vermag, notwendig die Erscheinung auf das Wesen reduziert und das Individuum auf eben das Exemplar, das es von vorneherein und sowieso schon war.

Die «Rekonstruktion» des Marxismus jedenfalls, die 1968 auf die Bahn gebracht wurde, war progressiv gegen das autoritäre Dogma der Reduktion aufs Wesen, das der Stalinismus politisch verwaltete; sie war aber regressiv gegen den Fortschritt, den die Erkenntniskritik der Kritischen Theorie in Adornos «Negativer Dialektik» sowie in den Schriften Alfred Sohn-Rethels erbracht hatte. Die «Rekonstruktion», für die Autoren wie Jürgen Habermas, Elmar Altvater, Michael Heinrich, Diethard Behrens, Dieter Wolf und, wenn auch mit allerhand Abstrichen, Hans-Georg Backhaus und Helmut Reichelt stehen, wandte sich gegen die Hypertrophie des «wissenschaftlichen Sozialismus», insbesondere gegen die furiose «sozialistische Anwendung des Wertgesetzes» (Stalin). Mit Marx stellte sie unwiderleglich fest, dass sich der Wert nur abschaffen, nicht aber benutzen lässt. Aber sie beharrte doch, indem sie den Zusammenhang von Warenform und Denkform und damit die Spaltung von geistiger und körperlicher Arbeit ausblendete, energisch auf der «Wissenschaftlichkeit» ihres Bemühens. Ihr Ziel war, die Seriosität der Marxschen Kritik zu legitimieren, nicht aber, selbst Gesellschaftskritik nach Massgabe des Materialismus zu üben: So fand sie, noch im Widerspruch, in das System des «wissenschaftlichen Sozialismus» zurück, und so kommen auf hundert «Rekonstruktionen», wenn es gut geht, vielleicht zwei Kritiken.

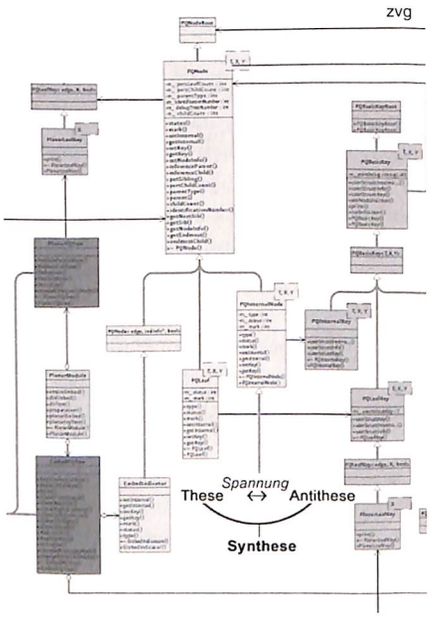
Um diesen erschütternden Sachverhalt aufzuhellen, empfiehlt es sich, in Erinnerung an Ockhams Messer, ein striktes Kriterium zu formulieren, das hier probehalber Adornos Messer genannt werden soll. Wilhelm von Ockham, Ahnherr des Positivismus, hatte im Interesse der theoretischen Ökonomie jedwede Erklärung verworfen, insbesondere jede metaphysische, die nicht unmittelbar erforderlich war: Um Blitz und Donner zu erklären, war der Rekurs auf die Tatsache, dass die Natur Gotteswerk darstellte, schlichtweg überflüssig, arabesk und zum Wegschneiden. Das Messer Adornos arbeitet ähnlich: Fällt es doch auf, dass die «Rekonstruktion» in 99 von hundert Fällen damit sich bescheidet, Adam Smith und David Ricardo, desweiteren Kant, Fichte, Schelling, Hegel als die Quellen des Marxschen Denkens hin- und herzuwälzen, sich über die deutschen, französischen und englischen Frühkommunisten jedoch auszuschweigen, ein paar historische Anekdoten vielleicht ausgenommen. Adornos Messer bestimmt den Wahrheitsgehalt des Materialismus, indem jede Marxismusdefinition abgeschnitten und verworfen wird, die nicht systematisch den «Drei Quellen des Marxismus» (Lenin) verpflichtet ist. Verwerfe also, so der Imperativ, jede akademische «Rekonstruktion» und jedes Bemühen um einen «authentischen» Marxismus, die einzig auf die Philosophie des deutschen Idealismus und auf die englische Nationalökonomie rekurriert, den frühen Kommunismus, den Kommunismus des proletarischen Naturrechts dagegen ausschliesst und als utopisch, d.h. vorwissenschaftlich verbannt. Denn weder die «freie Assoziation» noch der «kategorische Imperativ», weder Begriff noch Sache der Kritik lassen sich aus Hegel oder Smith herleiten, sondern vielmehr aus Babeuf, Buonarotti, Weitling, Dézamy, Bakunin, Fourier, aus eben dem Sozialismus, den der «wissenschaftliche» des ML als «utopisch» abtat. Die «Rekonstruktion» ist eine Methode, der akademischen Intelligenz den marxschen Materialismus und Kommunismus als eine Systemphilosophie schmackhaft zu machen. Abgeschnitten wird darin die vermittlungslose Evidenz des nur auf Vernunft gründenden «Existentialurteils», dessen «Entfaltung» keinen Beweischarakter hat, sondern einzig den der demonstrativen Denunziation. Anders gesagt: Kommunismus als «freie Assoziation» kann unmöglich das Resultat dessen sein, was der «Rekonstruktion» unterm Ausbuchstabieren der Relation von Wert, Ware, Geld, Kapital vorschwebt.

Adornos Messer ist unmittelbar nützlich für das Verständnis des Marx-

schen «Kapital». Denn «Das Kapital» ist keine Wissenschaft und kann keine Wissenschaft sein, wie etwa Dieter Wolf und Michael Heinrich beweisen wollen; es ist unmittelbar, schon der Untertitel sagt es, als «Kritik» bestimmt. Ihre Bücher, nach über zehn Jahren wiederaufgelegt, atmen den Staub der akademischen Gruft, in dem sie ihren Gegenstand beerdigen wollen. Ganz zutraulich nennt Dieter Wolf sein Buch einen «Beitrag zur Marxschen Werttheorie», als sei das denn die Möglichkeit: eine «Theorie» des Werts. Und selten trägt ein Werk von theoretischem Anspruch seinen Irrtum so auftrumpfend im Titel wie Michael Heinrichs «Die Wissenschaft vom Wert». Denn kann es eine «Wissenschaft», d.h. die Arbeit, eine Sache der Vernunft transparent und intelligibel werden zu lassen, dort geben, wo die Sache selbst das blanke Anti der Ratio verkörpert, die Widervernunft, d.h. Selbstwiderspruch der Gattung? Kann Vernunft, als subjektives Bemühen gefasst, etwas verstehen, gar: «rekonstruieren», in dem sie nicht an sich schon, wie unbewusst und objektiv auch immer, enthalten wäre? Wo ist die Vernunft im Selbstwiderspruch der Gattung? Wenn sie am Anfang nicht ist, kann sie auch in den Ableitungen nicht sein. Und so ist Heinrichs Buch, in all seiner unbestreitbaren Gelehrsamkeit, doch eine Rationalisierung und macht Reklame für die Schlichtheit von Theorie, ein Buch, das man aus philosophischen Gründen nur verachten kann, aber ein Buch zugleich, das man als Student gerne zur Pflichtlektüre gehabt hätte: so klar, so definitiv, so prompt und so propper kommt es daher, wo es doch von Ausbeutung und Herrschaft handelt.

Die haltlose Ambivalenz dieses Befundes ist darin beschlossen, dass einerseits sich der auf Theorie erpichte Verstand nichts anderes sich wünscht als die restlose Clarté des gesellschaftlichen Unheils, und dass andererseits gerade in diesem Wunsch das ontologische Bedürfnis beschlossen ist, das zur Ideologie provoziert, zum Bewusstsein, das mit Notwendigkeit falsch ist. Der Wille zur Erkenntnis ist eins mit dem Zwang der Verblendung, und die Aufklärung, die die «Wissenschaft vom Wert» verheisst, schlägt unmittelbar um in Okkultismus und darein, dass einen der Wert ins Boxhorn jagt: Wahrheit wird theoretisch gefasst als, wie im Positivismus, innertheotisches Kriterium, nicht, wie bei Marx, als Polemik und Kritik, als Bewahrheitung der Gesellschaft. Weniger liegt dies daran, dass Michael Heinrich ein Parteigänger des Strukturalismus der Marke Louis Althusser ist (was natürlich strafverschärfend hinzukommt), sondern eher darin, dass er seiner schon mathematischen Leidenschaft zur Definition die Zügel lässt: Nicht nur, dass er darin, und dies systematisch, Forschung und Darstellung, Theorie und Kritik, Verstand und Vernunft verwechselt und, kaum hat er das eine, die Definition, destilliert, schon glaubt, das ganz andere, die Kritik, in Händen zu halten, nicht allein, dass er seinem Lehrer Altvater getreu annimmt, Ideologie sei das luftige Schäfchenwölkchen überm knallharten Faktum und damit die Erscheinung fürs Wesen keineswegs konstitutiv, nicht genug, dass Heinrich den Wert, dessen gesellschaftliche und also totale Dimension er, wie Dieter Wolf, qua gesellschaftlicher Arbeit zu begreifen doch intendiert, im Husarenstreich von Theorie, die zur Offensive bläst, flugs ökonomistisch reduziert – nein: noch lange nicht genug all dessen, muss dieses Unterfangen noch selbst zur Philosophie aufgeblasen werden, um dem Ökonomismus den spiritualistischen Überbau aufzusetzen. Das heisst dann: die Methode.

Ergab die ökonomistische Reduktion des Wertbegriffs ein veritables Vermittlungsproblem – das von Gebrauchswert und Tauschwert – so folgt aus seiner spiritualistischen Überhöhung das authentische Erkenntnisproblem der Intellektuellen bezüglich des Verhältnisses von Empirie und Transzendenz, vulgo: von Faktenhuberei und Wertung. Der Gebrauchswert liegt, wie er in seiner kruden Unmittelbarkeit nun einmal dazuliegen hat, dumm und tot da, bzw. auf der platten Hand des Theoretikers, während der Tauschwert in den unendlichen Relationen der Äquivalenz sich verliert und zum Gedankending würde, wäre da nicht – zum Glück – als seine dingliche Inkarnation das Geld. Hier beginnt der Intellektuelle, der Theoretiker, sein Glasperlenspiel. Der Irrtum ist nur der, dass der Gebrauchswert – wie nicht zuletzt Wolfgang Pohrt in seiner «Theorie des Gebrauchswerts» gezeigt hat – keineswegs blöd und dumm daliegt, sondern dass er vielmehr (wie Marx auch gleich zu Anfang des «Kapital» zeigt) die Inkarnation der gesellschaftlichen Totalität selbst ist, d.h. die des gesellschaftlichen Unwesens: weshalb er sich auch mit sich selbst nicht als ein kreuzblödes und glücklich Identisches bescheiden kann, sondern sich sein eigenes Unwesen in der Gestalt des Tauschwertes entgegenstellt, damit es, das Unwesen, in dieser fremden Gestalt, dem Tauschwert, als seinem Wesen zur Erscheinung und Darstellung kommt. Der Gebrauchswert ist gar nicht der Gebrauchswert. Wäre er dies, so wäre er nicht jenes, sondern, sagt Marx, «nützliches Ding».



Die sozialistische Verteilung des Werts

Der Gebrauchswert ist das im gesellschaftlichen Verhältnis des Selbstwiderspruchs der Gattung hergestellte «nützliche Ding», das diese seine Nicht-Identität derart an sich hat, das es sich zum Tauschwert verdoppeln muss.

Was der Wert ist, ist damit nicht als ökonomischer Gegenstand, vielmehr als der Begriff und als die Quintessenz von Totalität bestimmt, von negativer Totalität, deren Mass nicht Theorie, sondern Kritik ist; von Totalität, die deshalb negativ ist, weil sie die Nicht-Identität der Gattung mit sich selbst ausdrückt, d.h. die einfach positivistisch zu konstatierende «Tatsache», dass wie der Gebrauchswert und Tauschwert einer Sache so auch die Phänomenalität und die Funktionalität der Individuen brutal auseinanderklaffen. Was Wert ist, ist damit im Fortgang als der überhaupt und gar nicht theoriefähige Name eines gesellschaft-

lichen Verhältnisses bestimmt, das der Inbegriff ist der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Herrschaft des Menschen über den Menschen, d.h. des Selbstwiderspruchs der Gattung schlechthin, der sich vielleicht – in der Geschichte der «Naturbasis des Mehrwerts» (Marx) und der ursprünglichen Akkumulation – als nacherzählbar erweist, aber jedenfalls als nicht intelligibel und somit als widervernünftig darstellt.

Michael Heinrichs so ökonomistische wie wissenschaftliche Reduktion des Wertbegriffs vermag daher nicht nur nicht die im Tatbestand der Herrschaft, ohne die Ausbeutung nicht sein könnte, implizierte politik- und staatskritische Dimension der Marxschen Kritik aufzufassen (konsequent verharrt er in linkskeynesianischen Perspektiven), sondern sie verfehlt zugleich den erkenntniskritischen Horizont des «Kapitals»: Heinrich ist ein glückliches, ein positivistisches Kind, das Gefallen daran findet, mit den Mitteln der Logik einen Gegenstand haschen zu wollen, der an sich selbst alogisch konstituiert ist, ein Kind, das sich sein systematisches Scheitern durch die selbstsuggestive Magie eines Fleisses verbirgt, den es stolz auf hunderten von Seiten ausbreitet wie Muscheln, in denen das Leben abgestorben ist.

Alles ist hier wissenswert. Nichts ist hier relevant. Dass Heinrich so tut, als verstünde er tatsächlich alles das, was er schreibt, ist das Mass seiner Affirmation der falschen Verhältnisse. Denn «hier handelt es sich nicht mehr um ein Problem, das es zu lösen gilt», so Marx 1881, «hier handelt es ich ganz einfach um einen Feind, der geschlagen werden muss». ■

Literatur

Michael Heinrich, Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition (zuerst Hamburg, VSA 1991), überarbeitete und erweiterte Neuauflage: Münster: 2001.

Dieter Wolf, Der dialektische Widerspruch im Kapital. Ein Beitrag zur Marxschen Werttheorie (zuerst Hamburg: VSA 1985 als Ware und Geld), Hamburg: VSA 2002

Lyrik der Gewalt

Im israelisch-palästinensischen Konflikt scheint jeder Anspruch auf eine ausgewogene Berichterstattung ausser Kraft gesetzt. Das zeigen exemplarisch die Artikel von Margrit Sprecher in der «Weltwoche» und der kürzlich erschienene Jugendroman «Palästina – Träume zwischen den Fronten» von Randa Ghazy.

von Erica Burgauer

Die Mehrheit der westeuropäischen Medien hat sich längst entschieden, wer im israelisch-palästinensichen Konflikt gut und wer böse, wer Opfer und wer Täter sei. Die verfügbaren Informationen werden diesen Zuweisungen entsprechend aufbereitet.

Nur so lässt sich beispielsweise erklären, dass das, was sich im vergangenen Jahr in Jenin ereignete – aller Aufklärung über das dort tatsächlich Geschehene zum Trotz – noch immer als «Massaker» bezeichnet wird. Zunächst wurde breit über Hunderte wenn nicht gar Tausende von angeblichen Opfern berichtet. Nachdem die Vorfälle in Jenin untersucht worden waren, erfolgte die Korrektur der Opferzahlen auf einen kleinen Bruchteil des anfänglich Behaupteten – allerdings nur in Agenturmeldungen. Dann aber auch noch darzulegen, dass unter den palästinensischen Opfern nicht nur Zivilisten, sondern bewaffnete Kämpfer waren, die sich aktiv und blutig gegen den Einmarsch der Israelis gewehrt hatten, würde dem vorgefassten Konzept widersprechen. Und wenigstens im Nachhinein erklärt zu erhalten, dass es keineswegs nur (oder gar: mitnichten) die Besatzer gewesen waren, welche den Sanitätern den Zugang zu den Verletzten erschwert oder verunmöglicht hatten, sondern vielmehr Gassen und Häuser in Jenin von den Palästinensern selbst vermint worden waren, konnte unter diesen Voraussetzungen nicht erwartet werden.[1] «Wehrlose Opfer» tun so was nicht. Um die simplifizierende Aufteilung in Täter und Opfer immer wieder neu zu konstituieren und dann auch aufrecht erhalten zu können, müssen solche wahren, die Sachlage aber komplizierenden Aspekte permanent ausgeblendet werden.

Was wehrlose Opfer in diesem Konflikt tun und vor allem: was ihnen (tatsächlich oder angeblich) angetan wird, nimmt in unseren Medien breiten Raum ein. Die grösseren Zusammenhänge bleiben jedoch meist aussen vor – ein Fernsehbericht dauert üblicherweise sechs Minuten, ein Artikel füllt im besten Fall (samt passenden oder unpassenden Bildern) eine Zeitungsseite; da kann man sich mit den historischen Details nicht auch noch abmühen. Wichtiger ist es doch, den Opfern eine Stimme zu geben, und was die einem ins Mikrofon diktieren, ist ohne jeden Zweifel wahr – eine Überprüfung erübrigt sich. Damit wird die Abgrenzung zwischen Nachricht und Propaganda verwischt.

Der Unterhaltungswert von Demonstrationen

Wie das konkret aussehen kann, hat uns in jüngster Zeit z.B. Margrit Sprecher in der «Weltwoche» schon fast exemplarisch vorgeführt. Im vergangenen Sommer erschien ein Artikel von ihr unter dem Titel «Unsere Palästinenser».[2] Darin versuchte Sprecher einer Kundgebung auf dem Bundesplatz in Bern nachträglich jene Beachtung zu verschaffen, welche die übrige Presse ebenso wie die hiesigen Soligruppen ihr angeblich verweigert hatten. So moniert die Autorin, dass die wenigen Journalisten, die den Anlass überhaupt erwähnenswert fanden, sich bei der Teilnehmerzahl lieber auf die magere Schätzung der Polizei als auf die eindrucksvollere der Veranstalter beriefen. Schuld an dieser Missachtung sei dies: «Da springt kein Funke über, da wird nichts fürs Auge geboten. Palästinenser tanzen nicht, sie trommeln nicht und punkten auch nicht mit pittoresken Trachten. Jede Art von Folklore ist ihnen in fünfzig Jahren israelischer Besatzung abhanden gekommen.»

Geschichtskenntnisse überflüssig

Interessant ist – neben der Tatsache, dass Demos offenbar zur Unterhaltung der «bystanders» dienen sollen – nicht nur die Vorstellung, die Israelis seien für die Ausdrucksfähigkeit palästinensischer Kultur verantwortlich, sondern vor allem der Hinweis auf die

50 Jahre, was in etwa dem Alter des israelischen Staates entspricht. Unterschlagen werden dabei unter anderem diese historischen Fakten: die Staatsgründung war das Resultat einer Abstimmung der UN-Generalversammlung.[3] Dort wurde die Schaffung zweier Staaten – eines israelischen und eines palästinensischen – beschlossen; den beiden neuen Staaten wurden spezifische Anteile eines Gebiets zugewiesen, das bis dahin unter britischem Mandat gestanden hatte. Die arabischen Nachbarn hatten diesen Teilungsplan abgelehnt und der arabischen Bevölkerung versprochen, die Israelis «ins Meer zu treiben», um über ganz Palästina verfügen zu können. Die Israelis gewannen den anschliessenden «Unabhängigkeits»-Krieg von 1948/49; für die Palästinenser bedeutet dieses Datum den Beginn ihrer nationalen Katastrophe.

Die «Besatzung» selbst begann erst 1967 und ist das Resultat eines durch die arabischen Nachbarstaaten angezettelten Krieges, des sogenannten Sechstage-Kriegs. Dieser hatte zum Zweck, Israel zu vernichten – ein Ziel notabene, das die meisten arabischen Staaten und Organisationen wie die Hamas nach wie vor ausdrücklich verfolgen. Die Israelis überlebten den Krieg nicht nur, sondern eroberten in dessen Verlauf zahlreiche Gebiete neu. Die zeitliche Differenz von etwa 10 Jahren macht die Besatzung nicht besser. Sichtbar wird in dieser Darstellung jedoch mehr als nur mangelnde journalistische Genauigkeit: Verschweigt man die kontinuierliche Bedrohung der schieren Existenz Israels, so muss dessen Politik unverständlich und unbegründet grausam erscheinen – das perfekte «Täterbild» ist hergestellt.

Nebenbei sei erwähnt, dass Sprecher sich auch nicht scheut, in diesem Artikel antisemitische Reflexe zu bedienen, wenn sie beispielsweise beklagt, die Palästinenser hätten keine richtige Lobby, was vor allem am Geld liege – während die «tüchtig-straffe» jüdische Lobby sich ein Jahresbudget von 100'000 Franken leisten könne, um «die Israelberichterstattung in die gewünschten Bahnen zu lenken». Wenig wundert es dann, dass sie die zitierte, unbelegte Behauptung «Die Araber haben die Schlacht an der Medienfront längst verloren» flugs zum Faktum erhebt.

Ein palästinensisches Wunder

Dass die PalästinenserInnen so arm dann doch nicht sind – oder zumindest nicht alle –, enthüllt Frau Sprecher nun in einem Elaborat unter dem Titel «Palästinenser sind Tiere».[4] Sie nimmt uns mit auf einen Besuch in das Städtchen Jayous im Westjordanland, eine der Ortschaften, die vom Bau einer Mauer betroffen sind, welche das israelische Kernland von den besetzten Gebieten abtrennen soll. Über diese Mauer gäbe es zweifellos viel zu diskutieren – selbst unter den FriedensaktivistInnen auf beiden Seiten gibt es befürwortende und ablehnende Stimmen. Sprecher ist es jedoch nur darum zu tun, uns vor Augen zu führen, welchen Reichtum die Mauer zerstört oder bedroht: «Obst und Gemüse (...), so tadellos und wohlgeformt wie die Schaufensterdekorationen westlicher Delikatessengeschäfte», aber auch «mit dicken Teppichen, Brokat und Damast ausstaffierte Salons». Interessant ist auch, dass dieser landwirtschaftliche Erfolg, den die PalästinenserInnen hier offenbar erzielt hatten und der nun durch die Israelis zunichte gemacht werde, möglich geworden war, obwohl die Besatzer angeblich nur alle drei Tage Wasser an dieses Gebiet abgeben. Schon fast märchenhaft, was da passiert.

Wo Berichte aus zweiter und dritter Hand die Quellenrecherche und die Einbettung in den grösseren Kontext ersetzen, ist nichts mehr verifizierbar. Alles und das Gegenteil kann behauptet werden. Wenn man sich schon auf Hörensagen beruft, wäre die Deklaration notwendig, dass hier nur eine subjektive, interessengeleitete Seite zu hören sei. Ein anderes journalistisch mögliches Vorgehen, die Beleuchtung einer Situation aus verschiedenen Blickwinkeln, verunglimpft Sprecher so: «Jeder palästinafreundliche Artikel des NZZ- Korrespondenten Viktor Kocher wird vom militärisch-harschen Zischkürzel «gsz» zurechtgerückt.» Klar ist, dass das Aufzeigen der Vielfalt der Positionen es erschweren (oder verunmöglichen) würde, unter dem Deckmantel der Information Propaganda zu betreiben.

zvg

Palästinenser «in pittoresker Tracht»

Fünf tote Juden – zuwenig für den Märtyrer

Ist die Fiktionalisierung des Journalismus schon so weit gediehen, kann es kaum mehr überraschen, wenn eine etwa 15-Jährige mit einem Jugendroman grosse Erfolge feiert, der unter dem Titel «Palästina – Träume zwischen den Fronten»[4] ähnlich verfährt. Die Autorin heisst Randa Ghazy, ist als Tochter ägyptischer Eltern in Italien aufgewachsen und besucht ein Mailänder Gymnasium. Berichtet wird vom (Kriegs-)Alltag palästinensischer Jugendlicher in den besetzten Gebieten. All diese Jugendlichen sind als direkte Opfer der israelischen Besatzung alleinstehend und leben zusammen, wachsen «mit dem Krieg im Herzen» auf. Die Intifada wird ausschliesslich als etwas dargestellt, was erlitten wird; die Palästinenser reagieren, wenn überhaupt. Nicht nur werden in den Auseinandersetzungen dauernd PalästinenserInnen aus nichtigsten Gründen erschossen, während von israelischen Opfern kaum

die Rede ist oder dann nur debattiert wird, ob das Attentat eines «Märtyrers», dem nur fünf Israelis zum Opfer fielen, sich überhaupt gelohnt habe.

Ghazy, die sonst einen eher poetischen Stil pflegt, breitet ihre Beschreibungen von angeblichen Folterungen der wehrlosen PalästinenserInnen durch die Besatzer schon fast genüsslich detailliert aus. Die junge Autorin behauptet auch, dass Moscheen entweiht, dass massenhaft Frauen von israelischen Soldaten vergewaltigt worden seien, und die (tatsächlich praktizierten) Zerstörungen der Häuser von (Selbst-) Mordattentätern geraten bei ihr jeweils zur Vertreibung von ganzen Dorfbevölkerungen, in deren Verlauf zudem zahllose Menschen auf der Flucht erschossen werden. Kein Wunder, dass auch Randa Ghazy wiederholt um Verständnis für die «Märtyrer» wirbt.

«Mutig gestorben»

Das Buch widmet sie «Mohamed Gemal Aldorra, der mit zwölf Jahren so grundlos und so mutig gestorben ist». Dieses Kind kann gleichsam als «Ikone» der zweiten Intifada bezeichnet werden. Wir alle haben in jenem September 2001 das Bild in den Zeitungen und Nachrichtensendungen gesehen, das den Jungen an einer Mauer hinter seinem Vater kauernd Schutz suchen sah, bevor er erschossen wurde. Mit grosser Selbstverständlichkeit übernimmt die junge Autorin die ins vorgefasste Bild passende Auffassung, der 12-Jährige sei zweifelsfrei von israelischen Soldaten umgebracht worden.

Von den veröffentlichten Recherchen, die in diesem Fall grosse Zweifel an einer israelischen Täterschaft aufkommen lassen, weiss sie offenkundig nichts. Im Gegenteil scheut sie sich nicht, an der (nicht nur von seinem Vater, sondern von verschiedenen palästinensischen und arabischen Medien betriebenen) ungeheuren Legendenbildung um diesen toten Jungen mitzuwirken: «Ich denke an den 30. September des vergangenen Jahres, als das Kind Mohammed Aldorra getötet wurde – und als sie den Soldaten interviewt haben, der es getötet hat, sagte er, er habe den Vater leben lassen, damit er leidet, er hat gesagt, ich habe den Sohn getötet und den Vater leben lassen, damit er leidet, die Tatsache, dass dieser Soldat das gesagt hat, scheint nur mich zu erschüttern, dem Rest der Welt ist das egal, für die Leute ist das nur eines von vielen Opfern, ich frage mich, was der Rest der Welt denkt, sagt Ibrahim mit einem bitteren Lächeln, was werden sie im Fernsehen den Kindern im Westen zeigen?»

Verlegerische Verantwortung: was ist das?

Die Autorin behauptet, ihre Eltern hätten ihr beigebracht, «kritisch mit Informationen umzugehen und mich selbst immer wieder zu fragen, was richtig ist und was falsch». Verzeihlich, wenn sie nicht weiss, mit welchen Waffen welche der Kriegsparteien ausgestattet ist und so israelischen Soldaten ausgerechnet Kalaschnikows in die Hände legt.[6] Weniger verzeihlich aber, dass das Lektorat diese und andere Inkonsistenzen nicht erkennt, die nicht nur unter dem Stichwort «fehlende Präzision einer jungen Autorin» abgehakt werden können, sondern viel tiefer greifen. Als Beispiel sei hier einer der unauflösbaren Widersprüche erwähnt: Wiederholt erfahren wir von der unerbittlichen, undurchdringbaren Abriegelung der Gebiete, andererseits kann aber einer der Protagonisten absolut ungehindert einen Linienbus besteigen, in eine israelische Siedlung fahren, dort seine (in der Friedensbewegung aktive) israelische Freundin besuchen und mit ihr ins Kino gehen.

Erhellend ist hier das dem Roman beigefügte Interview mit der Autorin. Daraus wird klar, dass sie dem Verleger an einem Wettbewerb für Kurzgeschichten aufgefallen war und von diesem aufgefordert wurde, «das Buch binnen weniger Wochen» zu schreiben. Bestand die Angst, die Intifada könne «zu schnell» wieder vorbei sein? Der Roman wurde in mehrere europäische Sprachen übersetzt, für eine arabische Ausgabe sind die Rechte verkauft. Die Resonanz zeigt, dass der Verleger einen äusserst guten Riecher hatte – aber wohl weder Zeit für noch Interesse an einem sorgfältigen Lektorat.

Anne Frank und die Intifada

Auch die Tatsache, dass Ghazy meint, die Vernichtungslager der Nazis hätten doch als Besserungsanstalten für die (überlebenden) Juden wirken müssen und die Erinnerung an den Holocaust diese hindern, nun ihrerseits den Palästinensern anzutun, was ihnen angetan worden sei, ist für den Verlag offensichtlich unproblematisch. Die Autorin nimmt vermeintlich der (erwarteten) Kritik den Wind aus den Segeln, wenn sie erklärt, dass die Lektüre des Tagebuchs der Anne Frank und die anschliessende weitere Auseinandersetzung mit dem Holocaust einen «unermesslichen Hass gegen Hitler» in ihr ausgelöst und ähnliche Gefühle geweckt hätten wie die Bilder der Erschiessung von Mohammed Aldorra.

Den beiden Autorinnen geht es um das Gleiche: um die Konstruktion und Aufrechterhaltung des «reinen Opfers», das passiv erduldet, allenfalls in blosser Notwehr sich zu Taten hinreissen lässt. Demgegenüber steht dann – mal wortreich beschworen, mal impliziert – der «absolute», dämonisierte Täter. Bedient wird damit die Sehnsucht des Publikums nach Eindeutigkeit der Verhältnisse. Wo die Sachverhalte komplex sind, wird simplifiziert, ausgeblendet, verschwiegen und gelegentlich auch gedichtet. Einer Aufklärung, die hier, wie in vielen anderen Konflikten auch deutlich machen müsste, dass es vielleicht mehrere (allenfalls parteiliche) Wahrheiten – statt einer Wahrheit und einer Lüge – gibt, die nicht vereinbar sind, dass sich kaum einfache Antworten oder Lösungen anbieten, können solche Darstellungen nicht dienen. Dass gerade den Kompromiss- und Friedenswilligen auf beiden Seiten damit jeglicher Handlungsspielraum zusehends gänzlich verbaut wird, ist nur die letzte tragische Konsequenz solcher Prozesse. ■

1) In Zeitungen, die sich um Ausgewogenheit bemühen, wie in diesem Fall z.B. «Die Zeit», waren differenzierte Informationen wie diese und Stimmen aller beteiligten Parteien zu finden.

2) Weltwoche vom 6. Juni 2002, S. 36.

3) Gründung am 15. Mai 1948.

4) Weltwoche vom 9. Januar 2003. Der Titel ist die ihr kolportierte Aussage eines israelischen Soldaten.

5) Randa Ghazy, Palästina – Träume zwischen den Fronten. Ravensburger Verlag 2002.

6) Palästinenser sind oftmals damit bewaffnet; Israelis verwenden u.a. die von ihnen selbst entwickelten Galil oder andere westliche Produkte, aber keine Kalaschnikow.

Blind für den Antisemitismus

Klaus Briegleb schreibt in seiner kürzlich erschienenen Streitschrift «Missachtung und Tabu» über den deutschen Antisemitismus nach der Shoa und über das Phänomen, dass die Gruppe 47 sich nicht um ihn gekümmert hat, ja selber antisemitische Tendenzen aufwies.

von Simone Wassmer

Während ich Klaus Brieglebs Buch zum Antisemitismus der Gruppe 47 las, fragten mich viele – auch sehr belesene – Bekannte neugierig, wer denn diese Gruppe 47 überhaupt sei. Das irritierte mich. Einerseits sind die meisten Mitglieder dieses losen Zusammenschlusses bekannte SchriftstellerInnen geworden und andererseits lösen einige von ihnen mit ihren Werken bis heute Debatten aus, die – wie wir noch sehen werden – im Zusammenhang stehen mit der von der Gruppe betriebenen Literaturpolitik.

Die Gruppe 47 war ein vom Publizisten Hans Werner Richter organisierter lockerer Zusammenschluss linksgerichteter SchriftstellerInnen und KritikerInnen, dessen erstes Treffen 1947 in München stattfand. Die Gruppe entstand aus einem Kreis, der sich ursprünglich um die Zeitschrift «Der Ruf» (Untertitel: «Unabhängige Blätter der jungen Generation») gebildet hatte: Unter anderem gehörten ihm Alfred Andersch und Walter Kolbenhoff an. Als «Der Ruf» von der US-Militärregierung verboten wurde, trafen sich die MitarbeiterInnen, um ihre ungedruckten Manuskripte vorzustellen. Dies war der Beginn der Gruppe 47. Der Gruppe ging es um einen Neuanfang der Gesellschaft, der Politik und damit auch der Sprache. Sie wollte laut Eigendarstellung «der Sprachzerstörung entgegentreten, welche die Nationalsozialisten durch Lüge, Propaganda und Pathos bewirkt hatten. Die Mittel dafür sollten Einfachheit und strenger Realismus sein.» Die Literatur der Weimarer Republik, die Exilliteratur, wollte man nicht wiederholen, ebenso lehnte die Gruppe die Literaten der Inneren Emigration ab.

Die Gruppe 47 traf sich in immer wieder neuen Konstellationen in halbjährlichem, später in jährlichem Turnus, um über Texte eingeladener Nichtmitglieder zu diskutieren. Diese Treffen folgten einem bestimmten Ritual, bei dem der Gast zunächst aus einem unveröffentlichten Manuskript vorlas, bevor er sich der anschliessenden mündlichen Kritik der Gruppenmitglieder zu stellen hatte. In unregelmässigem Abstand wurde ein von Verlagen und Rundfunkanstalten gestifteter Literaturpreis – der mit 5 000 DM dotierte Preis der Gruppe 47 – vergeben. Die Gruppe avancierte schnell zum Forum deutscher LiteratInnen der Nachkriegszeit. Ihre Texte lasen dort u.a. Ilse Aichinger, Heinrich Böll, Ingeborg Bachmann, Günter Eich, Wolfgang Hildesheimer, Uwe Johnson, Wolfdietrich Schnurre, Helmut Heißenbüttel, Peter Weiss, Paul Celan und Martin Walser. Günter Grass erhielt 1958 den Preis der Gruppe 47 für seinen Roman «Die Blechtrommel».

Leerstelle Shoa

Die Gruppe 47 erscheint bei oberflächlicher Betrachtung als die antifaschistische Vereinigung ihrer Zeit. Betrachtet man jedoch die Liste der AutorInnen, die der Gruppe 47 zumindest zeitweise angehörten, fällt einem das Nebeneinander von Namen wie Martin Walser und Peter Weiss oder Günter Grass und Paul Celan auf: Der Autor des in national-völkischem Deutungsmuster verfassten Aufsatzes «Unser Auschwitz» neben dem Autor des Dokumentarstücks zum Auschwitzprozess unter dem Titel «Die Ermittlung», der Autor der Novelle «Im Krebsgang», der mit der Thematisierung der Vertreibung von Volksdeutschen aus Ostpreussen und Schlesien ein vermeintliches Tabu bricht, neben dem Autor der «Todesfuge», die dem Grauen der Vernichtungslager Ausdruck verleiht.

Dass dieses Nebeneinander in Wirklichkeit verbunden war mit einer Ignoranz der Erfahrung von JüdInnen während des Nationalsozialismus und mit einer Nichtthematisierung der deutsch-jüdischen Differenz nach der Shoa, thematisiert Klaus Briegleb in seiner kürzlich erschienenen Streitschrift «Wie antisemitisch war die Gruppe 47?». Es geht darin unter anderem um den kaltschnäuzigen Umgang der Gruppe 47 mit jüdischen EmigrantInnen und die reflexartige Zurückweisung eines Anteils am deutschen Antisemitismus nach 1945 korrespondierend mit einer Ausgrenzung jeglicher anderer Erinnerung als der Kriegs-Erinnerung. Brieglebs These ist, dass die Gruppe 47 «am Gedeihen des besonderen deutschen Antisemitismus nach der Shoa aus der Position einer angepassten moralischen Unbescholtenheit und Sprecherkompetenz heraus mitgewirkt hat, mitgewirkt auf dem Untergrund von Missachtung, Desinteresse und Verdrängung.» Er sieht die aktuelle «literar-historische Rechtfertigung» für seine Streitschrift im Zusammenhang mit der Debatte um das Holocaust-Mahnmal und um Äusserungen von Martin Walser und Günter Grass, der seinen ehemaligen Gruppenkollegen mit dem Kommentar: «Keine Zeile ist antisemitisch» reflexartig gegen den Vorwurf des Antisemitismus verteidigt, der gegen dessen Buch «Tod eines Kritikers» erhoben wurde. Bis heute sei die Gruppe 47 ein Musterbeispiel für ein deutsches Selbstbewusstsein, das sich aus Schuldverneinung nährt, stellt Briegleb fest.

Kollektive Erinnerung der einstigen Wehrmachtsmitglieder

Das Charakteristische der Jahre nach dem Krieg war, dass für Begriffe wie «Realismus», «Revolution» und «Läuterung» viel Platz eingeräumt, jedoch kein Gedächtnis für die ganze Geschichte des NS-Faschismus entfaltet wurde. In der Literatur und auf der Bühne wirkte vor allem der Krieg nach: Die Deutschen sahen sich nicht so sehr als Täter, sondern als Opfer. Der Kriegsheimkehrer Beckmann aus Wolfgang Borcherts Drama "Draußen vor der Tür" (1947) war die erste große literarische Figur der Nachkriegszeit. Der Wehrmachtssoldat, der Krieg und Gefangenschaft an Leib und Seele beschädigt überlebt hat und sein Zuhause nicht wiederfindet, wurde zum Archetyp. Das hatte laut Briegleb eine «notorische Haltung der Missachtung gegen Juden und Judentum» zur Folge: Marcel Reich-Ranicki berichtet in seiner Autobiografie «Mein Leben» über den Anpassungsdruck derjenigen, die an der kollektiven Erinnerung der einstigen Wehrmachtsmitglieder nicht teilhatten, was insbesondere auf Jüdinnen und Juden zutraf: «Richter erwähnt in seinem Buch «Im Etablissement der Schmetterlinge», dass ich dem Holo-

caust entkommen sei, doch kein einziges Mal, dass ich Jude bin. In diesem Buch finden sich noch drei weitere Aufsätze über Juden, die bei der «Gruppe 47» mitgemacht haben – über Peter Weiss, Wolfgang Hildesheimer und Hans Mayer. Doch sucht man auch hier das Wort «Jude» oder irgendeinen auf das Judentum anspielenden Ausdruck vergebens – dabei handelt es sich um Autoren, deren Persönlichkeit und deren literarisches Werk von der Zugehörigkeit zur jüdischen Minderheit und von der Vertreibung aus Deutschland in hohem, in höchstem Masse bestimmt wurden.» Diese Sätze schreibt Marcel Reich-Ranicki in seiner Autobiografie über das – wie er es nennt – «verkrampfte» und «befangene» Verhältnis des Gründers der Gruppe 47 zu Jüdinnen und Juden. Briegleb dokumentiert in seiner Streitschrift mehrere Beispiele für die Ausgrenzung jüdischer SchriftstellerInnen aus der Gruppe 47, bzw. deren Missachtung und fortwährende Verletzung durch Mitglieder der Gruppe. Er spricht in diesem Zusammenhang vom «antijüdisch Unbewussten» in der Gruppe 47, vom «wahnhaften Begehren, eine heile nationale Gefühls-Identität in der deutschen Literatur gegen Juden und Judentum zu verteidigen.» Wohl das «eindrücklichste» Beispiel dafür ist die Lesung Paul Celans auf einer Tagung der Gruppe 47.

Grass und Richter: Zusammenfall von literarischer Ästhetik und antisemitischem Stammtisch

Celan und die Gruppe 47

Zu den Themen der Gruppe 47 gehörten Krieg und Nationalsozialismus, doch der eliminatorische Antisemitismus und damit die Shoa waren aus ihrem Erinnerungszusammenhang ausgeblendet. Als Paul Celan, ein damals noch wenig bekannter, aus der Bukowina stammender und in Paris lebender Lyriker, 1952 der Gruppe sein Gedicht «Todesfuge» vortrug, fiel er durch. Er rede «wie Goebbels» höhnte es ihm entgegen. Es war das letzte Mal, dass Celan an einer Tagung der Gruppe las. Von aggressivem Antisemitismus zeugt das grob abfällige Urteil des Gruppengründers Richter, Celan habe mit «einem Singsang vorgelesen wie in einer Synagoge». Unter den Kriegsheimkehrern in der frühen «Gruppe 47» stieß der jüdische Exhäftling und Exilant auf Unverständnis und Ablehnung. «Die Gruppe 47 vollendet meine Verdrängung», schrieb Celan im Oktober 1962 an seine Frau, und: «Im Spiegel zeigen sich die «national-kommunistischen» Tendenzen». Celan hatte erwartet, in der Linken eine politische Heimat zu finden. Genau diese Erwartung erfüllte sich nicht. Für das, was ihm politisch wichtig war, die Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten, das Unfassliche des Judenmords, hatte die Linke nur insoweit Interesse, als der Terror der Nazis gegen die Arbeiterbewegung, die Sozialisten, die Kommunisten gemeint war. Bei denen aber sah Celan jetzt mehr und mehr nationalistische Bestrebungen. Die Kaltschnäuzigkeit und Ignoranz, mit der Celan von der Gruppe 47 abgekanzelt wurde, zieht sich als Beispiel für die Haltung gegenüber jüdischen SchriftstellerInnen wie ein roter Faden durch die Geschichte der Gruppe und ihrer Mitglieder. Lohnenswert ist es in diesem Zusammenhang, im Buch von Briegleb die Dokumentation des öffentlichen «Gesprächs» des israelischen Autors Yoram Kaniuk mit Günter Grass über den Golf-Krieg 1991 nachzulesen. Das damalige Gespräch mit Grass war nach dessen eigener Darstellung eines der «finstersten Erlebnisse» Kaniuks in Deutschland. Israel sah sich damals von irakischen Raketen bedroht, deren Bewaffnung mit aus Deutschland gelieferten Gas vermutet werden musste. Grass reagierte hochgereizt auf die Frage, wo er war, als jüdische Demonstranten vor den Toren deutscher Chemiekonzerne standen und sprach nur noch an Kaniuk vorbei zum Publikum. In antiimperialistischer Manier stellte er die Parole «Blut für Öl» in den Raum und erwähnte immer wieder die Palästinenser, was Kaniuk an einen Besuch im Museum von Buchenwald erinnerte: «Unter den dort aufgezählten Volksgruppen, von denen es im Lager Gefangene gegeben hatte, wurden Ägypter und Chinesen, aber keine Juden erwähnt.»

Die Streitschrift von Klaus Briegleb ist nicht leicht konsumierbar. Sie ist eine Art Collage von ungegliederten dokumentarischen und erörternden Texten, die durch «Fenster», unterbrochen werden, die einzelne Ereignisse genauer beleuchten. Eine systematischere Gliederung des Buches wäre durchaus wünschenswert. Nicht nachvollziehbar ist der Verzicht auf ein Personenregister, der mit dem wenig überzeugenden Hinweis auf die Vermeidung nur partieller Lektüre begründet wird. Stellenweise hätte ich mir eine weniger grosse Gewichtung der Handlungen des Initiators der Gruppe 47, Hans Werner Richter, gewünscht. Die Fokussierung auf seine Person nimmt meines Erachtens spannenden Debatten den Raum, wie zum Beispiel derjenigen über die Problematik der Nachkriegswerke von Schriftstellern wie Alfred Andersch und Heinrich Böll, die noch heute zur unhinterfragten kritischen Schullektüre über die Zeit des Nationalsozialismus gehören. Das Spannende an Brieglebs Streitschrift ist, dass sie aufzeigt, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem deutschen Nachkriegs-Antisemitismus und einer Literatur, die antrat mit einem antifaschistischen Selbstverständnis und trotzdem um Auschwitz herum geschrieben hat. ■

Buch:

Klaus Briegleb. Missachtung und Tabu. Eine Streitschrift zur Frage: «Wie antisemitisch war die Gruppe 47?» Berlin/Wien 2003.

Gewalt, Ironie und Ohnmacht: Bruce Nauman in Basel

Der mittlerweile 60-jährige amerikanische Künstler Bruce Nauman hat sich mit seinen zahlreichen Werken bei Kritikern und Publikum bereits so etabliert, dass er schon beinahe wieder klassisch genannt werden kann. Eine Ausstellung, die kürzlich in Basel zu sehen war, bietet Gelegenheit sich mit Nauman einmal etwas eingehender zu befassen.

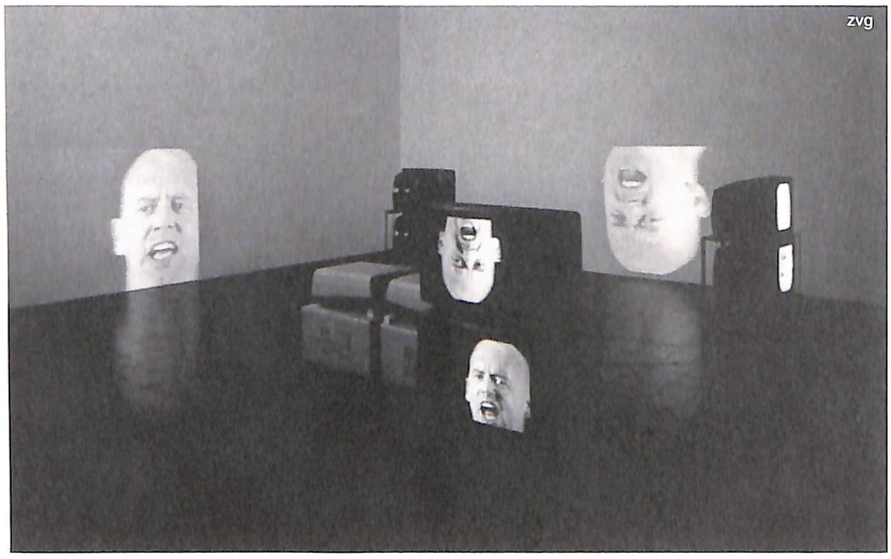
von Lukas Germann

«Get out of my room!», brüllte die Stimme Naumans die Museumsbesucher an, die sich in das kleine, ganz weisse Kämmerchen vorgewagt hatten, das vor einigen Jahren im Kunsthaus Zürich zu sehen war, «Get out of my mind! Get out of this room!». Noch radikaler wirkt Naumans aus Monitoren und Wandprojektionen bestehende raumfüllende Videoinstallation «Anthro/Socio». Schon von weit her ist ein aggressiver, lautstarker Sprechgesang zu hören. Tritt man in den Raum ein, so dringt von allen Seiten der sich immer im Kreis drehende Kopf eines kahlköpfigen Mannes auf den Betrachter ein, der ununterbrochen die Textzeilen brüllt: «Feed me/Eat me/Anthropology//Help me/Hurt me/Sociology//Feed me/Help me/Eat me/Hurt me».

Die beiden Werke sind typisch für Naumans vielfältiges Schaffen. Aggression und Gewalt werden direkt erfahrbar thematisiert, ja dem Betrachter wird alle Möglichkeit der distanzierten Betrachtung genommen, gleichzeitig wird ihm aber auch jede Nähe zum Kunstwerk, jeder Versuch eines kontemplativen Zugangs verweigert. Die Interaktion zwischen Betrachter und Werk, die vom kreisenden Kopf autoritär als gewalttätige zusätzlich gefordert wird, ist gerade wegen der völligen Distanzlosigkeit, mit der einem Naumans Bilder und Töne entgegenschlagen und die keine Pause gönnt, unmöglich. Das Werk bleibt hermetisch, schliesst sich ab und drängt sich doch in einer Direktheit auf, die sich für ein Kunstwerk eigentlich doch so überhaupt nicht ziemt. Die (Selbst-)Ironie, die das ganze Arrangement prägt, verhindert das Aufkommen von Pathos, erschwert aber die Konsumierbarkeit der Werke nur noch zusätzlich: die Stimme, die einen da verjagt hat, der kreisende brüllende Kopf prägen sich ein, verfolgen einen; man weiss nicht, soll man sich aufregen, soll man lachen, das Ganze hinterlässt doch ein Gefühl der Befremdung, über das man nicht recht hinauskommen will.

«mapping the studio»

Dass Naumans Schaffen aber – zumindest oberflächlich gesehen – auch ganz andere Wege beschreiten kann, konnte man an der Ausstellung «Mapping the Studio» im Basler Museum für Gegenwartskunst sehen.



Bruce Nauman: Anthro/Socio (1992)

Gerade das namengebende Hauptwerk dieser Ausstellung scheint den ersten Eindrücken nach einen deutlichen Kontrast zu Naumans lauten, aufdringlichen, verstörenden Werken zu bilden. Sechs nächtliche Stunden lang hat der Künstler einige Ecken und Winkel seines Ateliers von mehreren Videokameras überwachen lassen. Die Ergebnisse sind von sieben Projektoren auf die Wände eines grossen Raumes projiziert in voller Länge zu sehen. Wir sehen allerlei herumstehende Utensilien, Abfälle, Materialien, so wie sie der Künstler am Abend zuvor eben zurückgelassen hat. Bewegung geschieht in den statischen Bildern einzig durch die ab und zu durch das Bild huschenden Mäuse und die umherschwirrenden Motten. Die rauschende Lautlosigkeit wird nur selten von einem leisen Hundegekläff durchbrochen. Ansonsten herrscht Stille und Bewegungslosigkeit. Doch gerade in der Ruhe und Ereignislosigkeit dieser asketischen Aufnahmen liegt etwas Bedrohliches und Beängstigendes. Was geschieht mit unserer vertrauten Welt, während wir schlafen? Und die Antwort, dass eben nichts geschieht, ausser dass Mäuse und Insekten ungestört von ihr Besitz ergreifen, ist nicht unbedingt beruhigend. Das sanfte Flimmern des Videobildes scheint bei längerer Betrachtung überdies zu einer Eigenschaft des gezeigten Raumes zu werden und gibt diesem so zusätzlich die gespenstische Atmosphäre der atmenden Stille. Indem so aber durch die Verschmelzung von Gegenstand und Aufnahmetechnik letztere mit in das Erscheinungsbild des Werks hineingezogen wird, ist die Vergewisserung, ob in unserer Abwesenheit wirklich alles beim Alten bleibt, nochmals in Frage gestellt. Was, wenn die Kamera, die als Stellvertreterin unseres Auges eingesetzt ist, nun auch noch aus ginge?

Am Rande des Banalen

Die anderen in Basel gezeigten Werke umfassen beinahe alle Schaffensperioden von Bruce Nauman. Neben älteren Videos, die ebenfalls die

Ereignislosigkeit im Atelier zum Thema haben und damit aus der Not des Künstlers, der nicht mehr weiss, was er anfangen soll, eine Tugend zu machen versuchen, sind allerlei Zeichnungen, Neonröhreninstallationen, Skulpturen aus verschiedenen Materialien und einiges mehr zu sehen. Explizite Darstellungen von Gewalt und Repression («Shadow puppets and instructed mime» 1990), von Sexualität und Tod («Sex and death by murder and suicide» 1985) werden immer wieder von einer die Kunstproduktion und das Verhältnis zwischen Künstler, Kunstwerk und Betrachter reflektierenden Ironie durchbrochen. Naumans Wirken scheint nie zu verharren; pausen- und atemlos unternimmt er immer wieder neue Anläufe, zu einem Ausdruck zu gelangen, der sich dann doch immer wieder als ohnmächtig erweist. Darin ist sein Werk so vielfältig und breit, wie kaum ein anderes. Gerade das kann natürlich auch skeptisch machen. Allzu leicht scheint zuweilen der Wechsel von einem Medium zum anderen, von Materialien, Formen und Herangehensweisen zu gelingen. Allzu einfach auch kommt die Aussage einiger seiner Werke daher. Als Beispiel kann hier das 1968 entstandene Werk «Concrete Tape recorder Piece», in welchem Nauman einen auf Tonband aufgenommenen Schrei in einen Betonklotz eingemauert hat, dienen. Das Problem, das Nauman so darstellt, der stumme Schrei, der nach Mitteilung drängt, aber ungehört bleibt, ist eine Grundplobematik von Kunst, die sich immer zwischen Ausdruck und Ohnmacht bewegt. Trotzdem ist aber die einfache Illustration dieser Wahrheit, wie Nauman sie unternimmt, auch ziemlich banal. Und gerade das bleibt das Problem von vielen seiner Werke. Gut sind sie gerade dort, wo sie eben mehr sind, als die blosse Illustration einer formulierbaren Idee. Den Verdacht der Banalität können sie ansonsten nicht ganz ablegen.

Der Drang nach Ausdruck

Der rote Faden, der das ganze Werk Naumans durchzieht und es zusammenhält, sind die beiden grundlegenden Themen der Gewalt und der (Selbst-)Reflexion der Kunstproduktion und ihrer Bedingungen. Ihre konsequente Bearbeitung vermag seine Werke immer wieder der Beliebigkeit zu entreissen. Ständig drängt etwas in ihnen nach Ausdruck, nach Mitteilung, nach Interaktion mit dem Betrachter und scheitert dabei immer wieder ohnmächtig an den Bedingungen von Kunst. In diesem Scheitern liegt aber vielleicht gerade das, worüber auch alle Ironie nicht zu trösten vermag, was aber den Werken Naumans ihren Gehalt verleiht: die verzweifelte Hoffnung, es könnte auch anders sein, die sich immer wieder in neuen Anläufen Gehör zu verschaffen versucht, dabei von neuer Ohnmacht überwunden wird und doch wieder und immer wieder gegen diese ankämpft.

Naumans Kunst wirkt dort, wo sie den ursprünglichen Ideen des Autors entgleitet, wo das Kunstwerk eine eigene Dynamik, eine innere Notwendigkeit auszuspielen beginnt, die über die Autorintention hinausweist. Ohne es vielleicht so zu wollen, zeigt Nauman damit auch, dass Konzeptkunst letztlich nur dort funktionieren kann, wo Werke entstehen, die die Konzeptualität ihrer Konzeption zu übersteigen vermögen. Die Aura des Hier und Jetzt, deren Verfall Walter Benjamin für alle moderne Kunst prophezeit und gefordert hat, erweist sich so als wohl doch hartnäckiger und für Kunst überhaupt wesentlicher als es Benjamin dachte und es die Konzeptkünstler meinen. ■

Bruce Nauman: Mapping the Studio. Werke der Emanuel Hoffmann-Stiftung, der Öffentlichen Kunstsammlung Basel und eine neue Videoinstallation, Katalog zur Ausstellung im Museum für Gegenwartskunst Basel; Öffentliche Kunstsammlung Basel 2002 (32 SFr.)

Holocaust-Komödien: Gefahr oder Chance?

Jede fiktive filmische Bearbeitung des Holocaust sieht sich vor die Frage gestellt, ob sie ihrem Gegenstand gerecht werden kann. In noch verstärktem Masse gilt dies für diejenigen Versuche, die humoristische Elemente in die Behandlung des Themas hineinbringen. Ein abschliessendes Urteil über solche Holocaust-Komödien ist aber kaum möglich.

von Benjamin Rosendahl

«An einem bestimmten Punkt hört die Geschichte auf, wirklich zu sein.»
(Elias Canetti: Die Provinz des Menschen)

Am 30. Januar 2003 jährte sich die nationalsozialistische Machtergreifung zum 70. Mal. Die Generation, die während des Dritten Reiches lebte, droht langsam auszusterben. Sobald dies geschehen ist, wird das Gedenken an den Holocaust vom Bereich der persönlichen Erinnerungen ganz zum Bereich der Bilder und Texte übergehen. Die folgenden Generationen werden vor die Aufgabe gestellt sein, eine Geschichte, die keine lebenden Zeugen mehr hat, lebendig zu halten.

Schulen und Universitäten werden sich dabei mit dem Material, das in Museen zu finden ist, sowie mit Büchern, Briefen, Dokumentarfilmen etc. befassen. Das historische Bewusstsein der Massen wird jedoch durch Spielfilme geprägt werden. Sie «interpretieren die nationale Geschichte für die Öffentlichkeit»,[1] die sich nicht die Zeit nehmen wird, neun Stunden lang bei Claude Lanzmans Dokumentarfilm Shoa auszuharren oder Eugen Kogons «Der SS-Staat» zu lesen. Besonders problematisch hierbei ist das Genre der Holocaust-Komödien, die – wie die folgende Analyse zeigen soll – sowohl den Holocaust-Revisionisten wie auch den wahrhaft an Geschichtsaufarbeitung Interessierten neue Möglichkeiten öffnen.

Hitler, ein Clown?

«Hitler, natürlich.
Er ist gestern Nacht schon wieder aufgetaucht.
Er taucht immer auf.
Unser Fernsehen würde ohne ihn nicht existieren.»
(Don DeLilo: White Noise)

Holocaustkomödien gibt es, seitdem es den Holocaust gibt. Man kann sie in drei verschiedene Kategori-

en einteilen: Historische Filme (Filme, die zur Zeit des Holocausts gedreht wurden), semidokumentarische Filme (Filme, die auf wahren Begebenheiten beruhen) und Fabeln (Filme, die den Holocaust als Symbol benutzen, nicht als historisches Ereignis).

Die drei bekanntesten Filme der ersten Kategorie sind Charlie Chaplins «The Great Dictator» (1940), Leo McCareys «Once upon a honeymoon» (1941) (Beide Filme wurden übrigens herausgegeben, bevor Amerika in den Krieg eintrat, was im Fall Chaplins dazu führte, dass er – die Neutralität gegenüber Deutschland brechend – vor eine Untersuchungskommission geladen wurde) und Ernst Lubitschs «To Be Or Not To Be». In Once upon a honeymoon geht eine Tänzerin (Ginger Rogers) nach Europa, wo sie herausfindet, dass ihr aristokratischer Mann ein Nazi-Anhänger ist. Der Film verfolgt ihre Flucht aus dem nazibesetzten und von Kriegswirren zerstörten Europa mit Hilfe eines Radioreporters (Gary Grant), in den sie sich – wie konnte es auch anders kommen – verliebt. Interessant ist hierbei, dass Konzentrationslager bereits erwähnt werden. Ansonsten jedoch dient das von Nazi-Deutschland besetzte Europa lediglich als Hintergrundkulisse für die romantische Komödie zwischen den beiden Hollywoodstars. Anders verhält es sich bei Chaplins «The Great Dictator», der sich um den Diktator Hynkel und einen – nicht grundlos namenlosen – jüdischen Friseur dreht. Chaplin, der in diesem Film nicht nur Regisseur und Produzent, sondern auch Hauptdarsteller ist, verkörpert beide Charaktere und zeigt damit die Willkür der Macht. Er stellt dem Diktator, ein absurder Clown, dessen sinnlose Reden von den Massen bejubelt werden, den jüdischen Friseur, dem die Lebensgrundlage genommen wurde und dessen Volk tagtäglich dehumanisiert wird (weswegen er im Film nie mit Namen vorkommt), als Symbol der Menschlichkeit gegenüber. Die Gewaltexzesse der SA und das Leben im Ghetto werden ebenso gezeigt wie das Konzentrationslager, aus dem der jüdische Friseur schliesslich flieht. Dies führt zum Höhepunkt des Films, der Verwechslung des Juden mit dem Diktator und der Rede Chaplins für eine Welt der Gleichheit und Demokratie. Zu Recht meinte Jodi Shermann dazu: «Chaplin eignet sich den Raum der freien Rede, den der jüdische Barbier gewonnen hat, an, um seine eigene politische Meinung auszudrücken».[2] Es ist Chaplins politische Meinung, die er hier zeigt, nicht die des jüdischen Friseurs, der wohl kaum aus dem Lukas-Evangelium zitieren würde. Hier zeigt sich auch die Bedeutung der historischen Holocaust-Komödien: Sie sind historische Quellen der Rezeption des Holocausts im (hauptsächlich amerikanischen) Ausland. Der Zuschauer kriegt ein Bild davon, was die Welt von Nazi-Deutschland und dessen Politik mitbekam und welche Vorstellungen sie vom Ausmass der Konsequenzen hatte. «The Great Dictator» ist ein sehr gutes Beispiel für eine fehlerhafte Darstellungen von Fakten (die SA gab es 1940 nicht mehr und sowohl das Ghetto, als auch das Konzentrationslager reflektieren die grausame Wirklichkeit fast überhaupt nicht). Gleichzeitig ist der Film aber eine gute Wiedergabe des Bildes, das die Welt sah (insbesondere natürlich die Gestik und Art der Rede Hitlers, die Chaplin exzellent imitiert, ohne auch nur einen halbwegs sinnvollen deutschen Satz zu sagen). Ähnliches gilt für Lubitschs «To Be Or Not To Be», bei dem es um eine Theatergruppe im besetzten Warschau geht: Die Bilder, die Reden, die Rhetorik und Gestik, kurzum; die Selbstdarstellung der Nazis steht im Vordergrund dieser Komödie, die sich – im Gegensatz zu Mel Brooks gleichnamigen Remake von 1983 – fast gar nicht mit der Judenverfolgung beschäftigt. Stattdessen «wirft Lubitsch die Frage auf, ob der Nazismus schon seine eigene Parodie sei»,[3] was er nicht zuletzt durch das Theater-im-Film- bzw. Theater-im-Theater-Thema (u.a. eine Anspielung auf Hamlet) erreicht. Als realistische Quellen für den Holocaust sind diese Filme jedoch absolut ungeeignet. Chaplin selbst meinte, er hätte «The Great Dictator» niemals gemacht, hätte er die Ausmasse des Holocausts damals gekannt.

Begninis «La vita e bella»

Der Zufall des Überlebens

Bei den semidokumentarischen Filmen ist es genau umgekehrt: Es ist nicht die Wiedergabe der Zeit der Nazis, sondern die Reflexion der Realität des Dritten Reiches durch das Auge der modernen Kamera, die diese Filme ausmacht. Zwei Filme sind hier besonders hervorzuheben: Peter Glennvilles «Me and the Colonel» (1958) und Agnieszka Hollands «Europa, Europa» (1991). (Beide Filme wurden in Amerika unter einem anderen Titel als in Europa vertrieben: Der deutsche Titel von Glennvilles Film ist vom Buch, das ihm als Vorlage diente, übernommen («Jakobowsky und der General») und der deutsche Originaltitel von «Europa, Europa» lautet «Hitlerjunge Salomon»). «Me and the Colonel» basiert auf Franz Werfels Buch «Jakobowsky und der General», das auf der Erfahrung seines eigenen Lebens beruht. Es ist die Geschichte der Flucht eines Juden und eines polnischen, antisemitischen Generals, die sich gegenseitig hassen, aber gleichzeitig sich gegenseitig brauchen, um zu überleben. Das Element der Flucht immer mit dem Tod im Nacken, die Notwenigkeit sich ständig

zu verstecken bleiben den ganzen Film über im Hintergrund präsent, auch wenn die Realität Situationen schafft, die komisch sind. Es ist der schmale Grat zwischen Angst und Hoffnung, Lachen und Weinen – und letztendlich Tod und Leben – der diesen Film so besonders macht. Gleichzeitig zeigt der Film, dass in der Sphäre des Holocausts nur die Verknüpfung von Zufall und Geschick Leben retten konnte («Es gibt immer zwei Möglichkeiten im Leben» sagt Danny Kaye zu «General» Curd Jürgens, der behauptet, es gäbe nur eine). Die physische Gegenüberstellung des kleinen Lebenskünstlers Danny Kaye und des grossen, imposanten, durch seine Uniform geschmückten Casanovas Curd Jürgens, der absolut hilflos im Leben steht, macht den Film noch stärker.

«Europa, Europa» behandelt ein ähnliches Thema, nämlich das Überleben in der Nazi-Zeit. Basierend auf der Autobiographie Salomon Perels, der heute in Israel lebt, wird die Geschichte eines Juden erzählt, der von Deutschland über Polen nach Russland flieht, das von Deutschland erobert wird. Um zu überleben, behauptet er Volksdeutscher zu sein und wird in eine Hitlerjugendschule geschickt. Schon der deutsche Filmtitel «Hitlerjunge Salomon» deutet auf das Identitätsproblem hin, das Salomon erwartet. Perel meinte in einer Rede am Spertus College (1992), dass er oft an Voltaires «Candide» gedacht habe, als er seine Autobiographie schrieb. Im Unterschied zu «Me and the Colonel» spielt der physische Aspekt hier eine sehr grosse Rolle: So wird in einer Szene Salomons Gesicht von einem Lehrer abgemessen, der ihn als Arier bestätigt. Ein grosser Teil des Films beschäftigt sich auch mit den verschiedenen Versuchen Perels, die Tatsache, dass er beschnitten ist, zu verdecken. «Wie diese Beispiele zeigen, funktionieren die ineinandergreifenden ironischen Elemente vor allem auf Kosten des Reichs, welches die Sichtbarkeit und Wiederverwendung des Bildes fetischisiert um Rassendifferenzen zuordnen zu können»[4] Im unfreiwilligen Humor, den diese Szenen hervorrufen, schwingt immer auch das Bewusstsein einer Todesangst mit. Ebenso wie «Me and the Colonel» und andere Holocaustkomödien, die auf wahren Tatsachen beruhen, kann die Moral in der Aussage Pavels, des Psychiaters im bekannten Comic von Art Spiegelmann «Maus II», zusammengefasst werden: «Es waren nicht die besten Leute, die überlebten, noch sind die besten gestorben. Es war ZUFALL!»[5] Diese Filme sind starke Dokumente persönlicher Schicksale und sehr rührend. Das Problem hierbei ist allerdings, dass Filmemacher dazu neigen, sich nur für Geschichten zu interessieren, die das völlig Aussergewöhnliche zeigen. So sind sie ein wichtiger, jedoch nur ein kleiner Teil des richtigen Bildes vom Holocaust.

Chaplins «The Great Dictator»

Humor als Chiffre des Menschlichen

Womit wir zur drittem, wohl problematischsten Kategorie kommen: Der Holocaust-Fabel. Hier ist der Holocaust lediglich ein Symbol des Grauens und es wird gar nicht versucht ihn realistisch darzustellen. Die zwei Hauptbeispiele dieser Gattung sind Radu Mihealeanus «Train de Vie» (1999) und Roberto Begninis «La vita e bella» (1997). Mihealeanus Film ist die fiktive Geschichte eines Shtetls, das seine eigene Deportation organisiert, d.h. einen Zug kauft (le train de vie eben), einen Teil der Bewohner als Nazis verkleidet und den Rest als «Abtransportierte». Der Film enthält viele Elemente einer Flucht – Verstecken, Tarnen etc. – und auch viele Anklänge an jüdischen Humor und jüdische Tradition allgemein (so ist es z.B. klar, dass einer der Retter des Dorfes Mordechai heisst – in Anlehnung an die Purim-Geschichte). Ein Thema kommt jedoch gar nicht vor: Der Holocaust! In einem Film über ein jüdisches Fluchtschicksal wird die Vernichtung weder erwähnt noch gezeigt. Erst am Schluss enthält der Film eine diesbezügliche Referenz: Gezeigt wird ein Close-up des Hauptdarstellers (Lionel Abelanski), der sagt, dass dies «die fast wahre Geschichte meines Shtetls war» – die Kamera zoomt zurück und zeigt ihn hinter Stacheldraht in KZ-Uniform. Gefragt über den Sinn dieser Komödie, meinte der Regisseur: «Eine Rückkehr zur Tradition des jüdischen Humors, wahrscheinlich (...) eine Tradition. Es war der Wunsch über die Leiden der Shoa hinauszugehen, nicht um sie zu vergessen, sondern um sie in einer anderen, anschaulichern Weise nochmals zu schaffen. Dies ist eine Allegorie genährt von unserem Blut, unserer Kultur und unserer Erinnerung, eine tiefe Sehnsucht die Welt des Shtetl wiedererstehen zu lassen, die ich nie gekannt habe, die aber unsere Familie im Fleisch erfahren hat.»[6]

Ebenso wie «Le train de vie» wurde auch Begninis's «La vita e bella» (der Titel ist einem Zitat Leon Trotzkys entnommen)[7] sehr stark kritisiert; aufgrund seines Erfolges wahrscheinlich noch stärker. Der Film zeigt im ersten Teil die Liebesgeschichte zwischen (dem jüdischen) Guido und (der nichtjüdischen) Dvora zu Beginn der faschistischen Herrschaft in Itali-

en, und im zweiten Teil, wie Guido seinem Sohn Giosue in Auschwitz vorspielt, es handle sich bei dem KZ lediglich um ein «Spiel», dessen Sieger einen Panzer geschenkt bekommt. Am Ende wird das KZ (einschliesslich Giosue) von Panzern befreit. Guido ist zu diesem Zeitpunkt bereits tot. Ebenso wie «Train de Vie» ist «La vita e bella» eine vollkommen unrealistische Darstellung der damaligen Ereignisse. Ein realistisches Portrait des Holocausts war andererseits aber nicht Begninis Intention: «Ich begriff, dass nichts in einem Film nahe an die Realität dessen, was geschehen ist, heranreichen kann. Das unvorstellbare Grauen lässt sich nicht darstellen – man kann nur immer weniger als es war zeigen. Deshalb wollte ich nicht, dass das Publikum den Realismus in meinem Film sucht.»[8] Vielmehr handelt es sich um eine Allegorie – die zwei Realitäten, die Benigni zeigt, sind Gegensätze, die italienische Juden am eigenen Leib erfuhren, als das faschistische Regime (nach mehr als einem Jahrzehnt) die Judenverfolgung ausführte. Weiterhin geht es nicht um den Holocaust als vielmehr um das Aufrechterhalten der Menschlichkeit und wie ein Vater mit allen Mitteln vermeidet, dass sein Kind eine traumatische Erfahrung erlebt. Dies kann auch als Aufforderung, den Holocaust nicht Kindern zu vermitteln, bevor sie eine gewisse Reife erreicht haben, verstanden werden. Die Anspielung an den Clown-Charakter Chaplins ist natürlich leicht erkennbar, obwohl diesmal mit umgekehrten Vorzeichen: Der Clown ist dem Menschen nicht entgegengesetzt, sondern produziert Menschlichkeit hinter seiner Clownmaske. Das «Spiel» beginnt hierbei schon am Anfang des Films, indem der brutalen Realität mit einer mit aller Anstrengung aufrechterhaltenen geistigen Intaktheit begegnet wird. Doch: «Ist es moralisch legitim, dass man bei einer Darstellung des Holocaust nahe legt, eine geistige Haltung lege den Schlüssel, der das Lager öffnet, bereit?»[9]

Humor und Schmerz

Sind Holocaust-Komödien nun Chance oder Gefahr? Die Antwort darauf ist nicht so einfach. Einerseits zeigen sie den Holocaust nicht so wie er war und verfehlen damit Rankes Idee, Geschichte «wie sie gewesen ist», zu zeigen. Richard Schickel meinteüber «La vita a bella», dass dieses Genre den Horror des Holocausts trivialisiere.[10] David Denby geht sogar noch weiter und nennt diese Filme «eine milde Variante der Holocaustleugnung».[11] Vom Standpunkt der realistischen Wiedergabe der historischen Tatsachen trifft dies zumindest teilweise zu, in besonderem Masse auf die Holocaustfabeln. Stimmt dann Claude Lanzmanns Aussage, dass es unmöglich ist, einen Film über die Vergangenheit zu machen (weswegen in «Shoa» keine historischen Bilder gezeigt werden, sondern nur heutige Interviews)?

Das Hauptargument, das für die Holocaustkomödien spricht, erwähnt Elaine Scarry in ihrer Theorie des Schmerzes. «Was immer der Schmerz bewirken mag, er bewirkt es zum Teil durch seine Nichtkommunizierbarkeit. Dies bestätigt sich darin, dass er sich der Sprache widersetzt».[12] Wenn also Schmerz wirklich ein privates, unteilbares Erlebnis ist, so dass der andere zwar vom Schmerz in Kenntnis gesetzt werden, ihn aber nicht fühlen kann, dann wird auch die Darstellung von Schmerz im Spielfilm nur eine Mauer zwischen dem Leinwandcharakter und dem Zuschauer erwirken. Es müssen daher Möglichkeiten gefunden werden, den Zuschauer mit dem Gesehenen zu verbinden, ihn Empathie für das Geschehene entwickeln zu lassen. Humor ist da eine Möglichkeit, denn Lachen ist eine kollektive Erfahrung (Musik, wie z.B. in Polanskis «The Pianist», ist eine andere Möglichkeit). Und auch wenn nicht das gesamte Ausmass des Grauens gezeigt wird, kann ich mich nur der Aussage Hanni Mittelmanns, Professorin für deutsche Literatur in Jerusalem und selbst Tochter von Holocaustüberlebenden, anschliessen:

«Was mir Alpträume bei der Darstellung des Holocaust macht, ist nicht das, was ich sehe, sondern sind die Grausamkeiten, die ich nicht sehe.»

«Es gibt immer zwei Möglichkeiten»
(Franz Werfel, Jakobowski und der Oberst)

1) Anton Kaes: «History and Film: Public Memory in the Age of Electronic Communication» in Zmanim-Historical Quarterly, vol. 10, no 3 (1991), p.28 (Hebräisch)

2) Jodi Sherman: «Humor, Resistance and the Abject: Roberto Begninis «Life ist beautiful» and Charly Chaplins «The Great Dictator»»; in: Film and History vol. 32, No. 2 (2002), p. 75 (engl.)

3) Hassan Melehey: «Lubitsch To Be Or Not To Be: The Question of Simulation in Cinema» in: Film Critcism, vol. 26, no. 2 (2001/2), p. 21

4) Susan E. Linville: «Agnieszke Hollands «Europa, Europa»: Desconstructive Humor in a Holocaust Film» in Film Criticism, vol. 19, no.3 (1995), p.47 (engl.)

5) Art Spiegelmann: «Maus: A Survivor's Tale, II» (New York: Pantheon Books, 1991)

6) zitiert in www.paramountclassics.com/train/edu.html (engl.)

7) «Das Leben ist schön. Lasst die zukünftigen Generationen es von allem Bösen, von aller Unterdrückung und Gewalt reinigen und es in vollen Zügen geniessen.» (aus einem Brief Trotzkys im Mexikanischen Bunker, den Tod klar vor Augen)

8) Begnini, zitiert in Maurizio Viano: «Life is Beautiful- Reception, Allegory and Holocaust Laughter» in: Film Quarterly, vol. 53, no. 1 (1999), p.30 (engl.)

9) ibid., p.33 (engl.)

10) Richard Schickel, «Fascist Fable», Time (von 9.11.1998)

11) David Denby: «In the Eye of the Beholder: Another Look at Roberto Benigni's Holocaust Fantasy.» In: New Yorker (März 1999) (engl.)

12) Elaine Scarry, Der Körper im Schmerz. Die Chiffren der Verletzlichkeit und die Erfindung der Kultur (engl. 1985); dt: Frankfurt a.M. 1992 (S. Fischer); S. 12/13

analyse+kritik
ak – Zeitung für linke Debatte und Praxis

In der neuen Ausgabe 470:

US-Kriegskurs spaltet Europa +++ Fragen an die Anti-Kriegs-Bewegung +++ Zur Friedensbewegung in USA, Frankreich, Spanien, Italien, GB, Serbien, Schweden, Deutschland +++ Wer bombardierte Halabja? +++ Tansania: Musterschüler des IWF +++ Weltsozialforum als Kraftquelle und Katalysator

Probeabo bestellen:
3 mal ak für 5 €*
* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten *ak* gekündigt wird.

ak – analyse & kritik
Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175
redaktion@akweb.de · www.akweb.de

KUND GEBUNG

GEGEN DIE VERSCHÄRFUNG IM ASYL- UND AUSLÄNDERINNEN-RECHT

RECHTE statt SCHRANKEN

15.03.03
KORNHAUSPLATZ BERN 13.30

GLEICHE RECHTE FÜR ALLE MENSCHEN IN DER SCHWEIZ UNGEACHTET IHRER HERKUNFT UND IHRES GESCHLECHTS

ORGANISATORINNEN
Sosf · cfd · FemCo · FIZ · NOSOTRAS
CCSI (FR) · Mouvement des Sans-Papiers

Impressum

RISSE Magazin
Postfach 3119
CH-8021 Zürich

Tel.: ++41 (0)1 262 31 50
Fax: ++41 (0)1 262 31 45

risse@risse.info
www.risse.info

Redaktion
Pascal Germann (pg@risse.info)
Lukas Germann (lg@risse.info)
Alexander Hasgall (ah@risse.info)
Nicole Peter (np@risse.info)
Alex Riva (ar@risse.info)
Thomas Schwendener (ts@risse.info)
Simone Wassmer (sw@risse.info)

Ständiger Mitarbeiter Deutschland
Stephan Truninger (st@risse.info)

Administration
Mirjam Pulver (mp@risse.info)
Lukas Müller (lm@risse.info)

Inserate
Nicole Peter (inserate@risse.info)

Layout
Simone Wassmer
Andi Tschannen
Thomas Schwendener

Druck
Teutsch Druck, Bregenz

Titelbild
zvg

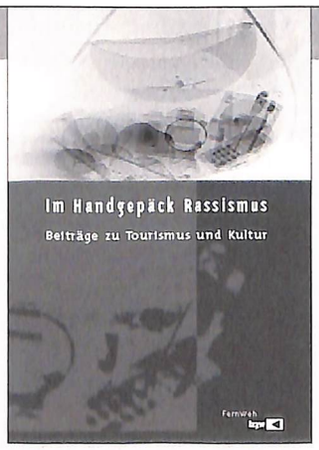
Abo-Preise
Jahresabo: 4 Ausgaben
36.– Fr. / 26.– Euro
inkl. Versandkosten

Postkonto
CHF: 87-79417-6
EUR: 91-81841-7

Beiträge sind erwünscht und können per Post oder E-mail an uns geschickt werden. RISSE haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte.

www.risse.info

▶ **Neuerscheinung**



Im Handgepäck Rassismus
Beiträge zu Tourismus und Kultur

.... Bilderwelten im Reisekatalog .... Ganz Kenia in einem Dorf .... Gestrandet an der Costa del Sol .... Begehren nach Eroberung .... Traumwelt Tibet .... Das Un-Behagen in den Kulturen .... Wild – Fremd – Frau ....

Taschenbuch, 220 Seiten, € 15,- ISBN 3-922263-19-4

FernWeh – informationszentrum 3. welt
PF 5328 · D-79020 Freiburg · Fon (0761) 740 03 · info@iz3w.org · www.iz3w.org

hier könnte ihr Inserat stehen

inserate@risse.info

Verwackelte Einblicke in die antisemitische Abwehr der Moderne

Das unter dem Titel «Gustav Mahler und Oesterreich 1918-1988: eine Studie über den Zusammenhang von Antisemitismus und Moderne-Rezeption» bereits für das Jahr 2000 angekündigte Mahler-Buch von Gerhard Scheit und Wilhelm Svoboda ist mit neuem Namen und in einem anderen Verlag doch noch erschienen.

von Lukas Müller

Gerhard Scheit und Wilhelm Svoboda versuchen mit ihrer neusten Publikation im Sonderzahl-Verlag, die Rezeptionsgeschichte der Musik Gustav Mahlers von 1918-1988 zu überblicken. Dies, so verspricht der Titel, soll im Hinblick auf die oftmals von antisemitischen Stereotypen geprägte Abwehr jener Musik, wie der Kunstmusik nach 1900 überhaupt, geschehen. Siebzig Jahre Rezeptionsgeschichte auf 269 Seiten nicht nur aufzulisten, sondern auch zu analysieren, ist ein grosses Vorhaben – zu gross, wie sich bei der Lektüre des Buches deutlich zeigt. Scheit und Svoboda können sich nicht entscheiden, ob ihr Buch eine wirkliche Analyse der «antisemitischen Abwehr der Moderne» oder eine blosse Quellensammlung sein soll. Offenbar war die Quellenlage so umfangreich, dass trotz der Auswahl, die sicherlich getroffen wurde, bei der analytischen Genauigkeit stellenweise Abstriche gemacht werden mussten. Zu oft ist die Rede von «bereits ein wenig» antisemitischen Texten, von Rezensionen, über deren antisemitischen Gehalt man «spekulieren» könne, und an vielen Stellen finden sich ähnlich vage Formulierungen. Auch wird schon im Vorwort angestrengt und unnötig darauf hingewiesen, dass nicht jeder Mahlergegner ein Antisemit sein müsse. Die Aufgabe einer Studie, welche sich mit der antisemitischen Abwehr der Moderne in Österreich beschäftigt, ist es jedoch sicherlich nicht, dem Leser mit vagen Vermutungen die Möglichkeit zu eröffnen, sich im Glauben sicher zu wähnen, dass alles vielleicht doch so schlimm nicht sei, sondern aufzuzeigen, was an den Rezeptionsmustern antisemitisch ist und weshalb.

Verschiedene Stellen lassen auf mangelnde Sorgfalt schliessen, die durch halbherzige Formulierungen überdeckt werden soll: So ist auf S. 192 von einer «gewissen (!) Instrumentalisierung» der Musik Mahlers die Rede. Wird hier noch analysiert, worin die Instrumentalisierung genau besteht, nämlich in einer Entschärfung Mahlers durch eine einseitige und die Aktualität seiner Musik leugnende historische Einordnung in die Musik des «fin de siècle», ist zwei Seiten später schon wieder von einer «gewissen Instrumentalisierung» die Rede. Diesmal instrumentalisiert der linke Musikwissenschaftler Georg Knepler, jedoch wird einer genauen Analyse dessen, wie hier denn wirklich instrumentalisiert wird, ausgewichen. Knepler argumentiert an besagter Stelle mit positivem Bezug auf Mahler gegen die Musik Arnold Schönbergs, die sich «trotz aller Propaganda» nicht durchgesetzt habe. Dass eben diese Form einer antisemitischen Abwehr der Moderne auch möglich ist, nämlich das falsche Ausspielen einer «gesunden», durch Mahler repräsentierten – in diesem Fall dem sozialistischen Realismus näher stehenden – Musik gegen die «Dekadenz» weniger leicht als konsumierbar misszuverstehender Kunst kommt in den Ausführungen zu Knepler erst gar nicht vor. Gerade auf den allgemeinen Zusammenhang von Antisemitismus und Moderne-Kritik spielte aber der eingangs erwähnte ursprüngliche Titel des Buches an. Auch an anderen Stellen finden sich analytische Vereinfachungen, so zum Beispiel in der undialektischen Verwendung des Begriffs von «moderner» Rezeption. Als modern und somit positiv gewertet werden RezensentInnen, die Mahler beispielsweise als «Klangkomponisten» betrachten. Kein Wort davon, dass eben darin sich die Gefahr eines Hörens andeutet, welches die Konstruktion nicht wahrnehmen kann und will und die Klanglichkeit als kulinarisch zu geniessende, einziggültige Ebene propagiert. Ausserdem verschweigt die Aussage besagter Rezensentin, «die moderne Musik habe dem Klang erst zu seinem Recht verholfen», dass genau die Dialektik von Klang und Funktion ein konstitutives Element bereits vieler klassischer Werke ist. Für veraltet und unangemessen gilt den Autoren hingegen ein Blickwinkel, der sich alter musikalischer Formschemata als analytischer Werkzeuge bedient. Die Ansicht des Komponisten und Musikkritikers Joseph Marx, dass man bei genügend geschmeidiger Aufführung einer Mahlerschen Symphonie «beinah an ein geschlossenes symphonisches Kunstwerk» glauben könne, wird einseitig als Anwendung des u.a. von Wagner geprägten antisemitischen Stereotyps des Juden, der an authentische Kunst nur von aussen sich annähern, sie nie wirklich organisch erschaffen könne, gedeutet. (In anderen Rezensionen kommt dieses ekle alte Stereotyp tatsächlich immer wieder in vollem Umfang zum Vorschein.)

Im spezifischen Fall des Statements des überforderten Marx wird aber auch etwas über Mahlers Musik ausgesagt; nicht immer sind mögliche Intention des bornierten Rezensenten und objektive Aussage seiner Rezension deckungsgleich: Nicht zuletzt in der Verweigerung einer Erfüllung der Ansprüche, die an ein klassisches symphonisches Kunstwerk gestellt werden, gründet die Brisanz einer Musik wie jener Mahlers. (Natürlich durchbricht schon die gelungene klassische Komposition die falsche Erwartung, ermöglicht aber aufgrund eingeschliffener Hörgewohnheiten gleichzeitig das Überhören dieser Ebene und vermittelt somit die hineininterpretierte falsche Erfüllung tatsächlich.) Auch der Sonatensatz, dessen Verwendung in der Analyse Mahlerscher Werke von Scheit und Svoboda zu einseitig abgelehnt wird, ist als Analysewerkzeug unerlässlich, will man der Brisanz nicht nur dieser Musik auf die Spur kommen. Jene besteht u.a. genau in der spezifischen,

geschichtlich notwendigen Art der Differenz zur Formtradition. Schon bei Mozart entsteht die Bedeutung der Musik nicht zuletzt dadurch, dass das gerade erst sich etablierende Formschema z.B. eben des Sonatensatzes bereits wieder negiert, aufgehoben wird. Solche Gedanken sind auch Svoboda und Scheit nicht fremd, jedoch werden sie erst anformuliert, wenn etwa von Adornos Aussagen über Mahler die Rede ist. Nur hat Adorno die Dialektik nicht erfunden. Sie ist auch nicht nur dort angebracht, wo jener darauf hinweist, und es ist eher befremdlich, wenn solche Herangehensweisen zwar als «ungleich modernere Perspektive» begrüsst, jedoch in der Analyse von Texten wie desjenigen von Marx beiseite gelassen werden.

Gustav Mahler

All diese Mängel des Buches sind wahrscheinlich nicht einem analytischen Unvermögen Scheits oder Svobodas anzukreiden. Vielmehr entstammen sie der oben erwähnten mangelnden Sorgfalt. Das zumeist Fragmentarische der eingeschobenen Analysen macht ihr Holzschnittartiges unumgänglich. Eine Studie jedoch, die – um ihre Ergebnisse brauchbar zu machen – vom/von der LeserIn verlangt, ihre Aussagen ständig mit im Text nicht ausformulierten Antithesen zu ergänzen, kann ihren Zweck nur sehr beschränkt erfüllen. Besser wäre es wohl gewesen, einer möglichst ungekürzten Quellensammlung die Analyse als zusammenhängender Text beizustellen. Entwicklungen wären so genauer und übersichtlicher aufzeigbar und die Gefahr, sich zu wiederholen oder in Details zu verzetteln, welche oft nicht umgangen wurde, wäre geringer. Ausserdem fehlt dem Buch ein als eigenes Kapitel gestalteter Bericht über die verwendeten Quellen, ihre Vollständigkeit oder Unvollständigkeit etc., sowie über mögliche Kriterien und Probleme in der Auswahl der Beispiele.

Trotz all der beschriebenen Abstriche gewährt das Buch einen Einblick in die Komplexität und Vielschichtigkeit der Mahler-Rezeption v.a. in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das Fragmentarische der Kommentare sowie die eher verwirrenden, zu kurzen Andeutungen auf musikalische Analysen und Beurteilungen verschiedener Dirigierpraxen verdanken sich zu grossen Stücken dem Thema selbst, das die Trennung rein musikalischer Ebene und politischer Implikationen der Übersichtlichkeit halber unumgänglich macht und gleichzeitig verbietet; so werden vom Thema theoretische Umwege gefordert, die in einem Buch dieser Länge schlicht nicht möglich sind.

Wie kompliziert das Problem wirklich war, zeigt sich an verschiedensten Beispielen: So war beispielsweise der für die Entwicklung Neuer Musik ausserordentlich wichtige Schönbergschüler und Nazi-Sympathisant Anton von Webern Dirigent so manches Mahlerkonzertes, aufgeführt durch das Orchester der Arbeiter-Musikbewegung. Mahler wurde damit unter der Leitung eines Menschen, der sich herzlich wenig um die Arbeiterklasse scherte, zu Recht, aber aus falschem Beweggrund zu einem Heroen der Arbeiterbewegung. Denn gerade die ungebrochen heroische Rezeption von Mahlers Musik durch Organe der Arbeiterschaft wie der «Arbeiter-Zeitung» ist wiederum ein Paradebeispiel dafür, welcher Schabernack mit Mahlers Musik getrieben werden kann und wie die Mahlersche Musik von ihren Liebhabern gegen ihren eigentlichen Gehalt ausgespielt werden konnte. So habe, meint ein Rezensent im November 1932, Mahlers 5. Symphonie die Arbeiter «in eine Welt überirdischer Schönheit überführt». Die Exilzeitung «Austria Libre» wollte in Mahlers Musik die Zukunftssicherheit eines Maiaufmarsches der Arbeiter erkennen. Wie es um die Zukunftssicherheit der Arbeiterschaft in Deutschland und Österreich tatsächlich stand, war der Mahlerschen Musik jedoch mit einer an süsseste Mozart-Melodien erinnernden Abgründigkeit eingeschrieben, die dem Autor der zuletzt erwähnten Rezension von 1945 kaum verborgen geblieben sein dürfte.

Nimmt man das Buch nicht für eine erschöpfende Analyse, sondern als durch zur weiteren Beschäftigung mit den angeschnittenen Themen anregende Kommentare (die oftmals durchaus gelungen sind, wie z.B. die Ergänzungen zu einem schwer zugänglichen Mahler-Aufsatz des Komponisten Ernst Krenek) ergänzte Quellensammlung, lassen sich einige Einblicke in die Entwicklung der Mahler-Rezeption von ihrer Entstehung bis in die heutige Zeit gewinnen. Die zitierten Beispiele reichen von den antisemitischen Abgründen eines «Stürmer» mit all seinen Vorgängern bis zum Nachklang derselben Ressentiments in allen Abstufungen und Schattierungen, die sich in der Nachkriegspresse bis auf den heutigen Tag halten. Vor allem der Übergang von schroffer Ablehnung zu als Akzeptanz sich tarnender Ignoranz wird deutlich. Wie es bei Neuer Musik so oft der Fall war und ist, verwandelt sich Ressentiment in Gleichgültigkeit. Unter der Gleichgültigkeit jedoch nagt weiterhin die Kränkung durch eine Moderne, die sich zwar beredt verschweigen, nicht aber versöhnen lässt, und auch der latente, nur schlecht versteckte Antisemitismus schafft sich in immer wieder an die Oberfläche dringenden antisemitischen Formulierungen Raum und macht klar, wie ernüchternd ein Fazit der bisherigen Entwicklung der Mahler-Rezeption ausfallen muss. ■

Scheit, Gerhard & Svoboda, Wilhelm: «Feindbild Gustav Mahler: Zur antisemitischen Abwehr der Moderne in Oesterreich», Wien 2002.

Kärnten und sein deutscher Fürst

Jörg Haider hat in seiner Politik gegenüber der slowenischen Minderheit Kärntens nicht nur ein Exerzierfeld seines Deutschnationalismus gefunden.

von Thomas Schmidinger

Haiders Politik stellt zwar einen erneuten Höhepunkt kärntner Deutschtums-Politik dar, greift aber auf eine lange Tradition deutschnationaler politischer Tradition zurück. Unter dem Druck deutschnationaler Hegemonie ging die Zahl der slowenischsprachigen Bevölkerung bereits im 19. Jahrhundert deutlich zurück. Das im Mittelalter noch völlig slowenischsprachige Kärnten, das unter der Herrschaft der Habsburger zu einem zweisprachigen Gebiet wurde, in dem vor allem das städtische Bürgertum immer deutlicher dem deutschsprachigen kulturellen Einfluss aus dem Norden erlag, war bis zum Aufkommen des Deutschnationalismus des 19. Jahrhunderts noch nicht in völkische Kollektive gespalten. Beide Sprachen wurden oft von denselben Personen zu unterschiedlichen Zwecken und in unterschiedlichen Situationen verwendet. Erst der Deutschnationalismus schuf eine «slowenische Minderheit», eine «Volksgruppe», die sich von der deutschsprachigen Bevölkerung minorisiert sah. Mit dem Zerfall der Habsburger-Monarchie und der Grenzziehung zwischen dem neuen Staat der Südslawen und dem sich nun als deutschsprachigen Nationalstaat definierenden Österreich wurde die slowenischsprachige Bevölkerung Kärntens endgültig zur Minderheit. Von der Mehrheit der slowenischsprachigen Bevölkerung um Ljubljana und Maribor nunmehr durch die Karawankengrenze getrennt, stellte die slowenischsprachige Bevölkerung Kärntens zwar immer noch fast einen Drittel der KärntnerInnen, wurde aber als ländliche Bauernbevölkerung endgültig marginalisiert und vom tonangebenden Deutschnationalismus an den Rand gedrängt. Aus dem Mythos des «Abwehrkampfes» gegen die Verbände des südslawischen SHS-Staates schöpfte eine Szene aus deutschnationalen Kulturvereinen und politischen Parteien, zu denen sich auf Landesebene auch die Christlichsozialen und SozialdemokratInnen gesellten, die Argumente eines permanenten und expansiven Kampfes gegen die slowenische Bevölkerung. Dabei spielte einerseits der Expansionsdrang zum verloren geglaubten Meer im Süden eine Rolle, andererseits aber auch der Versuch, eine völlige Germanisierung Kärntens durchzusetzen. Das Slowenische an sich wurde dabei schon als staatsfeindlich und hochverräterisch betrachtet.

Vida Obid, Mirko Messner und Andrej Leben haben nun eine gute Zusammenfassung dieser Germanisierungspolitik der deutschnationalen Kärntner gegenüber der slowenischen Bevölkerung veröffentlicht. Sie arbeiten dabei mit einer Fülle von Beispielen heraus, dass der deutschnationale Konsens in Kärnten nicht als Randerscheinung zu betrachten ist, sondern bereits in der ersten Republik eine Hegemonie in der deutschsprachigen Bevölkerung errang, die sogar große Teile der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung umfasste. Insofern war es kein Zufall, daß nirgendwo in Österreich der Nationalsozialismus auf fruchtbareren Boden fiel als in Kärnten und dass nirgendwo in Österreich der Übergang vom Nationalsozialismus in die postfaschistische Demokratie so reibungslos ablief wie hier. In Kärnten kam es 1945 zu einem «einmaligen Akt der Machtübernahme direkt aus nationalsozialistischen Händen» (S. 130) in die der «demokratischen Landesparteien». Am 7. Mai übergab Gauleiter Rainer die Regierungsgeschäfte an den mittlerweile zum kommissarischen Regierungspräsidenten ernannten Gauhauptmann Natmessnig. Rainer hielt «seine Abschiedsrede im Rundfunk und Natmessnig schob nach. Die neuen Parteien garantierten, sagte er, «daß das Kärntner Volk einig und stark sein wird, wenn es darum geht, gegen einen inneren und äusseren Feind seinen bereits vor 25 Jahren zum Ausdruck gebrachten Volkswillen auf Unteilbarkeit unseres Landes zur Geltung zu bringen»»(S. 132).

Obid, Messner und Leben arbeiten deutlich den Einfluss heraus, den die rechtsextreme Sammelbewegung heute noch in der Kärntner Politik spielt und die Rolle die dieses politische Substrat in der Machtergreifung Jörg Haiders spielte. Die Kärntner SlowenInnen dienten dabei als Feindbild Nummer eins. Das Buch der drei Autoren stellt jedoch nicht nur die deutschnationale Aggression gegenüber der slowenischen Minderheit, von der Ausgrenzung der slowenischen PartisanInnen über den Ortstafelsturm bis zur gegenwärtigen «Slowenenpolitik» des Landeshauptmannes Haider dar, sondern auch die Reaktionen der Minderheit. Dabei beschönigen die Autoren auch nicht die Konflikte und unterschiedlichen Konzepte der verschiedenen politischen und kulturellen Organisationen der Kärntner SlowenInnen und halten auch nicht mit ihrer Kritik an Volksgruppenkonzepten und slowenischer Identitätspolitik zurück. Das Buch stellt kein umfangreiches wissenschaftliches Werk zu diesem Thema dar, bildet aber eine gut und flüssig lesbare – und vor allem aktuelle – Einführung in die Marginalisierung und Verfolgung der «Minderheit» durch den hegemonialen Deutschnationalismus. In Zeiten, in denen Haider selbst Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes als zu slowenenfreundlich ignoriert und stattdessen für die Aufhebung der Benes-Dekrete und Avnoj-Beschlüsse kämpft, leistet dieses Buch einen wichtigen Beitrag zur Kritik jener politischen Strömungen, die Jörg Haider zum Landeshauptmann des «Bollwerks des Deutschtums» werden lassen. ■

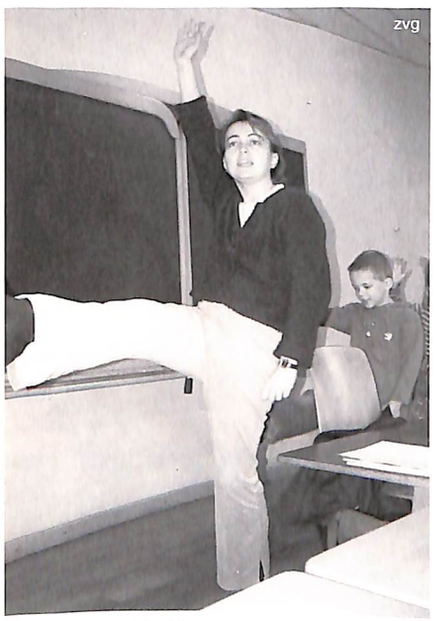
Vida Obid/Mirko Messner/Andrej Leben: «Haiders Exerzierfeld, Kärntens SlowenInnen in der deutschen Volksgemeinschaft». Wien 2002, Promedia Verlag

Radikaler Idealismus im Bildungswesen

Das Buch «Aus der Waldorfschule geplaudert» untersucht Waldorfpädagogik und entlarvt das positive Vorurteil von der «kreativitätsfördernden, «alternativen», «freiheitlichen» Pädagogik.

von Christoph Horst

Waldorfpädagogik ist sich als progressiv einordnenden Menschen meist auch ohne viele Hintergrundinformationen suspekt. Alleine die Architektur der Schulen und Kindergärten sowie die bewusst mittelalterliche Kleidung vieler Waldorflehrer zeugt von einem Schweben in phantasierten höheren Welten. Die Anthroposophie, die spirituelle Weltanschauung, auf die das Waldorfkonzept zurückgeht, versucht genau diese übersinnlichen Welten zu erkennen, was sich selbstverständlich auch im Schulunterricht bemerkbar macht, da dieser nicht vom anthroposophischen Idealismus zu trennen ist. In den letzten Jahren gerieten die Anthroposophie und ihre Waldorfpädagogik verstärkt in die Kritik: Rassismus, Antisemitismus, Okkultismus und radikaler Irrationalismus waren die Hauptvorwürfe. Dass diese nicht ohne Fundament sind, zeigen Detlef Drewes und Sybille-Christin Jacob in ihrem Buch «Aus der Waldorfschule geplaudert. Warum die Steinerpädagogik keine Alternative ist» in einer gelungenen Mischung aus Praxisbeispielen und Hintergrundinformationen.



Eurythmie: «Und jetzt alle ein K»

Sybille-Christin Jacob leitet das Augsburger Büro der Initiative zur Anthroposophiekritik (IzAK). Ihre Legitimation, die Waldorfschulen kompetent zu beurteilen, ist begründet durch ihre früheres Engagement für die Waldorfbewegung – sie ist eine sogenannte Aussteigerin. Als solche berichtet sie in dem Buch von ihren Erfahrungen und den im Laufe der Zeit immer grösser werdenden Problemen mit der esoterischen Ideologie und ihrer Umsetzung in der Schule. Sie berichtet, wie sich die anthroposophische Reinkarnations- und Karmalehre im Schulalltag auswirkt, dass in Waldorfschulen Runen und Pentagramme gemalt werden und von völlig veralteten Strafmethoden an diesen Schulen, denen der Ruf einer Gewaltfreiheit noch immer zu positiven Urteilen Uninformierter verhilft. Auch der unübliche Umgang mit Finanzen an den Steiner- Privatschulen wird angesprochen.

Der Journalist Detlef Drewes beschreibt die Lehre der Anthroposophie und beleuchtet ihren historischen Kontext. Er beschäftigt sich mit Rudolf Steiner (1861-1925), dem Gründer der Weltanschauung, der sich selber für einen Hellseher hielt. Affinitäten der Anthroposophie zu völkischem und okkultistischem Denken werden von Drewes aufgezeigt. Auch geht er auf die Debatte ein, die darüber geführt wird, ob Steiner Mitglied des satanistischen Ordens O.T.O. war – die Quellen deuten darauf hin, aber da die Anthroposophen dies nicht gut vermarkten können, wird von offiziellen anthroposophischen Seiten von Relativierung bis Leugnung viel versucht, um die Diskussion zum Stillstand zu bringen. Auch der weitverzweigte Einfluss der Anthroposophen auf verschiedene Bereiche des sozialen Lebens wird von Drewes hinterfragt. Die Anthroposophie kann als Konzern angesehen werden, die ihre spirituell- übersinnlichen Anschauungen auch in die verschiedensten wissenschaftlichen Disziplinen zu transportieren versucht – dazu gehören neben der Pädagogik die Medizin, die Agrarwirtschaft, die Kunst...: alles genau so betrieben, wie Rudolf Steiner es in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts lehrte. Steiners herausragende Führerposition (seinen Anhängern gilt er bis heute als «Menschheitsführer») macht es den Anthroposophen unmöglich, seine Konzepte grundlegend zu verändern, da sie damit den Anspruch einer abgeschlossenen und umfassenden Erkenntnis der Welt nicht mehr aufrecht erhalten könnten. Entsprechend hat sich auch in der Waldorfpädagogik seit Gründung der ersten Schule 1919 nichts Wesentliches bewegt.

Das Buch von Drewes und Jacob leistet wertvolle Aufklärungsarbeit über einen speziellen Aspekt des sozioökonomisch bedingten Abbaus der Vernunft speziell im Bildungsbereich. Die Anthroposophie ist keine Wissenschaft im Sinne des grundlegenden Definitionsmerkmals der intersubjektiven Überprüfbarkeit, sondern eine weitverbreitete Religion, deren Einfluss immer mehr wächst. Es bleibt zu hoffen, dass viele Eltern, die ihr Kind auf eine Waldorfschule schicken wollen, sich vorher in diesem Buch über die Hintergründe der Steiner-Pädagogik informieren. Über Schutzengel, Wurzelrassen und Wiedergeburt als Grundlage anthroposophischen Erziehens berichten Anthroposophen den interessierten Eltern am Anfang eines Schulvertrages nichts. Würden die Schulen aber transparenter arbeiten, bliebe ihr starker Zulauf vermutlich aus. ■

Buch:

Detlef Drewes/ Sybille- Christin Jacob: «Aus der Waldorfschule geplaudert. Warum die Steiner- Pädagogik keine Alternative ist», Aschaffenburg 2001

risse+++Verrisse+++Verrisse+++Verrisse+++Ver

Saufen für Allah. Das beste zweier Welten bietet der neue Brauselimonadeanbieter Mecca-Cola: Schmeckt so süss und lecker wie der Imperialismus, aber nicht mit Weltverschwörung gewürzte amerikanische Kulturhegemonie macht den Geschmack, sondern – Allah! Das freut die FreundInnen der Völker dieser Erde. Und sie schlürfen sich die Zähne wund und den Magen sauer, damit die auf der Homepage gezeigten palästinensischen Märtyrerkinder mit durch 10% der Cola-Einnahmen finanzierten neuen Steinschleudern frisch motiviert gegen den Feind vorgehen können – wenn wir fröhlich und fleissig saufen, reicht's vielleicht sogar für den einen oder anderen «Gürtel». Prost!

Die Wef-Gegner von der «Revolutionären Perspektive» schreiben in ihrer Stellungnahme zu einer hochbrisanten Aktion in Davos: «Gestört durch Hüter des Gesetzes plazierten wir nicht am sondern beim Kongresshaus eine Rackete (sic!) mit jetzt entschärfter Zündvorrichtung. Trotz Grossaufgebot schlichen wir von dannen.» Eigentlich schade, diese Störung und Entschärfung, denn eine richtiges kleines Raketlein mitten in die Tür des Kongresszentrums wäre symbolisch gesehen ja ein heftiger Schlag in die Fressen der Global Leaders, ein regelrechter Luftheuler im Ohr des Kapitals, ein Flashing Thunder im Schlund der Abzocker! Aber vielleicht klappt es ja beim nächsten mal, denn wo wären wir ohne eine revolutionäre Perspektive, und wird sie noch so gestört.

In Davos, einem kleinen schweizer Bergdorf, treffen sich alljährlich die Antiglobalisierungsbewegten zur traditionellen «Juud-Uustriibätä» (CH-Dialektausdruck für «Die Austreibung des Juden»). Dabei verkleiden sich die sogenannten «Uustriiber» (Austreiber) als Affen, maskieren sich als Israelis und Amerikaner und heften sich gelbe Davidsterne an die Brust. Die Nadel, welche den Stern festhält, wird dabei – unsichtbar für den Betrachter – tief in das Brustfleisch des «Uustriibers» gestochen und macht so den Vampyrbiss der Hochfinanz für den Antiglobalisierer körperlich fühlbar. Der Schmerz zwingt den Auserwählten zu einem wilden Tanze, welcher rund um ein in traditioneller Handarbeit hergestelltes goldenes Kalb aufgeführt wird. Erst kürzlich wurde dieser Brauch zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt.

Gerhard Trudler

Im Urlaub mit Pro-Plo Schweiz

Dank dem «Kopftuch-Tipp» des Schweizers Patric Illi (rechts) blieb die Schweizerin Fatima (links) von der Steinigung durch Hamas Chefideologe Sheik Ahemd Yassin (mitte) verschont.

www.risse.info

RISSE
ANALYSE UND SUBVERSION

WIR SUCHEN WIEDERVERKÄUFERINNEN

WIEDERVERKÄUFERINNEN ERHALTEN 25 % RABATT

RISSE Magazin
Postfach 3119
CH-8021 Zürich
Tel.: ++41 (0)1 262 31 50
Fax: ++41 (0)1 262 31 45
risse@risse.info

SPIEL OHNE GRENZEN

ZU- UND GEGENSTAND DER „ANTIGLOBALISIERUNGSBEWEGUNG"

BUNDESWEITER KONGRESS
23.-25. MAI 2003
Universität München, Geschwister-Scholl-Platz 1

Politische Ökonomie
Imperialismus, Empire, Multitude, Postfordismus und „transnationales" Kapital

Ideologiekritik
Verkürzte Kapitalismuskritik, Antisemitismus, Verschwörungstheorien und Antiamerikanismus

Kultur und Identität
Renationalisierung, Identitäre Konzepte, Kulturindustrie und Multikulturalismus

3 Tage linke Debatte mit: AAB, Peter Bierl, Katja Diefenbach, Stefan Eggerdinger, Thomas Ebermann, Hermann Gremliza, Stephan Grigat, Boris Gröndahl, Gruppe Demontage, Thomas Schmidinger, Hito Steyerl, Rainer Trampert, Andrea Woeldike, Winfried Wolf, u.v.a.

AStA der Uni München – Konkret – Jungle World
Ak Antisemitismus – iz3w – r.a.be – 17grad
Ak Internationale Politik der PDS München

www.spiel-ohne-grenzen.org

Nr. 40 Winter 2002/03

BAHAMAS

Deutschland erklärt Amerika den Frieden

Islamismus und Feminismus ● Onkel Ho kann nichts für die Friedensbewegung ● Boykott Israels: Ihr als Dänen tut euch leichter ● ESF: gegen USA und Israel ● AntiFa und NPD ● Hate Letters: Intellektuelle antworten ● „Der Brand": Unsere Mauern brechen, unsere Herzen nicht ● Antikoloniale Befreiung: Deutscher Djihad ● Arier am Hindukusch ● Gremliza: Abschied von Elsässer und Kraus ● Sloterdijk: Streben nach geistiger Führerschaft u.a.

Einzelpreis 4 EUR (Vorauskasse / Briefmarken)
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Tel./Fax: 030/6236944 oder mail@redaktion-bahamas.org

RISSE
ANALYSE UND SUBVERSION

ZU JEDEM NEUABO EIN BUCH

LÉON POLIAKOV
VOM ANTIZIONISMUS ZUM ANTISEMITISMUS
ÇA-IRA VERLAG, 1992

Dieses Pamphlet Léon Poliakovs, des Autors der achtbändigen «Geschichte des Antisemitismus», beschreibt die Karriere des Antizionismus seit Lenin. Was zu Beginn als Kritik des jüdischen Nationalismus auftrat, verwandelte der stalinsche «Sozialismus in einem Land« nach und nach zum Tarnwort des sowjetischen Antisemitismus.

ANDREA ZUR NIEDEN
STAR TREK
DIE KULTURINDUSTRIELLE VERWERTUNG DES TECHNOLOGISIERTEN SUBJEKTS
ÇA-IRA VERLAG, 2003

Am Beispiel der Star- Trek-Serie wird untersucht, in welcher Art und Weise, in welchem Funktionszusammenhang und mit welcher Bewertung hier Biotechnologien thematisiert werden. Vor dem Hintergrund einer globalisierten Ökonomie wird dabei insbesondere die Problematik der in dieser Serie anvisierten Medizintechnolgien, aber auch die Rolle, die das Feindbild der Borg spielt, verhandelt.

Ich bestelle ein

☐ **Abo** (4 Ausgaben) für Fr. 36.– /€ 26.–
☐ **Soli-Abo** (4 Ausgaben) für Fr. ____ /€ ____
Alle Preise inklusive Versandkosten.

dazu bekomme ich gratis das Buch

☐ Vom Antizionismus zum Antisemitismus
☐ Star Trek

Name
Strasse
PLZ/Ort
Telefon
Unterschrift

Diesen Talon einsenden an:
RISSE Magazin, Postfach 3119, CH-8021 Zürich
Abos im Netz unter www.risse.info

«Gegen den Mainstream, für die Nuance»

tachles
DAS JÜDISCHE WOCHENMAGAZIN

☐ **I**ch möchte tachles als Schnupperabo für Fr. 20.– während 12 Wochen kennen lernen (Tarif Schweiz)

☐ **Ja**, ich abonniere tachles für Fr. 164.– im Jahr (Tarif Schweiz)

Name _____ Vorname _____

Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Einsenden an: JM Jüdische Medien AG · Rüdigerstrasse 10 · 8027 Zürich · Fax 041 349 17 18